

## **9 Tagesordnung**

***Beginn Tagesordnung: 13.33 Uhr.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Ich bitte Sie, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Danke auch an die Klubobleute wieder, dass sie sich abgestimmt haben in jenen Punkten, die wir en bloc abstimmen werden, und dies sind folgende: Tagesordnungspunkt 12, nur noch einmal zur Information, ist abgesetzt worden. En bloc abgestimmt werden die Tagesordnungspunkte 13, 14, 21, 23, 25, 27, 29, 31, 32, 33, 34 hier gegen die Stimme von Herrn Gemeinderat Lohr. Dann Tagesordnungspunkt 35, 37, 39 und 42. Alle diese Tagesordnungspunkte sind einstimmig, bis auf den erwähnten Tagesordnungspunkt 34 gegen die Stimme von Herrn Gemeinderat Lohr. Wir kommen nun zur Tagesordnung selbst. Ich darf Herrn Stadtrat Manfred Eber bitten um den Tagesordnungspunkt 1, Berichtigungen der Eröffnungsbilanz der Landeshauptstadt Graz des Jahres 2022.

**en bloc:**

**9.1 Stk. 13) A8/4-28382/2020**

**Grenzberichtigung  
ehem. Deponie Neufeldweg/Köglerweg,  
Grundtausch zwischen der Stadt Graz und  
Holding Graz für das Projekt  
Wertstoffsartierung Neufeldweg,  
Abänderung des GR-Beschlusses vom  
9.7.2020 hinsichtlich Reduktion von  
Tauschflächen, Antrag auf Zustimmung**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Veräußerung von insgesamt ca. 7.153 m<sup>2</sup> der EZ 943 und 785, je KG Graz Stadt- Messendorf der Stadt Graz an die Holding wird gemäß beiliegendem Plan GZ:028929/2020 genehmigt.
2. Der Erwerb einer insgesamt ca. 7.408 m<sup>2</sup> großen Fläche der EZ 816, KG Graz Stadt- Messendorf von der Holding in das Eigentum der Stadt Graz wird gemäß beiliegendem Plan GZ: 028929/2020 genehmigt.
3. Für den ggst. Grundtausch wurde ein Wertausgleich von Euro 20.400,00 zugunsten der Holding festgelegt.
4. Der unentgeltliche Erwerb und die Einräumung von erforderlichen Dienstbarkeiten des Gehens und Fahrens und der Leitungsverlegung für die Bewirtschaftung des ehemaligen Deponieareals wird genehmigt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.2 Stk. 14) A8/4-73473/2023**

**Polzergasse,  
bescheidmäßige Rückübereignung des  
Gdst. Nr. 237/15, EZ 50000, KG  
Waltendorf, im Ausmaß von ca. 39 m<sup>2</sup>**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die unentgeltliche Rückübereignung einer ca. 39 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst. Nr. 237/15, EZ 50000, KG Waltendorf wird aufgrund des Bescheides der Bau- und Anlagenbehörde mit der GZ: A17-RUV-052960/2023/0006 vom 14.2.2023, vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses, genehmigt.
2. Sämtliche mit der Rückübereignung in Verbindung stehende Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
3. Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages, wenn erforderlich, sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung wird durch die Stadt Graz beauftragt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.3 Stk. 21) A8-019566/2006/0033**

**Graz 2003 – Kulturhauptstadt Europas  
Organisations GmbH, Jahresabschluss zum  
31.12.2022: Stimmrechtsermächtigung für  
den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 (4)  
des Statuts der Landeshauptstadt Graz;  
Umlaufbeschluss**

Der Gemeinderat wolle gemäß 87 (4) des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl Nr 130/1967, in der Fassung, LGBl Nr 118/2021, beschließen:

## öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 27. April 2023

Der Vertreter der Stadt Graz in der Graz 2003 – Kulturhauptstadt Europas Organisations GmbH, Stadtrat Manfred Eber, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss, folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege gem. § 34 GmbHG wird genehmigt.
2. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 mit einem Jahresfehlbetrag von EUR -481.098,43 und den Vortrag des verbliebenen Bilanzgewinnes von EUR 3.479,14 auf neue Rechnung.
3. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung, Mag. Robert Günther und Wolfgang Skerget, für das Geschäftsjahr 2022.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.4 Stk. 23) A8-024699/2006/0063      FH Standort Graz GmbH - Jahresabschluss zum 31.12.2022:  
Ermächtigung des Vertreters der Stadt Graz gem. § 87 (4) des Statuts der Landeshauptstadt Graz; Umlaufbeschluss**

Der Gemeinderat wolle gemäß § 87 (4) des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl 130/1967 idF LGBl 118/2021 beschließen:

1. Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der FH Standort Graz GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:
  - Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufweg

## öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 27. April 2023

- Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022
  - Feststellung des Jahresverlustes in Höhe von 1.002.419,05 Euro und Ausgleich durch die Gesellschafterin Stadt Graz auf Basis der bestehenden Verlustabdeckungszusage und der Ergebnisabführungs- und Finanzierungsvereinbarung. Nach Abzug der Akontozahlung durch die Stadt Graz in Höhe von 1 Million Euro ergibt sich für das Wirtschaftsjahr 2022 ein restlicher Ausgleichsanspruch in Höhe von 2.419,05 Euro.
  - Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2022
2. Die Stadt Graz gleicht den Jahresverlust der FH Standort Graz GmbH für das Wirtschaftsjahr 2022 in Höhe von 1.002.419,05 Euro aus. Abzüglich der bereits geleisteten Akontozahlung in Höhe von 1 Million Euro beträgt die Restforderung gegenüber der Stadt Graz für das Wirtschaftsjahr 2022 2.419,05 Euro.
3. Die Auszahlung der Restforderung für das Wirtschaftsjahr 2022 erfolgt gemeinsam mit der Auszahlung der Akontozahlung für das Wirtschaftsjahr 2023, in Summe 1.002.419,05 Euro, am Jahresende und ist im Voranschlag 2023 entsprechend sichergestellt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.5 Stk. 25) A8-021515/2006/0314  
A8-20081/2006-0305**

**GBG Gebäude- und Baumanagement Graz  
GmbH, Richtlinien für die ordentl.  
Generalversammlung gem. § 87 Abs 4 des  
Statutes der Landeshauptstadt Graz;  
Umlaufbeschluss**

Der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl Nr 130/1967 idF LGBl Nr 118/2021, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, Stadtrat Manfred Eber, wird ermächtigt, im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege gem. § 34 GmbHG.
2. Beschlussfassung über die Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses 2022 und über die Kenntnisnahme des Lageberichtes und des Corporate Governance Berichtes für das Geschäftsjahr 2022
3. Beschlussfassung über den Vortrag des Bilanzgewinnes in Höhe von Euro 0,00 auf neue Rechnung.
4. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2022
5. Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.6 Stk. 27) A8-205499/2022-45**

**Aufschließung Gewerbegebiet Thondorf,  
Budgetvorsorge iHv. 270.000,- Euro für  
2023 im ICF der Abteilung für  
Verkehrsplanung**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Budgetvorsorge iHv. 270.000,- Euro für 2023 im ICF der Abteilung für Verkehrsplanung wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanz- stelle	Fonds	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs- ring	FVA 2023	EVA 2023
260	612000	1.002000	12603680	Thondorf / Straßenbauten	D.260368	+270.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		+270.000	

Die Bedeckung iHv. 270.000,- Euro erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.7 Stk. 29) A10/BD-109557/2015/09  
A8-205500/2022/08**

**Margarete-Schütte-Lihotzky-Straße/  
Teilausbau Am Steinfeld,  
I. Projektgenehmigung iHv.  
2.360.000,- Euro für  
die Jahre 2023/2024,  
II. Budgetvorsorge iHv. 560.000,- Euro  
für 2023 im ICF der Stadtbaudirektion**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung Margarete-Schütte-Lihotzky-Straße/Teilausbau Am Steinfeld in der Höhe von 2.360.000,- Euro wird erteilt.

Die Mittel verteilen sich voraussichtlich in den Jahren 2023 und 2024 wie folgt:

2023: 560.000,- Euro

2024: 1.800.000,- Euro

2. Der Budgetvorsorge iHv. 560.000,- Euro für 2023 im ICF der Stadtbaudirektion wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
220	612000	1.002000	12203590	Liebenauer Hauptstr./Puntigamerstr. Teil 1 / Straßenbauten	D.220359	-2.360.000	
220	612000	1.060000	12204450	Margarete Schütte Lihotzky Str. / Am Steinfeld / Im Bau befindliche Grundstückseinr.	D.220445	+560.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-1.800.000	

Die entsprechenden Budgetmittel in Höhe von 1.800.000,- Euro für 2024 werden auf der Kombination Finanzstelle 220 / Fond 612000 / Finanzposition 1.060000 / Haushaltsprogramm 12204450 zur Verfügung gestellt.

3. Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung und Mitwirkung der befassten Magistratsabteilungen mit der Projektkoordination bevollmächtigt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.8 Stk. 31) A8-205500/2022-22**

**Abteilung für Bildung und Integration,  
Bustransporte für Grazer  
Pflichtschüler:innen, Projektgenehmigung  
über 180.000,- Euro für die Jahre 2023-  
2024 im LCF der ABI**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung „Bustransporte für Grazer Pflichtschüler:innen“ von gesamt 180.000,- Euro für das Schuljahr 2023/2024 wird wie folgt erteilt:

Jahre	Mittelbedarf
2023	€ 58.900
2024	€ 121.100
Summe	€ 180.000

Die Bedeckung der erforderlichen Mittel von 180.000,- Euro {für 2023: Euro 58.900,- und für 2024: Euro 121.100,-) erfolgt im jeweiligen LCF des ABI-Voranschlages, reserviert in SAP/GeOrg unter der Beleg-Nr. 371005367, Finanzposition 1.621000 + Fonds 211000, 212000 und 515000 / Finanzstelle 340 / DR D. 340021 und DR D.340008/ HHP 23400058 und HHP 23400001- Schulorganisation und Fachbudget Schulen.

Die gesamte Finanzierung hat aus dem jeweiligen LCF der Abteilung für Bildung und Integration 2023-24 zu erfolgen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.9 Stk. 32) A8-27855/2016/22  
ABI-033936/2016/0037**

**Städtische Tagesbetreuung Graz GmbH,  
Feststellung Jahresabschluss 2022,  
Stimmrechtsermächtigung für den  
Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs 4  
des Statutes der Landeshauptstadt Graz  
1967;  
Generalversammlung**

Der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl Nr 130/1967, idF LGBl Nr. 118/2021, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Städtischen Tagesbetreuung Graz GmbH, Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA, wird ermächtigt, in der Generalversammlung am 3. Mai 2022 folgenden Anträgen der Geschäftsführung, zuzustimmen:

- Zu TOP 4 – Zustimmung und Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 (laut Beilage) samt Feststellung des Jahresverlustes in Höhe von Euro 164.198,79.

Die Gesellschafterin Stadt Graz übernimmt aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages vom 19.12.2019 den genehmigten Jahresfehlbetrag für 2022 in Höhe von max. Euro 2.204.000,0 und ersetzt zusätzlich den bilanziellen Jahresverlust 2022 in Höhe von Euro 164.198,79. Die Bedeckung im Voranschlag ist gegeben (Fistl 340, Fipos 1.781000, Fonds 232000) und Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung 2022

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.10 Stk. 33) A8-40946/2008/0108**

**Green Tech Valley Cluster GmbH,  
Feststellung des Jahresabschlusses 2022,  
Richtlinien für den Vertreter der Stadt Graz  
in der Generalversammlung gem. § 87 Abs.  
4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz  
1967**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Green Tech Valley Cluster GmbH, DI David Ram, wird ermächtigt, in der ordentlichen Generalversammlung am 23.5.2023 im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zu TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung
2. Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls der letzten Generalversammlung vom 8.11.2022
3. Zu TOP 4 und 5 Zustimmung zum Bericht und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022
4. Zu TOP 6 – Zustimmung zur Verwendung des Bilanzgewinns in Höhe von Euro 181.230,93 – Vortrag auf neue Rechnung
5. Zu TOP 7 – Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung für 2022

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.11 Stk. 34) ABI-039708/2012/0103  
A8-205500/2022-24**

**Frühe Sprachförderung von Kindern in  
institutionellen Kinderbildungs-  
und -betreuungseinrichtungen in Graz,  
Projektgenehmigung über  
1.650.000,- Euro,  
Zeitraum: 1. September 2023 bis  
31. August 2024**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung „Frühe Sprachförderung“ mit Gesamtkosten von 1.650.000,- Euro wird wie folgt erteilt:

Projekt	MB 2023	MB 2024
Frühe Sprachförderung	€ 550.000	€ 1.100.000

MB: Mittelbedarf

Die Bedeckung erfolgt im LCF des ABI-Voranschlags – Finanzstelle 340 / Fonds 240500 / Fipos 1.728000 / DR D.340017 / HHP 23400034 – Sprachförderung.

Die oben genannten Summen stellen einen Maximalrahmen für die Auftragsvergabe dar und sind über den laufenden Cashflow 2023 – 2024 der Abteilung für Bildung und Integration zu finanzieren.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Lohr) angenommen.***

**9.12 Stk. 35) BGM 081466/2023**

**UNESCO Zentrum,  
2. Änderung der Projektgenehmigung  
1.6.2017  
(1. Änderung:15.01.2018) hinsichtlich der  
Laufzeit der Projektgenehmigung**

Der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs.-4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz,  
§ 25 Förderungsrichtlinie der Landeshauptstadt Graz i.V.m. § 1 Abs. 3 der  
Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz beschließen:

1. Die Laufzeit der Projektgenehmigung wird geändert und für den Zeitraum von  
2018 bis 2023 festgelegt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.13 Stk. 37) FIF-BGM-0855/2022-0001  
A8-205500/2022-25**

**Stadtpfarrkirche St. Josef,  
1. Genehmigung einer mehrjährigen  
Förderung iHv. 400.000,- Euro für die  
Jahre 2023, 2024 und 2025,  
2. Erteilung der Projektgenehmigung  
iHv. 400.000,- Euro und  
Budgetvorsorge im LCF 2023  
iHv. 200.000,- Euro**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Diesem Bericht entsprechend wird für den Förderungsgegenstand  
„Generalsanierung der Dächer an der Motiv- und Jubiläumskirche z. HI. Josef in  
Graz“ eine Förderung in Höhe von 400.000,- Euro für die Jahre 2023 – 2025  
gewährt.

2.) Die Projektgenehmigung mit der Verteilung

2023: 200.000,- Euro

2024: 100.000,- Euro

2025: 100.000,- Euro

wird erteilt.

Der Budgetvorsorge im LCF 2023 iHv. 200.000,- Euro wird zugestimmt. Der

Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
120	390000	1.777000	21200002	Kap.trans.priv.Org.	D.120005	+200.000	+200.000
120	940000	2.861000		Transfers von Ländern		+100.000	+100.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-100.000	-100.000

Die erforderlichen Mittel für die Jahre 2024 - 2025 werden mit je 100.000,- Euro auf der Budgetstrukturplankombination zur Verfügung gestellt: Fonds: 390000 / Finanzposition: 1.777000 / HHP 21200002 / Deckungsring: D.120005. Die Bedarfszuweisung des Landes an die Stadt Graz für die Jahre 2024 und 2025 wird mit je 50.000,- Euro auf der Budgetstrukturplankombination erfasst: Fonds: 940000 / Finanzposition: 2.861000.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.14 Stk. 39) Präs.072445/2023/0007      Gesunde-Städte-Netzwerk der  
Weltgesundheitsorganisation (WHO),  
Bestellung eines Vertreters der Stadt Graz**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz im Gesunde-Städte-Netzwerk der WHO wird Frau  
Dr.<sup>in</sup> Eva Winter bestellt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.15 Stk. 42) WG-039853/2016/0072      Erhöhung der Projektgenehmigung  
A8-205500/2022-21                      Neubau Grünanger um Euro 200.000,- auf  
8.500.000,- und Budgetvorsorge über  
zusätzliche Euro 200.000,- im Jahr 2023 im  
Investitionsbudget des Eigenbetriebes  
Wohnen Graz**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Erhöhung der Projektgenehmigung vom 05.11.2020 (WG-39853/2016/0049) um Euro 200.000,- auf Euro 8.500.000,-. Die Bedeckung erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds 2023. Der aktuelle Stand über die Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.
2. Für das Wirtschaftsjahr 2023 wird die Investitionskennzahl des Eigenbetriebes Wohnen Graz im Teilinvestitionsbereich „Neubau“ um Euro 200.000,- auf Euro 3.650.000,- (Investitionskennzahl des Eigenbetriebes somit insgesamt auf Euro 18.995.000,-) erhöht.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: StR Eber**

**9.16 Stk. 1) A8 142215/2021-10**

**Berichtigungen der Eröffnungsbilanz  
der Landeshauptstadt Graz des Jahres 2022**

**StR Eber:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Frau Bürgermeisterin. Die Eröffnungsbilanz wurde per 1.1.2020 am 29.4.2021 vom Gemeinderat beschlossen. Notwendig geworden ist dies, weil mit der Neueinführung der VRV eben auch eine Eröffnungsbilanz vorgelegt werden musste. Und wie bei allen derart großen Umstellungen ist es natürlich fast naheliegend, dass es da und dort auch hin und wieder zu kleinen Korrekturen und Fehlern gekommen ist, die wir also hier nun mit diesem Beschluss berichtigen möchten. Es geht, Sie sehen es in der Anlage, die ich jetzt doch bei mir habe, es geht um die Nacherfassung eines Grundstückes und die Abänderung der Bewertung von drei Grundstücken, um die Nacherfassung von Teilrechnungen von im Bau befindlichen Anlagen, einer Nacherfassung von Kautionen für das FH Joanneum und den Messeturm, für Grundstückseinrichtungen, für Hochwasserschutz, die Korrektur einer Zuordnung eines Investitionszuschusses, die Richtigstellung der erfassten Parkanlagen sowie die Nacherfassung zweier Gebäude. Ich ersuche um Zustimmung zu dieser Korrektur. Danke (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Gemeinderat wolle gemäß §§ 111b Abs. 6. iVm 96a Abs. 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 118/2021, beschließen:*

*Die Berichtigungen der Eröffnungsbilanz per 1.1.2020 werden genehmigt und die Eröffnungsbilanz gilt als geändert.*

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: StR Eber**

**9.17 Stk. 2) A8-142215/2021-08**

**Landeshauptstadt Graz,  
Rechnungsabschluss 2022**

**StR Eber:**

Es geht um den Rechnungsabschluss 2022, Sie haben das Stück alle rechtzeitig bekommen. Ich möchte nur auf ein paar kleine Punkte hinweisen, um nicht das Ganze zu sehr in die Länge zu ziehen. Es wird zunächst kurz eingegangen auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vor denen wir stehen, und dann auf einige grundsätzliche und allgemeine Hinweise zur Erstellung. Wichtig ist in dem Zusammenhang vielleicht, dass wir einen Drei-Komponenten-Haushalt haben. Also einen Finanzierungshaushalt, zu dem ich ein paar Worte nur sagen möchte. Grundsätzlich ist es so, dass im Bereich der Finanzierungsrechnung 2022 die Erträge besser ausgefallen sind, der Geldfluss der operativen Gebarung hat sich von rund 53,7 Millionen, wie es im Voranschlag angenommen wurde, verbessert auf etwa 150 Millionen. Die größten Treiber für diese positive Entwicklung waren zum einen die Einzahlungen aus eigenen Abgaben, insbesondere aber auch mit 26 Millionen die Einzahlungen aus den Ertragsanteilen des Bundes. Und wir haben natürlich auch beim Sachaufwand, ich sage jetzt einmal, unter Anführungszeichen, „Einsparungen“ in Höhe von 35,2 Millionen. Ein Teil oder ein großer Teil dieser Einsparungen, nämlich 28,7 Millionen, sind natürlich im Rahmen der Sparbuchzuführungen berücksichtigt und sind also de facto keine Einsparungen, sondern Verschiebungen auf das nächste oder auf die nächsten Jahre. Dann vielleicht noch kurz, was den Ergebnishaushalt angeht der Stadt Graz. Wir haben hier ein Nettoergebnis vor Rücklagen mit 523 Millionen. Ein durchaus positives und respektables Ergebnis auf den ersten Blick. Auf den zweiten Blick wird klar, warum das so ist. Durch die Zinserhöhung, mit der wir zu es tun haben, und mit der Stichtagsbudgetierung bedeutet das, dass rund 480 Millionen von diesen 523 Millionen sich durch Glück, durch Pensionsrückstellungsbewertungen, die geändert wurden, ergeben. Also das heißt, es sind keine echten finanzwirksamen

Erträge, die wir da erwirtschaftet haben, sondern das ergibt sich rein aus den Rückstellungsänderungen für unsere Pensionen, die wir zu bezahlen haben. Ansonsten haben wir hier auch ein ähnliches Bild natürlich.

Was den nächsten Bereich anbelangt, den Vermögenshaushalt, auch da bilden sich diese Pensionsrückstellungen wieder ab und deswegen ist unser Nettovermögen deutlich angestiegen. Wichtig, worauf ich in diesem Zusammenhang noch hinweisen möchte, das sind Investitionen. Wir haben rund 94,6 Millionen an Investitionen ausbezahlt im vergangenen Jahr, budgetiert waren hingegen 139,6 Millionen. Hier haben wir also ein einen Umsetzungsgrad bei den Investitionen von rund 67,7 %, was bedauerlicherweise etwas niedriger ist, glaube ich, als in den Vorjahren, in den meisten Vorjahren. Ich möchte darauf hinweisen, dass es natürlich für die Finanzdirektion da und dort etwas schwierig ist, weil die natürlich die entsprechenden Finanzmittel vorhalten müssen, die Finanzierungen sicherstellen müssen, und wenn dann der Umsetzungsgrad doch relativ weit weg ist oder der tatsächliche Umsetzungsgrad weit weg ist vom budgetierten, dann ist es hier natürlich nicht so einfach, das alles zu bewerkstelligen. Was die Schulden der Stadt Graz anbelangt, auch hier noch ganz kurz dazu: Die städtischen Finanzschulden betragen in Summe 1,56 Milliarden Euro. Das ist ein Wert, der sich aber nicht ganz negativ entwickelt in den letzten beiden Jahren. Was die Rücklagen anbelangt, möchte ich vielleicht auch noch ganz kurz etwas sagen dazu. Wir haben neben einigen anderen kleineren Rücklagen, insbesondere die Erneuerungsrücklagen für Müll und Kanal, da entwickelt sich die Zahlungsmittelreserve auch durchaus positiv. Ich möchte in dem Zusammenhang aber darauf hinweisen, dass es hier mitunter zu einer Neuberechnung kommt, das heißt die Overhead-Kosten in diesem Bereich sind in der Vergangenheit zu wenig hineingerechnet worden, das werden wir jetzt schrittweise nachholen. Sparbücher sind heute auch schon angesprochen worden. Wir haben hier wiederum Sparbüchrücklagen mit 31.12.2021 in Höhe von rund 36 Millionen Euro. Es hat dann einige Entnahmen, Kürzungen und Zuführungen der Sparbüchrücklagen gegeben und wir sehen heute, dass sich die Sparbüch-Stände wiederum auf 46 Millionen erhöht hätten, aber mit dem Budget haben wird hier leicht eingegriffen und gekürzt. Aber

dennoch, die Sparbücher oder Sparbuchstände haben sich sehr ordentlich erhöht. Zum Abschluss möchte ich zu diesem Stück noch ein herzliches Danke an die Finanzdirektion sagen, die hier in den letzten Wochen und Monaten sehr gut gearbeitet hat und natürlich sehr herausfordernde Arbeiten gehabt hatte und herausfordernde Zeiten gehabt hatte. Immerhin ist es ja parallel darum gegangen, auch den Nachtragsvoranschlag, den wir in der letzten Gemeinderatsitzung beschlossen haben, zu bewerkstelligen. Und natürlich, ja, ist es leider auch so gewesen, dass man im Bereich der Finanzdirektion einige Krankenstände bewältigen musste und von daher meinen herzlichen Dank an die Finanzdirektion (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Gemeinderat wolle gemäß § 96 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 118/2021, beschließen:*

*Der mit diesem Bericht zur Kenntnis genommene Rechnungsabschluss der Stadt Graz per 31.12.2022 samt Beilagen und den Festlegungen und Erläuterungen im Anhang inklusive Lagebericht wird genehmigt.*

*Die Rücklagen und Zahlungsmittelreserven werden genehmigend zur Kenntnis genommen.*

**StR Dr. Riegler:**

Ja, also ich muss da schon ein paar Anmerkungen zum Rechnungsabschluss geben, denn wir haben ja hier, wie gesagt, eine sehr wundersame Entwicklung. Erinnern wir uns zurück, im November noch der Brief des Stadtrechnungshofdirektors, der Kuckuck ist fast am Rathaus gepickt und die Fernsehstationen haben sich die Klinke in die Hand gegeben. Dann die großen Beschwörungen an den gemeinsamen Sparwillen, Eber, Kahr in Pressekonferenzen, im Dauerfeuer: Es wird jetzt eingespart, es wird im März

ein Sparbudget vorgelegt. Dann im März ist plötzlich vom Sparen nicht mehr die Rede. Überraschung, Überraschung. Der Jahresabschluss ist ja bestens geworden, jetzt noch im April der Rechnungsabschluss, juhu, 150 Millionen Überschuss und überhaupt gleich 450 Millionen aus Auflösungen von Rückstellungen. Also jetzt fragt man sich, wenn sich tatsächlich da draußen irgendjemand, sehr geehrte Damen und Herren, für Finanzen und für Finanzpolitik interessiert, da fragt man sich jetzt wirklich, wie passt das zusammen, wie geht das? Und da muss ich jetzt schon ein paar Anmerkungen machen. Erste wichtige Anmerkung, der Haushalt ist selbstverständlich viel gesünder und viel stabiler, als allgemein getan wird. Also wenn wir, wir sollten uns den heutigen Tag gut merken, der heutige Tag ist endgültig die Absage an diese ewige Altlastengeschichte, die ständig wie eine Prozession in allen Ansprachen von der Frau Vizebürgermeisterin oder von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten vor sich her getragen wird: Das ist die Altlastenproblematik, es ist ein zu hoher Schuldenberg und das ist alles so schrecklich, es sind keine Reserven hinterlassen worden. Das alles stellt sich als falsch heraus, als unrichtig, als unwahr. Vielmehr war es, dass wir sogar eine Pensionsrückstellung von über 2 Milliarden Euro gebildet haben, übrigens in einer Niedrigzinsphase. Es wurde unter meiner Führung damals im Zuge der VRV-Reform erstmalig eine Pensionsrückstellung gebildet, da, wo es teuer war, bei 0 % Zinsen, und man muss nämlich wissen, Pensionsrückstellungen und Zinsen verlaufen invers, jetzt wo die Zinsen raufgehen, wird lustig aufgelöst. Ich verstehe es überhaupt nicht, Manfred, wieso du nicht die Gelegenheit nutzt, wenn du 450 Millionen Erleichterung bei der Rückstellung hast, dass du sofort die nächsten paar Prozent aufdotierst. Denn ich möchte nur allen Menschen draußen mitteilen, die Rückstellungen, die wir derzeit passiviert haben, decken 52 % der Gesamtlast ab. Und es wäre ein Leichtes gewesen, jetzt im Zuge des Rechnungsabschlusses diese Auflösung, dieses Auflösungspotential von 450 sofort zur Vorsorge für unsere ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die alle ja schon, oder größtenteils, in Pension sind, ein paar pragmatisierte Mitarbeiter:innen gibt es noch, aber dass wir für die eine entsprechende Vorsorge hätten bilden können. Stattdessen wird einfach aufgebraucht und wird das Familiensilber verhökert. Das Nächste ist, wir haben ein Vermögen von 5 Milliarden

Euro, du wirst das jetzt dann gleich noch berichten im Tagesordnungspunkt 3, konsolidierter Haushalt, wir haben ein Vermögen von 5 Milliarden Euro. Darin enthalten sind unzählige Verkehrsprojekte, Schulen, Grundstücke, Wälder, etc. Dass jetzt die Schulden zurückgegangen sind, wie du das sagst, ist auf zwei Umstände zurückzuführen. Nämlich erstens einmal, dass es in den letzten zwölf Monaten keine Investitionen gegeben hat, keine nennenswerten, keine Straßenbauten, keine Remisen, keine Schulbauten oder Verzögerungen bei den Schulbauten. Seit eineinhalb Jahren warten wir drauf, Frau Vizebürgermeisterin hat angekündigt die Tennenmälzerei, das zieht sie jetzt an sich, da macht sie jetzt ein neues Projekt. Seit eineinhalb Jahren seid ihr jetzt im Amt, kein Schritt Weiterentwicklung nach außenhin erkennbar, kein Stadion, lieber Michi Ehmann, und 100 Meter Radweg, die halt gebaut wurden. Also man muss schon sagen, der Grund, warum die Schulden zurückgegangen sind, ist einmal deswegen, weil seit eineinhalb Jahren nichts beschlossen wurde, nichts passiert. Das kann man auch nachlesen hier im Rechnungsabschlussprüfbericht oder im Bericht der A8, wo eben drinnen steht, dass die Investitionen deutlich unter Plan gelegen haben. Der Manfred hat es eh erwähnt. Es hat also nicht nur keine Altlasten gegeben, sondern es gibt ein Vermögen von 5 Milliarden, sondern es gibt auch noch Reserven, die, wie gesagt, jetzt aufgelöst wurden. Umgekehrt, im laufenden Haushalt und in die Zukunft gerichtet muss ich sagen, schaut es schlecht aus, denn die Frau Bürgermeisterin hat allein im Sozialaufwand jährlich 5 Millionen Euro zusätzlich bekommen, und wir reden hier nicht von gesetzlichen, sondern von Ermessensausgaben, der Herr Kollege Krotzer 3 Millionen pro Jahr mehr, die Frau Schwentner 1,5 Millionen mehr. Es werden also 8 bis 9 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich Defizit erzeugt, die natürlich irgendwo wieder gegenzufinanzieren sind und wo jetzt nicht damit zu rechnen ist, dass ewig lang die Ertragsanteile und die Kommunalsteuern in dem Ausmaß so steigen werden, wie sie gestiegen sind. Ich möchte das deswegen alles so ausführlich sagen, weil die Menschen in Salzburg, die ja gerade erst voller Freude die KPÖ in den Landtag gewählt haben (*Appl. KPÖ*), damit die Menschen in Salzburg und auch die Menschen hier in Graz, und in der Steiermark wissen, was mit ihren Mitteln passiert, wenn kommunistische Finanzpolitik ausgeübt

wird. Es wird der Status krankgejammert, es werden die Reserven verbraucht, es werden massiv Defizite erhöht. Gleichzeitig aber in anderen Bereichen, zum Beispiel in der Kultur und in der Wirtschaft, werden die Mittel eingefahren. Ich sehe hier keine verantwortungsvolle Finanzpolitik. Dem Rechnungshof ist zu danken für die Berichterstattung. Ich werde dann später noch Gelegenheit haben, bei den konsolidierten Zahlen noch etwas zum Eigenkapital bei den Beteiligungen zu sagen. Danke der Finanzdirektion, der Bericht ist ein guter. Daher kann man dem Bericht natürlich zustimmen, weil er eine Tatsachenbeschreibung darstellt, aber die Finanzlage, so wie sie sich in den nächsten Jahren entwickeln wird, nehmen Sie den heutigen Tag eben auch in Erinnerung, und zu Protokoll, die Finanzlage wird sich in den nächsten Jahren extrem negativ entwickeln durch die hohen Defizite, die Sie jetzt aufgerissen haben (*Appl.*).

**StR Eber:**

Nachdem ich dann auf die Investitionen noch eingehen werde im Bericht zum Konsolidierten Jahresabschluss werde ich jetzt nur ganz kurz ein/zwei Punkte herausnehmen. Du hast gesagt, lieber Kollege Günter Riegler, die Zukunft schaut nicht so rosig aus. Sinngemäß, ja, schon seit einem Jahr ungefähr sagen wir das. Dass wir natürlich einerseits vor wirtschaftlichen Herausforderungen stehen, die Wirtschaftsentwicklung flacht sich ab, wenn man das so sagen will, heißt natürlich im Umkehrschluss weniger Kommunalsteuern oder maximal gleich bleibende. Und auch für die Bundesertragsanteile, die ja den überwiegenden Anteil der Zahlungen, Einzahlungen ausmachen, heißt das natürlich auch, dass die nicht besonders steigen werden, sondern wenn es schlecht geht, sogar zurückbleiben hinter dem Vorjahresergebnis. Dennoch ist da gerade deswegen natürlich ein Konsolidierungsbedarf, ein Handlungsbedarf in finanzpolitischen Fragen natürlich immer noch gegeben und wir werden natürlich hier in den nächst Wochen und Monaten vor der Herausforderung stehen, tatsächlich auch zu Einsparungen zu kommen. In welchen Bereichen das genau sein wird, also da werden wir dann sicher

noch die Möglichkeit haben, uns auch hier im Gemeinderat, aber auch darüber hinaus, auszutauschen. Was das Vermögen anbelangt, sage ich dann auch was beim Konsolidierten Jahresabschluss, Rechnungsabschluss 5,1 Milliarden, was du ja angesprochen schon, aber das kommt dann beim nächsten Punkt. Danke (*Appl.*).

Einen Punkt haben ich jetzt tatsächlich schon fast wieder vergessen. Es hat insgesamt 174 Zugriffe gegeben, der Rechnungsabschluss ist ja immer öffentlich aufgelegt für zwei Wochen, dort hat es 174 Online-Zugriffe gegeben und 29 davon, die sich auch das Pdf tatsächlich zumindest heruntergeladen haben. Danke (*Appl.*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: StR Eber**

**9.18 Stk. 3) A8-142215/2021-14**

**Konsolidierter Jahresabschluss  
Haus Graz 2022**

**StR Eber:**

In aller Kürze, 5,1 Milliarden Bilanzsumme haben wir, also hier drinnen ist natürlich auch unser Anlagevermögen, das den überwiegenden Teil ausmacht, und natürlich auch das Umlaufvermögen. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass wir auf der Passivseite also diese Pensionsrückstellungen ausgewiesen haben. Da ist es eben so, Günter Rieger hat es vorher schon kurz angesprochen, es wurden im Jahre 2020, nehme ich an, erstmals diese Rückstellungen gemacht in Höhe von 50 % der zu erwartenden Pensionszahlungen. Diese erhöhen sich jedes Jahr um 1 %. Also das heißt, jedes Jahr wird 1 % an Rückstellungen hier sozusagen neu gebildet, und wir haben natürlich hier auch unser Statut, unsere Haushaltsordnung zu beachten, die uns diese Vorgehensweise vorgibt, also deswegen haben wir da auch keine größeren Zuführungen gemacht. Auch hier gilt natürlich der Konsolidierte Rechnungsabschluss, der das ganze Haus Graz betrachtet, haben wir natürlich ein ähnliches Ergebnis, das

sehr stark getragen wird vom Magistratsabschluss. Also das heißt, wir haben hier einen positiven Wert von 655 Millionen, aber, wie schon gesagt vorhin auch, das ist vor allem der Einmaleffekt der Pensionsrückstellungen, der hier zu Buche schlägt. Was die Investitionen angeht, gilt es, Folgendes zu sagen: Also ich habe vorher schon gesagt, die Investitionen im städtischen Bereich mit einem Umsetzungsgrad von rund 67,7 % sind etwas hinter den Erwartungen zurückgeblieben, dennoch haben wir knapp 100 Millionen in diesem Bereich investiert. Wenn man sich die konsolidierten Investitionen also über das ganze Haus Graz ansieht, betrug das 262 Millionen Euro und liegen damit sogar deutlich über dem Vorjahresniveau. Im Jahr 2021 hatten wir Investitionen in Höhe von 214 Millionen Euro. Die wichtigsten, oder wichtigsten würde ich jetzt nicht sagen, aber die größten Investitionen waren hier die Schulausbauten, die wir gemacht haben in Höhe von 21,8 Millionen, es waren Investitionen in die Straßenbahn Reininghaus und Smart City in Höhe von 10,8 Millionen, Abwasserkanal 9,9 Millionen, in fast gleicher Höhe der Fernwärmenetzausbau. Bei Wohnen Graz haben wir Sanierungen, Brauchbarmachungen mit Kategorieanhebungen auch in Höhe von über 9 Millionen gehabt und so weiter und so fort, muss man fast sagen; also viele andere Infrastrukturinvestitionen in Radverkehr, Radinfrastruktur und Straßenbahn sind da natürlich ebenfalls drinnen. Der Nettofinanzschuldenstand wurde abgesenkt auf rund 1,49 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr mit 1,59. Das hängt mit vielen Faktoren zusammen, hängt nicht damit zusammen, dass nichts investiert worden wäre. Da sprechen eben die 262 Millionen Euro, aus meiner Sicht, dagegen. Damit ersuche ich um Zustimmung auch zum Konsolidierten Jahresabschluss. Danke (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.*

StR Dr. **Riegler:**

Noch kurz eine Ergänzung zum vorhin Gesagten, diesmal betreffend den konsolidierten Abschluss. Wie Sie wissen, werden ja beim Konsolidierten Abschluss die Rechnungsabschlüsse der einzelnen Beteiligungsgesellschaften aufaddiert und dann werden in der Company Beziehungen eliminiert. In Summe kann man dann sehen, das wird man auch noch im heutigen Prüfbericht des Stadtrechnungshofes, konsolidierten Prüfbericht, sehen, wie dann eben das die Unternehmensgruppe der Beteiligungsunternehmen der Stadt Graz insgesamt aussieht. Dort ist das Gesamtvermögen der Tochterunternehmen über 4 Milliarden liegend und dort sieht man eine negative Entwicklung, die heute noch Thema sein sollte und über die wir uns sehr viele Sorgen machen sollten. Da schaue ich auch Richtung Herrn Lenartitsch, nämlich die Holding Graz, bei der das Eigenkapital in der konsolidierten Bilanz um 55 Millionen gesunken ist. Wenn wir uns also fragen, wie gibt es das, dass jetzt auf einmal im letzten Jahr die Schulden gesunken sind, dann ist das relativ einfach. Sie haben einfach aus dem Unternehmen, aus den Beteiligungen systematisch das Eigenkapital abrinnen lassen und dementsprechend haben Sie halt dann weniger Schuldenfinanzierung gebraucht. Ich sage nur, das ist eine nicht sehr gesunde Entwicklung. Eigenkapital ist für Unternehmen, insbesondere für Infrastrukturunternehmen, ein Sicherheitspuffer, und dieses Eigenkapital wird eben nun sukzessive verkleinert. Ansonsten möchte ich vielleicht noch einmal zur Pensionsrückstellung zurückkommen, nur damit wir alle gut wissen, worum es dabei geht. Wir hatten Mitarbeiter:innen bis 1998 pragmatisiert, das ist also die Zeit lange vor der letzten großen Regierungsperiode des Bürgermeister Nagl. Das war noch in der Zeit von Stingl und Götz, da wurden eben Mitarbeiter:innen pragmatisiert, es wurde aber keine Pensionsvorsorge gebildet. Und wenn Sie heute, und das sage ich einfach auch, damit man es irgendwie einmal zu Protokoll gegeben klargestellt hat, wenn Sie heute oft von Altlasten reden, dann ist die größte Altlast, und Manfred Eber nickt, dann ist die größte Altlast jene aus den Jahren vor 1998, nämlich der Umstand, dass man damals tausende Mitarbeiter pragmatisiert angestellt hatte, für die man keine Pensionsbeträge einbezahlt hat. Deswegen beträgt der Barwert der

Pensionsverpflichtungen für diese mittlerweile schon längst in Pension befindlichen Mitarbeiter, ehemaligen Mitarbeiter, 4 Milliarden Euro. Und für diese 4 Milliarden Euro wurde eine Rückstellung erstmals 2020, der Manfred hat das richtig bestätigt, gebildet in Höhe von 50 % und die Auflage des Stadtstatuts ist, dass man jedes Jahr mindestens um 1 % erhöhen soll. Und wenn ich vorhin gemeint habe und kritisiert habe, man hätte doch gleich die 450 Millionen aufstocken können, dann ist es eben darauf bezogen, dass man eigentlich über dieses verpflichtende eine Prozent-Punkterl pro Jahr durchaus auch eine höhere Aufstockung machen könnte jetzt, wo man ohnedies aufgrund der höheren Zinsen eine niedrigere Pensionslast hat. Ich möchte das nur dazu erklären, das ist auch keine Kritik an die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nur wenn wir von Altlasten reden, wenn wir wirklich von großen Altlasten reden, dann muss uns immer bewusst sein, dass wir eben jetzt in einer Zeit wirtschaften, und das schon seit 20, 30 Jahren, in der wir einerseits die Pensionslast für die ehemaligen Mitarbeiter:innen abtragen müssen, das sind Zahlungen von jährlich 150 Millionen Euro, das geht noch bis 2050, 2060, und gleichzeitig müssen wir aber auch die Personalkosten und die Dienstgeberbeiträge für die jetzt aktiven Mitarbeiter:innen bezahlen. Das heißt, man möge sich vorstellen, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen aus der grauen Vorzeit, aus der Zeit Stingl, Götz, wenn die damals eine Pensionsrückstellung gebildet hätten, dann hätten wir heute eine Sorge weniger. Dann könnten wir nämlich die 150 Millionen für die Pensionsrückstellungen aus Reserven nehmen. Ich wollte das nur einmal bei dieser Gelegenheit sagen, weil viele wissen das vielleicht gar nicht. Und wenn wir immer wieder von Altlasten reden, dann sollten wir lieber dahin schauen, dass auf der Passivseite der konsolidierten Bilanz allein eine Pensionsrückstellung von 2 Milliarden schlummert. Das ist eine Position, die irgendwann auch zahlungswirksam sein wird und die wir eben entsprechend vorsichtigerweise gebildet haben. Mit diesen Anmerkungen schließe ich schon die kleine historische, ökonomische Reminiszenz über die 80er- und 90er-Jahre des vorigen Jahrhunderts (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Also zu Reminiszenzen, lieber Herr Stadtrat, da könnte ich auch viel dazu beitragen, weil ich kenne die Zeit von 1998, und vor allem davor, auch, sehr gut und so viel ich mich erinnern kann, war zumindest auch die ÖVP in einer Koalition mit der SPÖ und war für das Personal auch zuständig. Und da war die KPÖ, die damals schon darauf hingewiesen hat, und Sie können gerne die Protokolle nachlesen vom ehemaligen Kollegen Herrn Stadtrat Ernest Kaltenegger. Es ist eigentlich unserem Einsatz zu verdanken, dass zum Beispiel zumindest bei den Politikern wir keine Pensionsvorsorge mehr treffen müssen, weil ohne das würden wir sogar noch für die Politiker und Politikerinnen, also wie wir hier sitzen, Pensionsrücklagen bilden müssen, weil die haben sie früher nämlich kassiert. Und es ist, Gott sei Dank, nach unserem Druck abgeschafft worden. Das ist nur eine kleine Reminiszenz meinerseits (*Appl.*).

**StR Eber:**

Ganz kurz, bitte. Pensionsrückstellungen, da haben der Günter Riegler und die Frau Bürgermeisterin jetzt schon ein bisschen was dazu gesagt. Ich kann es im Wesentlichen unterstreichen. Selbstverständlich ist es eine Last, die wir mitschleppen, aber wir sind natürlich diesen Beschäftigten oder diesen großteils jetzt schon ehemals Beschäftigten natürlich auch schuldig, dass wir entsprechend dafür Sorge tragen, dass sie regelmäßig ihre Pensionen ausbezahlt bekommen. Und wie du sagst, das ist ein dreistelliger Millionenbetrag, den wir hier jährlich bezahlen müssen. Und ich glaube, die Spitze sozusagen wird so in zehn Jahren ungefähr erreicht sein und dann flacht es wieder ein bisschen ab beziehungsweise geht zurück und dann haben wir wieder auch hier hoffentlich dann neue Spielräume. Was die Eigenkapitalquote der Holding anbelangt, haben wir ja auch schon des Öfteren hier darüber gesprochen, sie liegt heute in etwa, sage ich jetzt, bei 30 %. Das heißt, eine sehr beruhigende und gesunde Eigenkapitalausstattung, die die Holding Graz hier hat. Selbstverständlich müssen wir aber natürlich auch da in die Zukunft blicken und darauf achten, dass sie nicht zu weit absinkt. Wir haben deswegen auch für heuer bereits 40 Millionen ins Budget

eingestellt, um aus dem Titel des Verkehrsfinanzierungsvertrags hier entsprechende Zahlungen tätigen zu können. Da sehe ich mich ja auch verpflichtet, dass wir das machen und wir werden natürlich im Laufe des Jahres als auch im Laufe der nächsten Jahre hier immer wieder versuchen, zu Verbesserungen zu kommen, was weder den städtischen Haushalt über Gebühr beansprucht noch was die Eigenkapitalquote der Holding Graz irgendwie gefährdet. Da sind natürlich noch viele Gespräche und Überlegungen notwendig, aber die werden wir natürlich auch alle führen und machen. Dankeschön (*Appl.*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: GR Mag. Dr. Kozina-Voit**

**9.19 Stk. 4) GPS-061085/2023/04                      Jahresabschluss 2022**

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Schönen Nachmittag. Vorhin hat es ein bisschen Verwirrung gegeben, aber das Stück ist jetzt vorliegend, zumindest in einer Kopie, das Original werden wir auch noch bekommen. Es geht um den Jahresabschluss der GPS, Grazer Parkraum- und Sicherheitservice. Es liegen hier die Zahlen vor zur Bilanz, zu EBDIT/EBIT, und es ist auch aufgelistet die Ergebnisabführung der letzten Jahre. Die Zahlen sind jetzt nicht sonderlich anders als im Jahr 2021, wenn man hineinschaut. Die Umsatzerlöse sind ein klein wenig zurückgegangen, also es war eher so an der unteren Grenze von dem, was die GPS leisten soll, leisten kann und alles andere ist da eigentlich eh in Zahlen gegossen. Wer das Ganze ein bisschen mehr in Prosatext haben will, da gibt es den Geschäftsbericht, da ist das alles sehr schön aufbereitet. Der Verwaltungsausschuss des GPS stellt gemäß § 5 Abs 2 des Betriebsstatuts den Antrag:  
Der Gemeinderat möge gemäß § 12 des Betriebsstatuts

1. den Jahresabschluss 2022

mit einem Ergebnis von	Euro	703.555,95
einer Ergebnisabführung von	Euro	700.000,00
einem Jahresgewinn 2022 von	Euro	3.555,95
und einem Bilanzgewinn inkl. Vorjahre von	Euro	3.449.015,38

2. sowie den Geschäftsbericht 2022 als Beilage genehmigen.

Ich darf um Annahme dieses Stückes bitten (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Gemeinderat möge gemäß §12 des Betriebsstatutes des GPS Eigenbetriebes*

1. *den Jahresabschluss 2022*

<i>mit einem Ergebnis von</i>	<i>Euro</i>	<i>703.555,95</i>
<i>einer Ergebnisabführung von</i>	<i>Euro</i>	<i>700.000,00</i>
<i>einem Jahresgewinn 2022 von</i>	<i>Euro</i>	<i>3.555,95</i>
<i>und einem Bilanzgewinn inkl. Vorjahre von</i>	<i>Euro</i>	<i>3.449.015,38</i>

2. *sowie den Geschäftsbericht 2022 als Beilage genehmigen.*

**Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

**Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Wutte, MA**

**9.20 Stk. 5) WG-039853/2016/0069      Geprüfter Jahresabschluss 2022 Wohnen Graz**

**9.21 Stk. 6) WG-039853/2016/0070      Wohnen Graz Geschäftsbericht 2022**

**9.22 Stk. 7) WG-039853/2016/0071      Prüfung des internen Kontrollsystems 2022 des Eigenbetriebes Wohnen Graz**

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Schönen guten Tag, auch von meiner Seite. Angesichts dessen, dass wir noch einen sehr langen Sitzungstag vor uns haben, bemühe ich mich jetzt einfach, diese Berichte zusammenzufassen, die alle den Eigenbetrieb Wohnen Graz betreffen. Das eine ist eben der geprüfte Jahresabschluss 2022 von Wohnen Graz, wie er auch im Ausschuss berichtet wurde. Es gibt im Jahr 2022 einen Verlust von 4.277.000 Euro, das ist im Ausschuss auch ausführlich diskutiert wurden worden. Es hat auch die Wirtschaftsprüferin von ihrer Redepflicht Gebrauch gemacht und darauf aufmerksam gemacht, dass es hier einen Verlust gibt. Man muss aber eben auch sozusagen das im Gesamtkontext sehen dessen, dass eben gerade Wohnung Graz auch von vielen Teuerungen betroffen war, was den ganzen Bausektor betrifft, was auch steigende Zinsen insgesamt betrifft, und natürlich ist Wohnen Graz nicht im luftleeren Raum sozusagen, sondern kann durch einen städtischen Zuschuss dann auch wieder stabilisiert werden. Also das ist so der Teil zum Jahresabschluss. Vielleicht allgemein zum Geschäftsbericht vom letzten Jahr für die, die nicht so genau wissen, was alles die Tätigkeitsfelder von Wohnen Graz sind. Es ist so, es gibt ca. 12.000 Wohnungen in der Stadt Graz, wo die Stadt das sogenannte Einweisungsrecht hat, also wo Menschen eben einen Antrag auf eine Gemeindewohnung stellen und dann eine Wohnung zugewiesen bekommen. Davon sind ca. 4.000 Wohnungen stadteigene und die restlichen sind sogenannter Übertragungswohnbau, wurden also von Wohnbaugenossenschaften gebaut und es gibt da einfach sehr umfassende Tätigkeiten

von Wohnen Graz, die auch in dem Geschäftsbericht zusammengefasst sind. Das eine sozusagen ist das, wo Wohnen Graz als Hausverwaltung auftritt und sehr umfassende Angebote für die Mieter:innen setzt, Brauchbarmachung durchführt, aber auch Hochbeete sozusagen zur Verfügung gestellt werden, Sperrmüllaktionen. Das andere ist, wo die Stadt Graz, was natürlich sehr wesentlich ist, neue Gemeindewohnungen errichtet, auch Grundstücksvorsorge trifft, damit einmal neue Gemeindewohnungen entstehen können. Das ist alles im Geschäftsbericht nachzulesen. Und der dritte Punkt betrifft jetzt die Prüfung des internen Kontrollsystems, also da wird immer quasi ein Teil herausgezogen und einer näheren Prüfung unterzogen, in dem Fall, war es der Personalbereich. Da ist festgestellt worden, dass das alles ordnungsgemäß abläuft beim Personal von Wohnen Graz. Ich lese jetzt einfach noch einmal die genauen Beschlusstexte vor von den jeweiligen Stücken, und dann können wir da zügig durchgehen. Der erste ist eben der geprüfte Jahresabschluss 2022 von Wohnen Graz. Hier steht: Der Gemeinderat wolle beschließen die Genehmigung des von der Steirischen Prüfungs- und Beratung GmbH geprüften Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Wohnen Graz, beziehungsweise Kenntnisnahme, wie erwähnt, der ausgeübten Redepflichte Wirtschaftsprüferin. Beim Geschäftsbericht geht es darum, dass der Gemeinderat eben diesen im Ausschuss ausführlich diskutierten Geschäftsbericht 2022 genehmigt. Und beim letzten Stück, bei dem internen Kontrollsystem, geht es darum, der Gemeinderat wolle beschließen die Kenntnisnahme des Berichts über die Prüfung des internen Kontrollsystems des Eigenbetriebes Wohnen Graz 2022 (*Appl.*).

**Ad. Stk. 5**

**Originaltext des Antrages:**

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Genehmigung des von der Steirischen Prüfungs- und Beratungs GmbH zum 31.12.2022 geprüften Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Wohnen Graz bzw. Kenntnisnahme der ausgeübten Redepflicht der Wirtschaftsprüferin.*

**Ad. Stk. 6**

**Originaltext des Antrages:**

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Genehmigung des Geschäftsberichtes 2022 des Eigenbetriebes Wohnen Graz.*

**Ad. Stk. 7**

**Originaltext des Antrages:**

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Kenntnisnahme des Berichtes über die Prüfung des internen Kontrollsystems des Eigenbetriebes Wohnen Graz 2022.*

**GR Huber:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Nach Durchsicht des Prüfberichtes muss ich leider festhalten, dass der Bericht das bestätigt, wovon die ÖVP eigentlich die letzten Wochen und Monaten schon immer gesprochen hat, nämlich, dass wir uns diese unwirtschaftliche und zukunftsvergessene Politik im Bereich Wohnen Graz nicht sehr lange leisten werden können. Und auf einen Punkt möchte ich schon eingehen, den die Kollegin Wutte leider ausgelassen hat, nämlich die Wirtschaftsprüferin setzt schon auch einen Punkt an bei ihrer Wortmeldung, nämlich, dass die Aussetzung von den vorgesehenen Mietzinsanpassungen die Situation schon weiter verschärft. Und da

würde es mich schon interessieren, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, welche konkreten Maßnahmen Sie eigentlich setzen wollen, damit der Eigenbetrieb Wohnen Graz wieder wirtschaftlich rentabel ist für die Stadt, denn weiter oben im Bericht steht auch, das Unternehmen ist nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung der Gebote der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu führen. Und das heißt auf gut Deutsch übersetzt, ein bisschen weniger kommunistisches Heldenepos erzählen und ein bisschen mehr realitätsnahe Politik machen, denn wenn wir so weitermachen, machen wir den Sozial ...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> **Kahr** unverständlich.*

**GR Huber:**

Ich habe von Ihrem kommunistischen Heldenepos gesprochen, das Sie immer erzählen (*Appl.*).

Aber schön, dass wir jetzt alle vom Gleichen sprechen, weil wenn wir so weitermachen, werden wir den Eigenbetrieb Wohnen Graz bald selbst zu einem Sozialfall machen, und das kann ja kaum das Ziel sein der Stadt Graz. Dankeschön (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke vielmals, Herr Gemeinderat, gibt es weitere Wortmeldungen? Ich habe jetzt gerade studiert, ob ich noch etwas sage, aber nachdem wir ausführlich zu dem Thema im vorletzten Wohnen-Graz-Verwaltungsausschuss diskutiert haben, erspare ich mir das jetzt, weil Sie kennen meine Haltung, glaube ich, gut genug. Der Herr Stadtrat Riegler hat heute schon einmal angesprochen, dass man auf jeden Fall Vorsorge treffen muss, einen Sicherheitspolster immer haben muss, und wir sind heute auch dafür, und da bin ich auch der Koalition sehr dankbar, dass wir einen Sicherheitspolster

immer für die Bevölkerung einrichten. Das sehe ich als unsere Verpflichtung an und das heißt nichts anderes, dass wir sie auch entlasten müssen. Und Sie können eigentlich stolz sein, Herr Gemeinderat Huber, darauf, dass Sie hier im Grazer Gemeinderat tätig sind, der Beispielwirkung hat, wo dann viele andere Städte in Österreich sozusagen diesen Mietendeckel, wenn man so sagen möchte, weil viele formulieren das so, ich formuliere es ja gar nicht so, weil wir haben eh eine Preissteigerung weitergegeben, aber nur nicht in so einem hohen Ausmaß und vieles in diesem Beispiel gefolgt, was nichts anderes heißt, dass das eigentlich ein richtiger Weg ist in diesen Zeiten, wo die Leute es schwer haben und wo sie mit Lebensmittelpreisen von 13 % im Vergleich zu Deutschland auch zu kämpfen haben, die Leute. Und wir sind halt nicht die, die dann noch zusätzlich die Leute belasten wollen, und dazu stehe ich auch und dazu steht die Koalition, und da bin ich sehr froh darüber (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Sabine Wagner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin. Ich glaube, niemand untergräbt Ihr Engagement in den letzten Jahren, gerade beim Bereich Wohnen, aber ich durfte letztens als Ersatzmitglied im Ausschuss Eigenbetrieb Wohnen teilnehmen und habe sehr wohl ganz genau diesem Abschlussbericht zugehört und auch teilweise gelesen und ich habe auch gehört, vor was gewarnt worden ist bei diesem Bericht. Und ich denke, um nicht ungebremst in dieses Szenario hineinzuschlittern, wäre es, glaube ich, schon jetzt an der Zeit, Maßnahmen zu setzen. Weil wenn nicht jetzt, wann eigentlich? Und das wollte ich nur sagen, weil als Außenstehender von diesem Ausschuss habe ich da schon ein bisschen Bedenken bekommen, nachdem ich das gehört habe. Danke (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Vielleicht nur für Sie noch einmal zur Erinnerung, das Wohnen Graz war ja davor ein eigenes Amt, also es war ja kein Eigenbetrieb. Und dieser Eigenbetrieb Wohnen Graz, das hat Vor- und Nachteile. Der Vorteil ist natürlich, dass du viel beweglicher bist in

dem, wie du agieren kannst, in den Aufträgen, das ist gut so. Andererseits birgt es ja natürlich die Gefahr immer, dass eigentlich eine Kernaufgabe der Sozialpolitik, nämlich den kommunalen Wohnbau voranzutreiben und selbstverständlich auch die städtischen Gemeindewohnungen in einem Ausmaß für die Bewohner:innen immer leistbar zu halten, birgt halt die Gefahr, dass man es nur noch durch die wirtschaftspolitische Brille betrachtet. Und insofern hat natürlich der Geschäftsführer und all jene, die auch davor waren oder zumindest hinweisen, Achtung, wenn sozusagen die Eigenkapitaldecke schmitzt, dann werden wir einfach die Mittel, die wir für die Investitionen brauchen, sei es jetzt für thermische Sanierung oder für andere Sachen, mittelfristig ein Problem haben. Weil derzeit stehen wir nicht schlecht da, das muss man auch dazusagen. Aber Sie haben natürlich vollkommen Recht, wenn Sie sagen, wenn das weiter so ginge, dass man hier darauf achten muss, dass die Eigenkapitaldecke schmitzt. Das ist aber trotzdem die wirtschaftspolitische Brille Wohnen Graz. Es gibt aber auch eine sozialpolitische Betrachtung, und die vertreten wir, und zwar das bedeutet schlichtweg, wenn wir das nicht schaffen, weil was wäre denn die Logik, die Mieten so anzuheben, dass wir sozusagen, wenn wir ein Grundstück ankaufen wollen für Gemeindewohnungen oder eine thermische Sanierung, dass wir dieses Thema alleine schöpfen? Das kann es ja wohl nicht sein, weil dann brauche ich auch gar keine kommunalen Wohnungen, dann bin ich gleich wie ein privater Unternehmer. Also es geht immer darum, die Balance zu halten. Das eine ist wichtig, was Sie angesprochen haben, aber genauso natürlich auch immer darauf zu achten, dass wir unsere Bewohner und Bewohnerinnen nicht zusätzlich belasten und wenn wir die Mittel daraus nicht schöpfen können, dann ist es natürlich auch eine sozialpolitische Aufgabe, aus dem laufenden Budget dafür Sorge zu tragen und einen Zuschuss zu geben. Genauso würden wir das ja auch handhaben bei den Geriatrischen Gesundheitszentren, wo wir ja auch einen gesundheitspolitischen Auftrag haben und niemals diese Einrichtung gefährden würden, den Eigenbetrieb. Weil du kannst ja nicht einfach nur durch die Einnahmen oder sozusagen, dass die Leute einfach die Kosten, dass du so viel verlangst, dass du immer alles reinvestieren kannst. Das kann sein, dass du da auf einen Punkt stoßt, wo das nicht geht, ohne die Leute zu belasten. Und ich

glaube, das ist eh verstanden worden auch im Ausschuss und auch mitgetragen worden, und insofern danke ich auch dafür (*Appl.*).

StR Mag. **Krotzer:**

Nur kurz, nachdem das jetzt sozusagen doch eine gewisse Steilvorlage war, möchte ich mich nur kurz äußern. Die Frau Bürgermeisterin hat es schon ausgeführt, dem Grazer Beispiel sind eine ganze Reihe von Städten in Österreich gefolgt, ob das in der Steiermark etwa Knittelfeld ist oder in Kärnten Villach und Klagenfurt oder auch die Stadt St. Pölten, die diesem 2%-Mietendeckel gefolgt sind. Warum war das eigentlich notwendig? Das müssen wir, glaube ich, in der Betrachtung und sozusagen vor dem Hintergrund, dass es an der Zeit ist, Maßnahmen zu setzen, schon auch, halte ich es für wichtig, erwähnen. Mit 1. April sind die Kategoriemietzinse um 8,6 % gestiegen, der Richtwert. Und das nach einer wochenlangen Debatte, die dem Ganzen vorausgegangen ist, wo die Bundesregierung unter ÖVP-Führung über viele, viele Wochen der Bevölkerung und eigentlich allen politischen und auch gesellschaftlichen, medialen Akteuren Sand in die Augen gestreut hat, weil man wochenlang gesagt hat, natürlich wird man eine Lösung finden, natürlich wird man das abfedern, natürlich wird man hier eine Entlastung für die Bevölkerung schaffen. Und sozusagen, nachdem man hier viele, viele Wochen Sand in die Augen gestreut hat, nachdem man auch dem grünen Koalitionspartner im Bund da sozusagen lange Zeit etwas vorgegaukelt hat, ist man dann in den letzten Wochen mit fadenscheinigen vermeintlichen Alternativen daherkommen und hat ganz bewusst die 8,6%-Erhöhung durchrauschen lassen. Entgegen vieler, vieler Stimmen von der Arbeiterkammer oder der Gewerkschaft, aus der parlamentarischen Opposition, aber auch vieler Wirtschaftsforscher und Wirtschaftsforscherinnen, die darauf hingewiesen haben, dass eben diese Maßnahme auch wirtschaftspolitisch eine sehr gefährliche Maßnahme ist, weil man eben damit die Inflation eben nicht dämmt, sondern, im Gegenteil, antreibt. Es geht ja immerhin um über 700.000 Mieterinnen und Mieter, die davon betroffen sind, plus dann viele weitere am privaten Wohnungsmarkt, deren Vermieter sich natürlich dann auch daran

orientieren wollen. Und da erlaube ich mir, sozusagen den Bogen zu spannen auch zum Stadtrat Riegler und seinen vorigen Ausführungen zu Salzburg. Ich glaube, wenn man das Wahlergebnis ernsthaft auch von Seiten der ÖVP verstehen will, dann sollte man auch in Betracht ziehen, was man am 1. April sozusagen ermöglicht hat oder eben nicht verhindert hat. Und sozusagen, da wäre es eigentlich in der Aufgabe der Bundesregierung gewesen, hier eine Maßnahme zu setzen. Die ist leider ausgeblieben. Wir sind sehr froh, dass wir in Graz diese Maßnahme setzen haben können für die Mieterinnen und Mieter der städtischen Gemeindewohnungen und freuen uns, dass dieses Beispiel auch österreichweit Schule gemacht hat (*Appl.*).

**StR Dr. Riegler:**

Es ist immer wieder herausfordernd, wenn dann in der Gemeindestube gewissermaßen die große Gesamtwirtschaftspolitik diskutiert wird. Wenn hier vom Sand-in-die-Augen-Streuen die Rede ist und wenn davon die Rede ist, dass hier nicht geholfen worden wäre. Es gibt gute Gründe, warum die Bundesregierung sich dafür entschieden hat, eben das nicht über einen Mietpreisdeckel bei den Gemeindewohnungen zu lösen, sondern eben über einen Zuschuss, denn Sie wissen schon, dass lediglich 10 % der Wohnungen in Österreich überhaupt nur in den Bereich dieser Gemeindewohnungen fallen. Das Zweite ist, es ist natürlich klar, wir haben ja schon den Mietpreisdeckel auch in Berlin erlebt. Wir sehen das überall dort, wo man die Mieten einfriert, wo man eben keine Mietzuwächse zulässt, man nur eines bewirkt, nämlich, das Angebot verknappt sich, die Qualität wird schlechter oder es wird gar nichts mehr gebaut. Daher hat sich die Bundesregierung, und ich bin jetzt nicht der Anwalt der Bundesregierung, dass das auch klar ist, aber daher hat sich die Bundesregierung in Expertenconsultationen und in diversen Auseinandersetzungen und Nachdenkprozessen eben nicht für einen Mietpreisdeckel ausgesprochen, sondern eben für einen Zuschuss an alle, damit eben die, die es betrifft, es sich leisten können. Natürlich wird man, wenn es weiter so sein sollte, dass die Teuerung weiterhin so stark dominant ist, wird man auch wieder nachhelfen müssen. Vergessen wir aber bitte

nicht, dass wir gerade erst im letzten Dezember Kollektivvertragsrunden hatten, die durchaus anständige kollektivvertragliche Erhöhungen gebracht haben. Das heißt, es wird immer so getan, als ob jetzt nur die Mieten steigen würden, aber die Gehälter nicht oder alle anderen Komponenten nicht. Das möchte ich vielleicht der guten Ehrenrettung halber sagen. Es gibt eben Konzepte wie das Ihrige, wo man einfach sagt, ich greife jetzt überall ein in die freie Wirtschaft und beschließe, dass ich halt staatliche Deckelungen vornehme. Der Mietpreis, der Gaspreis, der Strompreis, das sind Forderungen der KPÖ, das ist halt das Denken einer sozialistischen Gesinnung, die halt der Meinung ist, alles und jedes soll vom Staat durch Handstreich gelöst werden. Was dabei herauskommt, kann man anschauen, wenn man sich den Niedergang der UdSSR, DDR und vieler anderer sozialistischer Systeme anschaut (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Das ist ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema, das Wohnen. Und wenn Sie, Herr Stadtrat, gesagt haben, mein Stadtratskollege hat weit ausgeholt, haben Sie jetzt auch weiter ausgeholt, Sie haben es gleich auf die ganze Welt ausgeweitet (*Appl.*).

Aber letztendlich, ich kann vielleicht auch noch einen Satz sagen, und damit haken wir das jetzt ab, also zumindest von meiner Seite, weil bei dem Thema, jetzt allen Ernstes, da kennen wir uns wirklich aus und zwar über Jahrzehnte, und wir haben viele Gespräche mit Wirtschaftstreibenden hier nämlich auch, und zwar nicht, weil wir uns einig sind, sondern weil es natürlich in der Materie ein Interesse gibt. Wir sind halt auf der Seite derer, die sozusagen leistbares Mieten brauchen oder wo es auch, wenn es um Eigentum geht, weil es ist ja selbst das Eigentumsthema, wo Sie jetzt eigentlich ja mehr beheimatet sind, das kann sich eh auch keiner mehr leisten, die Grundstückspreise. Also von den Zeiten, wo wir Menschen haben, die arbeiten und sich ein Eigentum mühsam ansparen, sind wir ja weit davon entfernt, dass das jetzt möglich ist. Aber wie gesagt, da würde man jetzt schon sehr, sehr lange diskutieren darüber. Aber wichtig ist mir eines, schon zu sagen, selbstverständlich sind wir für, wenn es um das Thema Wohnen geht, eine fortschrittliche und sozialistische Politik.

Natürlich, das waren wir immer und das werden wir immer sein, und das kann man hier auch ganz offen und klar sagen, weil alles, was jeder Mensch braucht, ist keine Ware. Und das fängt an bei der Bildung, Gesundheit, bei Licht, Wärme, das braucht ein jeder Mensch. Und natürlich auch, zu einem bestimmten Grad, Wohnen. Klar, ein Dach über dem Kopf braucht jeder. Und deshalb braucht es auch immer ein bestimmtes Segment an bezahlbarem, in öffentlicher Hand liegendem Wohnraum, weil nur auf den hat man einen Einfluss, auf den anderen nicht. Und nicht mehr und nicht weniger haben wir in der Kommune, hier in der Stadt Graz, gemacht. Auf den privaten Wohnraum haben wir keinen Einfluss, aber auf die wenigen paar Tausenden gemeindeeigenen Wohnungen haben wir einen Einfluss, und da haben wir uns entschlossen in der Koalition, das auf 2 % zu begrenzen. Und noch einmal, das ist gut so gewesen, und dafür noch einmal ein großes Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, zu einem wohnrechtlichen Thema, da mag ich mich immer sehr, sehr gerne äußern und appelliere da wirklich, dass man strikt trennt, von was reden wir überhaupt. Wenn wir von den Richtwerten reden, dann werden die Kategoriemietzinse reingemixt, dann wird der Freie Marktzins reingemixt. Und dann sagen wir, sehr, sehr viele Menschen sind betroffen. Das sind in ganz Österreich 483.000 Wohnungen, die von diesen Richtwerterhöhungen betroffen waren, davon ist der Großteil, 82 %, in Wien. Also das ist jetzt nicht ein Thema, wo man sagen muss, gut, ok, da wird jetzt die Grazer Koalition oder die KPÖ das ganze Problem lösen. Wir haben schon in den letzten Gemeinderatssitzungen immer wieder darüber diskutiert und waren ja auch übereinstimmend der Meinung, dass viele, viele Dinge im Bereich Wohnen einfach auch eine gesetzliche Altlast sind. Also reden wir von einem Mietrechtsgesetz, groß herausgegeben, groß novelliert im Jahr 1953. Da hat man es bis dato in den letzten Jahren nie geschafft, wirklich einmal Dinge, die, ich sage fast schon, einfach antiquarisch sind, zu entfernen. Jetzt ist für mich aber die Frage, was macht man in Graz? Sie versuchen da sehr, sehr, ich sage es einmal, vorsichtig ausgedrückt,

Sie versuchen, sozial zu handeln, haben das aber sozialistisch vor dem Auge. Und die Frage ist, wie lange geht sich diese sozialistische Politik aus? Weil Sie dürfen nicht vergessen, Graz ist eben nur Graz. Sie können sich da nicht, oder ich hoffe, das ist nicht Ihr Ansinnen, von der Marktwirtschaft, die uns zum Glück umgibt in der Steiermark, aber auch in Österreich und in der Welt, entkoppeln. Sie können irgendwann nicht sagen, wir machen da unser eigenes Ding, das endet dann wahrscheinlich vor der Gemeindeaufsicht und/oder im schlimmsten Fall vor ganz anderen Behörden. Also man wird sich da auch mittelfristig sehr wohl die Frage stellen müssen, die der Gemeinderat Huber aufgeworfen hat, wann sagen wir, stopp, das geht sich nicht mehr aus? Weil wenn man jetzt auch, sage ich, in die Wirtschaft blickt, da werden gerade Unternehmer immer angehalten, nicht erst wenn die Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist, zu sagen, ups, ich habe ein Problem. Sondern da sagt man, man muss davor die Krisen erkennen. Und wir sind jetzt in einer Phase, wo ich glaube, dass man diese Krisenfrüherkennung wirklich abschließen müsste und sagen muss, ja, wir haben ja die drohende Krise. Und wenn ich mich recht erinnere, wir reden ja dort über einen Zeitraum, der jetzt nur mehr drei/vier Jahre umfasst. Und was ändert sich jetzt in diesen drei/vier Jahren so fundamental, dass man sich das alles leisten kann? Man muss schon auch eines sagen, ich finde dieses Ausspielen von jenen, die dann ein bisschen eine finanzielle Stabilität oder ein seriöses Vorgehen fordern, dass man die hier immer gleich so als die Großkapitalisten hinstellt. Das sind vielleicht jene, die einen Schritt weiter gedacht haben, die vielleicht gedacht haben, ok, was machen wir nach diesen vier Jahren? Krisenbekämpfung ist schön, nur Krisenbekämpfung kann man sich halt nicht über einen jahrelangen Zeitraum leisten, irgendwann wird es dann halt eng. Und ich glaube, so müsste man diese Diskussion fördern und nicht immer dieses Extrembeispiel bemühen und sagen, wir handeln sozialistisch. Das geht sich halt wahrscheinlich irgendwann nicht mehr aus. Und da gibt es immer wieder Beispiele für Gemeinden, die auch gedacht haben, sie können im kleinen Stil sozialistisch handeln, die sind dann halt in die Pleite geschickt worden. Das muss man auch ganz offen so sagen und das wünscht sich hier, glaube ich, niemand. Also mein Appell wäre wirklich, dass man nicht alles vermischt bei diesem Thema. Ja, Wohnen ist wichtig, ist ein

Menschenrecht, muss man schauen, dass es leistbar ist. Nur man muss auch schauen, was ist nach dieser Krise? Man kann jetzt nicht nur Krisenbekämpfung machen, das kann man sich irgendwann schlichtweg nicht mehr leisten. Und ich fürchte, das haben Sie ein bisschen aus den Augen verloren (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Diese Sorge, dass wir hier etwas aus den Augen verlieren, müssen Sie nicht haben, lieber Herr Klubobmann, im Gegenteil. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Ihre Vorgängerpartei, der Sie ja auch angehört haben, die Freiheitliche Partei, hat 60.000 öffentliche Wohnungen, die BUWOG, mitprivatisiert und verkauft. Das spüren jetzt tausende ganz bitter. Also so eine Politik verfolgen wir nicht. Bitte, Frau Gemeinderätin (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Ich versuche, mich kurz zu fassen, nachdem die Debatte jetzt ja auch schon lange gegangen ist über die große Weltpolitik, über allgemeine volkswirtschaftliche Erwägungen, schlagen wir den Bogen jetzt wieder zur Situation vom Eigenbetrieb Wohnen. Die, die eben im Ausschuss waren, der Kollege Pascuttini ist leider nur sehr selten dort, vielleicht können wir das eh auch einmal besprechen, aber diejenigen, die dort waren, haben die Diskussion, glaube ich, dort aufmerksam mitverfolgt. Es ist, denke ich, allen Parteien und allen Ausschussmitgliedern bewusst, wie die wirtschaftliche Situation gerade ist. Ich möchte auch einfach noch einmal auf etwas hinweisen, was die Frau Bürgermeisterin in einer vorigen Wortmeldung, glaube ich, ganz gut zum Ausdruck gebracht hat. Ich glaube, Wohnen als menschliches Grundbedürfnis und das, was die Stadt hier zur Verfügung stellt, befindet sich natürlich in einem Spannungsfeld zwischen einer wirtschaftlichen Sichtweise und einer sozialen Sichtweise. Und natürlich muss man da einen gangbaren Kompromiss finden, dass es sich finanziell am Ende des Tages ausgeht, aber dass eben in den

Gemeindewohnungen das Wohnen auch leistbar bleibt. Jetzt ist es so, dass in der vergangenen Periode die Sichtweise sehr stark eine wirtschaftliche war, ich bin ja jetzt auch schon länger Ausschussmitglied, und will hier eine gewisse Kurskorrektur vornehmen. Uns ist aber auch klar, deswegen haben wir das auch so festgelegt bei den Anpassungen der Mieten, dass wir in den nächsten Jahren mindestens um 2 % wieder erhöhen werden müssen. Also ich glaube, es gibt hier durchaus eine Balance von beiden Sichtweisen. Und ich denke, so lange es möglich ist, den Menschen, die wirklich in schwierigen Lebenssituationen sind, wenig Geld zur Verfügung haben, bei einem sehr elementaren Bedürfnis, nämlich beim Wohnen, unter die Arme zu greifen, ist das eigentlich unsere Aufgabe, dass wir das auch machen. Und von dem her bin ich sehr zufrieden mit dem Beschluss (*Appl.*).

***Der Antrag (Stk. 5) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ, KFG und Lohr) angenommen.***

***Der Antrag (Stk. 6) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ, KFG und Lohr) angenommen.***

***Der Antrag (Stk. 7) wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: GR Lenartitsch**

**9.23 Stk. 8) A10/8-034924/2021/0003      Mobilitätsvertrag zum Bebauungsplan  
07.29.0 „Liebenauer Tangente –  
Lortzinggasse – Dr.-Lister-Gasse“**

**9.24 Stk. 9) A14-074543/2020/0069      07.29.0 Bebauungsplan  
„Liebenauer Tangente – Lortzinggasse –  
Dr.-Lister-Gasse“,  
VII. Bez., KG Liebenau**

**GR Lenartitsch:**

Einen wunderschönen, guten Tag, werte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren hier live in auch an Ihren Endgeräten zuhause. Als Erstes geht es in dem Stück um den Mobilitätsvertrag zum Bebauungsplan 7.29.0 Liebenauer Tangente – Lortzinggasse – Dr.-Lister-Gasse. Was ist ein Mobilitätsvertrag? Die Stadt macht es sich zur Aufgabe, wenn ein großes Gebiet entwickelt wird, dass geschaut wird, dass man nicht noch mehr Autos in die Stadt hineinbringt, sondern versucht, die Bewohner, die neuen, mit der sanften Mobilität in der Stadt weiterzubringen. Das bedeutet, dass geschaut wird, dass eben die Bewohner auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, dass eben die Rad- und Gehwege in dem ausgebauten Gebiet eben genügend vorhanden sind und vor allem, dass der Zugang zu einem öffentlichen Verkehrsmittel auch gegeben ist und dieses leicht erreichbar ist. Was bewirkt das jetzt dann, wenn man sagt, ein Mobilitätsvertrag oder beziehungsweise was haben die neuen Bewohner, die sich ja dann entschließen, dort hinzuziehen, was haben die davon? Wenn man bedenkt, wie gesagt, für den Fußverkehr, dass eben genügend Gehsteige vorhanden sind, auch wenn noch keine vorhanden sind, wird sich der neue Bauwerber dafür verpflichten, dort welche einzurichten. Wenn man an den Radverkehr denkt, ist man im Vertrag daran gebunden, dass man eben bestehende Radwege mitaufnimmt, erweitert und auch genügend Fahrradabstellplätze in diesem neuen Entwicklungsgebiet baut beziehungsweise auch Fahrrad-Service-Aktionen macht, sprich, auch zweimal im Jahr

dort einen Gratis-Service-Check für die Fahrräder für alle Bewohner anbietet, ebenfalls eine Service-Station vor Ort. Einige von Ihnen kennen das vielleicht, im Rathaus hinten im Hof hängt auch so ein kleiner Kasten, da ist das notwendigste Werkzeug drinnen, Luftanschluss, dass man wieder die Reifen aufpumpen kann. Für den Kfz-Bereich wird halt geschaut, dass die Zufahrt natürlich gegeben ist, aber natürlich, wie auch schon berichtet, dass man eher den Pkw-Verkehr zurücknehmen sollte. Genauso wird ein großes Augenmerk auf die E-Mobilität gelegt, sprich, es gibt die Infrastruktur dafür, dass die neue Bewohner:innen dort auch ihre Elektroautos aufladen können, beziehungsweise auch E-Car-Sharing ist vorgesehen und der Betreiber muss auch zwei Fahrzeuge der Bevölkerung dort zur Verfügung stellen. Alles in allem, würde ich sagen, ist das ein sehr gut ausgedachtes Stück, wenn man bedenkt, dass man dort ja in ein Gebiet ziehen wird, das an der Liebenauer Tangente liegt und das von öffentlichen Verkehrsmittel sehr gut erschlossen ist, wo eben die Linie 4 vorbeifährt, der Murpark ist in der Nähe, die Eisenbahn ist in der Nähe, um es so salopp auszuführen und eben auch ein gutes Rad- und Gehwegnetz. Das wäre zu dem Mobilitätsvertrag.

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.43 Uhr).***

**GR Lenartitsch:**

Wunderbar, dann übernimmt jetzt die Frau Vizebürgermeisterin. Dann darf ich gleich vielleicht zum Bebauungsplan selber kommen. Der Bebauungsplan ist ja ein heißes Stück, kann man so sagen. Warum? Weil er einfach schon sehr lange bearbeitet wird. Der Bebauungsplan 7.29.0 in der Liebenauer Tangente – Lortzinggasse – Dr.-Lister-Gasse liegt im Bezirk Liebenau und hier wurde das erste Mal, ja, schrecken wir uns nicht, aber am 18.9.2018 von den Werbern gebeten, einen Bebauungsplan zu erstellen. Mittlerweile wissen wir, haben wir eine 18-Monatsfrist, wo wir eigentlich alles erledigt haben sollen. Da sind wir schon ein bisschen drüber und ich denke auch, ein Bauwerber hat irgendwann einmal vielleicht ja Lust, da zu bauen und möchte dort

starten. Der Bebauungsplan ist aber dann auch in Auflage gegangen, und zwar im April 2021, und ist vom 8. April bis zum 10. Juni 2021 aufgelegt. Es wurde auch fleißig eingesehen und insgesamt gab es 43 Einwendungen, fünf Stellungnahmen im Stadtplanungsamt, beziehungsweise eine Stellungnahme kam erst nach der Frist. Ich glaube, ich kann für uns alle sprechen, dass der Bebauungsplan dort uns alle auch beschäftigt hat, alle politischen Fraktionen. Das ist auch gut so, weil es dort auch eine Bürgerinitiative gibt, die sich sehr stark dafür aufgestellt hat und zu sagen, ok, wir sind schon Leidgetragene oder Leidgeprüfte aufgrund der Nähe des Stadions, aufgrund der vielen Veranstaltungen. Allerdings hat man versucht, mit dem Bebauungsplan eben einiges zu bewirken und wenn man sich den Bebauungsplan anschaut, der in zwei Felder geteilt ist, nämlich A und B, wird eben nur das Baufeld A, so quasi das, was jetzt der der Bauwerber eben bebauen möchte, über die sogenannte Lortzinggasse zu- und abfahren. Und das andere Baufeld, das erst später entwickelt wird, beziehungsweise wo es noch niemanden gibt, der das Ganze bebauen möchte oder kann, dann später über die Dr.-Lister-Gasse rauf zur Tangente oder raus bei der Tangente zu- und abfahren wird. Der Bebauungsplan ist auch insofern spannend, weil natürlich dort sehr viel Emotion drinnen steckt, wie schon erläutert, aufgrund der Nähe zum Stadion. Aber man muss leider sagen, dass man mit dem Bebauungsplan das Problem mit dem Stadion nicht lösen kann. Aber, und da glaube ich, da kann ich auch für alle Fraktionen sprechen, sind wir gemeinsam bemüht, dort auch eine friedliche und eine gute Lösung für die anrainenden umliegenden Straßen und Gassen zu schaffen. Sei es Wohnstraßen, sei es Verkehrsberuhigung, wie auch immer, sodass die angrenzenden Bewohner dort auch in einer Spielphase, wo manchmal das Gebiet gesperrt ist, was sehr ärgerlich sein kann, natürlich auch zu ihren Wohnungen oder zu ihren Häusern zu- und abfahren können. Gestern, kann ich kurz berichten, nachdem ich der Ausschussvorsitzende bin für das Bauen und das Wohnen, nein, für das Bauen, Entschuldigung, für das Wohnen nicht, war es gestern leider nicht so, dass wir uns alle einig waren, aber zumindest der Großteil, und deshalb würde ich bitten, in beiden Fällen eben eine große Breite, vielleicht eine gemeinsame Einigkeit hier zu zeigen, dass

ein Bebauungsplan, der seit September 2018 in Bearbeitung ist, endlich zum Abschluss kommen kann. Ich bitte für beide Stücke um Annahme (*Appl.*).

**Ad. Stk. 8**

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

1. *Vorstehender Bericht wird genehmigt.*
2. *Dem in Beilage befindlichen Mobilitätsvertrag, der einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildet, wird die Zustimmung erteilt.*

**Ad. Stk. 9**

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

1. *den 07.29.0 Bebauungsplan „Liebenauer Tangente – Lortzinggasse – Dr.-Lister-Gasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
2. *die Einwendungserledigungen, und*
3. *die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse des Aufschließungsgebietes (Nr. VII.19):*
  7. *Bebauungsplanpflicht, Geordnete Siedlungsentwicklung, Erfordernis zur Schaffung zweckmäßig gestalteter Grundstücke, Einfügung in das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild*

*Das Aufschließungsgebiet (Nr. VII.19) bleibt in Bezug auf folgende Aufschließungserfordernisse:*

1. *Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz, Nachweis einer zweckmäßigen Verkehrsanbindung und der Verkehrssicherheit der*

*äußeren Erschließung für alle Verkehrsarten (Motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußverkehr)*

3. *Innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)*
4. *Maßnahmen zur Förderung der Sanften Mobilität*
6. *Lärmfreistellung gegenüber emittierendem Straßen- und /oder Schienenverkehr sowie gegenüber emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben*
11. *Bodensanierung bei Altlasten, Altlastenverdachtsflächen oder Altablagerungen, Erstellung eines Bodengutachtens m. Sanierungskonzept bzw. mit Maßnahmen zur fachgerechten Deponierung von Aushubmaterial aufrecht.*

**GR DI Topf:**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung und des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, insbesondere auch möglicherweise der Bürgerinitiative. Wir haben gestern ausführlich über dieses Thema diskutiert. Der Kollege, der Vorsitzende, Manuel hat hier schon berichtet. Es ist tatsächlich ein schwieriges Gebiet dort und ich darf vielleicht noch einmal auch den Antragstext in einem Punkt ein bisschen rezitieren, wenn ich das so sagen darf, nämlich, was ist mit dem Aufschließungserfordernis? Wir haben also im Antragspunkt 2 dieses Gemeinderatsberichtes ja ganz klar festgelegt, und das ist eben gestern insbesondere auch von meiner Seite diskutiert worden, dass es das Aufschließungserfordernis, nämlich Anbindung an das öffentliche Straßennetz in der Erschließung, Förderung der sanfte Mobilität, du hast es ja angeführt mit dem Mobilitätsvertrag, dann gibt es noch die Lärmfreistellung, Bebauungsplanpflicht ist erfüllt durch die Vorlage, es gibt dort auch Altlasten, aber das ist ja nur ein Bereich, der dann im Zuge des Bauverfahrens im Detail noch erhoben werden muss. Und wir haben gestern diskutiert, unsere Fraktion hat sowohl gegen den Mobilitätsvertrag als auch

gegen den Bebauungsplan gestern abgestimmt. Ich habe noch einmal sozusagen auch das Stadtplanungsamt ersucht, mir zu erklären oder uns zu erklären, wie wir mit der Aufhebung der Aufschließungserfordernisse umgehen werden. Und da habe ich noch einmal gebeten, intensiv gebeten, auch darüber nachzudenken, eben in gemeinschaftlicher Anstrengung insbesondere darüber nachzudenken, mit dem Kollegen Sikora habe ich auch diskutiert, gemeinsam darüber nachzudenken und alle Anstrengungen so vorzunehmen, nämlich auch die Bauabwicklung irgendwie verträglich abzuwickeln. Das muss man wirklich anschauen, die Lortzinggasse, du hast das richtig erwähnt, ist eine schmale Gasse, wo wir dann, wenn das fertiggestellt wird, aufgrund der Mobilitätssituation tatsächlich gut, sage ich einmal, hinkommen werden. Aber wie wir dann tatsächlich sozusagen im Vorfeld die Bauabwicklung hier vornehmen können, das scheint mir ein großes Problem zu sein. Also ich möchte noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass im Bauverfahren, wie es so schön heißt, von Amts wegen genau-genau geschaut werden muss, wie können wir tatsächlich sozusagen den Bauplatz erreichen, wie können wir tatsächlich das Bauen abwickeln. Das ist das Thema, und da bitte ich alle Abteilungen, alle, die hier einwirken können möglicherweise auch auf den Bauträger, dass wir dort die Bevölkerung, die anrainende Bevölkerung im Zuge der Bauabwicklung nicht übergebüchlich, es wird passieren, aber nicht übergebüchlich belästigen. Das ist mein Appell, und deshalb werden wir unter diesen Voraussetzungen, dass wir noch einmal gemeinsame Anstrengungen mit den Ämtern, mit dem Bauträger unternehmen werden, hier auch die Bauabwicklung ordnungsgemäß abzuführen, diesem Bebauungsplan und dem Mobilitätsverträge unter diesen Bedingungen zustimmen (*Appl.*).

**GR Zirngast:**

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleg:innen der Stadtregierung, des Gemeinderates, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Wir werden dem Bebauungsplan auch zustimmen. Ich möchte ein paar Sachen dazu sagen. Ich glaube, das war einer der intensivsten Bebauungspläne im Diskussionsprozess mit den Ämtern, aber vor allem

auch den Bürgerinnen und Bürgern. Und ich bin auch der Bürgerinitiative vor Ort sehr dankbar dafür, wie sie sich eingebracht hat. Nämlich nicht nur einfach zu sagen, wir wollen das nicht oder wir wollen dieses und jenes, sondern auch versucht hat, aktiv alternative Lösungen aufzuzeigen oder selbst auch Lösungswege zu finden, damit eben die Bautätigkeit dort besser gestaltet werden kann, so dass es erträglicher ist für die Bürgerinnen und Bürger. Und ich stimme dem auch vollkommen zu, was der Kollege Topf gesagt hat. Ich glaube, das kann für uns auch ein Beispiel sein, dass wenn ein Bebauungsplan hier beschlossen wird, dass der damit nicht sozusagen aus den Augen, aus dem Sinn ist, sondern es ist ja auch unsere Aufgabe, weiter dafür zu sorgen, dass wir im stetigen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern bleiben und den Prozess der Bautätigkeit dann auch begleiten. Und das geht ja darüber hinaus, also wir sind auch natürlich nicht sonderlich glücklich mit der Lortzinggasse als Zufahrt, vor allem für die Bauphase, und hoffen, dass es da noch eine alternative Lösung geben kann und werden uns da sicher auch aktiv dafür einbringen. Es geht aber über den Bebauungsplan, über das Bebauungsplangebiet hinaus, dass wir eben eine Verkehrslösung für das ganze Gebiet brauchen, vor allem für die Stadion-Tage, und es beinhaltet unter anderem eben eine Wohnstraße oder mehrere Wohnstraßen und andere Verkehrslösungen, die das Gebiet eben tatsächlich auch lebenswert machen für die Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort. Wir werden eben unter denselben Bedingungen oder unter diesen Voraussetzungen, sage ich einmal, Bedingungen stellen wir natürlich nicht, wir werden uns selbst auch aktiv einbringen und unter diesen Voraussetzungen auch zustimmen. Danke (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Ich werde mich da jetzt eher kurz halten, weil der Bebauungsplan selbst, glaube ich, dauert eh schon lange genug. Danke an die Bürgerinitiative, die sie sich da wirklich konstruktiv eingebracht hat und versucht hat, hier selbst Lösungsvorschläge zu erarbeiten und denen von Anfang an zumindest klar war, dass halt natürlich, wenn Grundstücke frei werden, dass gebaut werden muss, gebaut werden soll und auch

gebaut werden wird natürlich. Allerdings werde ich dem Bebauungsplan nicht zustimmen. Warum werde ich das nicht machen? Weil diese schon angesprochene Lösung mit der Zufahrt, man kann jetzt dann hoffen, dass es so passiert und ich bin auch vorsichtig optimistisch, aber trotzdem ist es meiner Meinung nach so, dass es dann fix gewesen wäre, wenn es jetzt hier auch schon festgehalten wäre im Bebauungsplan. Damit hätten wir dann ganz gut leben können. Ist eben nicht der Fall, und somit auch keine Zustimmung meinerseits.

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Sonst würde ich nur gern abschließend dazu sagen, dass ich mich wirklich bei allen bedanken möchte, die da konstruktiv sich an dem Prozess beteiligt haben, weil es tatsächlich ein schwieriges, herausforderndes Gebiet ist. Und allen voran auch der Abteilung für Stadtplanung und Verkehrsplanung der Dank von uns allen, glaube ich, dass es das Bemühen gibt, und es ist im Ausschuss auch und im Gespräch danach zum Ausdruck gekommen, dass man an einer Lösung weiterarbeiten wird. Es ist allen bewusst, dass das schwierig ist dort und ich bin froh, dass wir das jetzt auch mit der Stimme der ÖVP, danke, beschließen können, wenn ich es richtig verstanden habe. Magst du noch ein Schlusswort?

**GR Lenartitsch:**

Der Antragsteller wünscht noch einmal das Schlusswort. Danke, Frau Vizebürgermeisterin. Hoffentlich habt ihr jetzt nicht vergessen, dass ich überhaupt zwei Dinge einberichtet habe, weil der Mobilitätsvertrag gestern ja auch noch nicht wirklich einstimmig war. Der war jetzt dann aber schon obsolet, das heißt, es geht nur noch um den Bebauungsplan. Ich möchte halt nur eines auch noch mitgeben, eine Stadt entwickelt sich und die hellsten Köpfe unserer Stadt machen sich Gedanken, in welchem Bereich der Stadt man noch sich entwickeln kann für Wohnen, für Grünes oder für Schulen und Sonstiges. Dieser Bereich neben der Liebenauer Tangente wurde

eben auch schon in der vorigen Gemeinderatsperiode beschlossen, dass dort ein Wohngebiet entstehen soll. Das heißt, das ist ja nichts Neues, und wenn halt einmal in einem Flächenwidmungsplan drinnen steht, dass man dort halt Wohnen machen kann, dann gibt es natürlich immer Interessenten, die sagen, das möchte ich gerne haben, dort möchte ich mich gerne verwirklichen, dort möchte ich was Wunderbares bauen. Und zum Kollegen Topf, im Bauverfahren glaube ich schon, dass da noch sehr viel geredet wird und die Anrainer werden sich dort sehr intensiv einbringen, was auch gut ist. Und ich kann mir nicht vorstellen, oder vielleicht kenne ich da zu wenig Bauwerber, die sagen, das ist mir alles egal, ich lege mich jedes Mal mit den Nachbarn an. Das kann für einen Bauwerber ganz schön grauslich werden, wenn man sagt, die Straße ist verschmutzt oder es ist zu laut, und jedes Mal hat der einen Ärger um den Hals. Ich denke eher, der ist sehr kooperativ und wird auch versuchen zu helfen, andere Wege für die Abwicklung der Baustelle zu finden. In diesem Sinne möchte ich so noch einmal bitten, zuerst einmal das erste Stück, den Mobilitätsvertrag, dem zuzustimmen und dem zweiten dann, dem Bebauungsplan bei der Liebenauer Tangente, zuzustimmen. Herzlichen Dank (*Appl.*).

***Der Antrag (Stk. 8) wurde mit Mehrheit (gegen KFG, FPÖ, Lohr) angenommen.***

***Der Antrag (Stk. 9) wurde mit Mehrheit (gegen KFG, FPÖ, Lohr) angenommen.***

**Die nachfolgende Berichterstattung wurde mittels PowerPoint-Präsentation ergänzt.**

**Berichterstatter: StR Dr. Riegler**

**9.25 Stk. 10) A15/121755/2022**

**WIRTSCHAFTSSTRATEGIE GRAZ 2030**

StR Dr. Riegler:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber, hoher Gemeinderat. Jetzt muss ich einmal hier ausprobieren also diese neue Technologie, Rednerpult und dergleichen mehr. Das ist, glaube ich, ein sehr wesentlicher und feierlicher Anlass, einmal ans Rednerpult zu gehen, nämlich die Wirtschaftsstrategie 2030 der Stadt Graz. Worum geht es dabei? Wir leben in einer hochkomplexen Welt. Eine Stadt wie Graz, die noch dazu sehr dynamisch sich entwickelt hat, 300.000 Einwohner:innen, 200.000 Beschäftigte, wie wir seit der gestrigen Zeitung auch amtlich wissen, leben hier, arbeiten hier. Und wenn wir daher über Wirtschaften und über den wirtschaftlichen Erfolg der Stadt Graz reden, dann reden wir schlechthin eigentlich über unser menschliches Zusammenleben insgesamt, denn die Wirtschaftsstrategie, die wir uns als Stadt Graz setzen, berührt schlechthin alle Lebensbereiche. Wirtschaft spielt sich ab beim Einkommen, bei der Erwerbswirtschaft, sie betrifft die Raumordnung, denken wir an Industriebetriebe, Gewerbebezonen, denken wir an landwirtschaftliche Zonen etc. Sie betrifft die Verkehrspolitik, insbesondere, wenn wir alleine bedenken, dass 100.000 Menschen täglich ein- und auspendeln; sie betrifft den Bereich der Bildung, der Wissenschaft. Denn erstens einmal arbeiten sehr viele Menschen hier in Graz, in der Wissenschaft und Forschung und in der Kreativwirtschaft. Vor allem aber ist es auch so, dass die Gründe, warum wir überhaupt Unternehmen hier haben, warum wir überhaupt Wirtschaftsbetriebe hier haben, sehr häufig darin zu suchen sind, dass wir eben ein Know-how haben, das in Graz angesiedelt ist in Form von 60.000 Studierenden an den diversen Universitäten und Hochschulen, die eben auch das Potenzial dafür bilden, dass die in Betrieben eben Arbeitsplätze finden. Letzten Endes berühren wir mit der Wirtschaftsstrategie auch den Bereich der Kinderbetreuung, wenn wir nur daran

denken, dass beispielsweise in der Arbeitswelt derzeit es eines der großen Probleme ist, dass wir zu wenige Arbeitskräfte haben. Das Arbeitsangebot ist rückläufig gewesen in den letzten Jahren. Viele Menschen gehen in Teilzeit. Und einer der wesentlichen Gründe, der immer wieder genannt wird, wenn es um die Frage geht, wie kommen wir zu Arbeitskräften, dann ist einer der Schlüsselfaktoren die Kinderbetreuung. Wir haben ja heute schon darüber debattiert und diskutiert und ich weiß, die Stadtregierung, und allen voran Kollegen Hohensinner, an der Seite, wenn es darum geht, in der Kinderbetreuung noch attraktiver zu werden. Warum ich diese einleitenden Worte sage, ist, weil wir, wenn wir von Wirtschaftsstrategie reden, eben tatsächlich alles, was wir hier in der Stadt Graz, im Gemeinderat, als Stadtregierung zu verantworten haben, wenn wir das betrachten, dann ist alles schlechthin Wirtschaft. Und daher hat dieser Vorgang, den wir vor mehr als einem Jahr gestartet haben, eine große Relevanz und eine große Bedeutung für uns alle, was sicher auch der Herr Dreisiebner oder Herr Ehmann alle so bestätigen werden können. Ich möchte vielleicht einleitend sagen, dass wir einen sehr von der Basis her orientierten Bottom-up-Prozess gewählt haben. Ausgangspunkt war eine Grundabklärung jener wesentlichen Grundsätze, die wir eigentlich einer wirtschafts- und produktionsorientierten Stadt wie Graz zugrunde legen wollen. Wir haben also einerseits die Grundbekenntnisse vom Wirtschaftsstandort Graz zu Produktion, zu Marktwirtschaft, zu Eigentum, zu Leistung. Diese Grundsätze haben wir einmal grundsätzlich mit allen politischen Fraktionen abgeklärt. Wir haben die Vorgehensweise gemeinsam abgestimmt definiert und wir haben eben insbesondere auch eine Ist-Analyse vorangestellt. Wenn wir nämlich von Strategie reden, dann muss man ja zunächst einmal schauen, wo stehen wir derzeit und welche Ziele wollen wir überhaupt anstreben. Dieser Basis-Bottom-up-Prozess, den wir angestrengt haben, hat dann ein Gremium gehabt, das ist ein Kernteam, das getagt hat. Mehrfach in diesem Kernteam haben wir einerseits eben das Projektdesign definiert und zum anderen eben auch Zukunftsbilder reviewed, und in den Zwischenphasen, zwischen den Kernteamsitzungen, hat es eben immer wieder eine Einbeziehung von sogenannten Stakeholder, neudeutsch Stakeholdern, gegeben. Wer sind diese Stakeholder gewesen? Das sind zunächst einmal sehr viele Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter aus dem Haus Graz, ich sehe hier heute auch den Umweltamtsleiter Dr. Putsch, um nur ein Beispiel zu nehmen, der hier auf der Galerie ist. Wir haben sehr viele Abteilungsvorständ:innen involviert, Bernhard Inninger, Stadtplanung, Verkehrsplanung, alle waren involviert. Wir haben natürlich auch das Land Steiermark als Region einbezogen, AMS, Wirtschaftskammer, ganz wesentlich, wenn man an Wirtschaft denkt, natürlich die gesetzliche Interessensvertretung der Wirtschaft, Industriellenvereinigung war involviert, die Hochschulen, der Hochschulsektor, Rektoren, Vizerektor:innen, die sich beteiligt haben an diesem Prozess, die Kreativwirtschaft, die Creative Industrie Styria, durch Eberhard Schrempf vertreten, die Gründungs- und Start-Up-Community. Wir haben ja etliche, erfreulicherweise etliche Communitys, Clustersektoren, wir haben den Tourismus und den Handel, wir haben die Landwirtschaftskammer und den Landwirtschaftsbeirat und eben die schon erwähnten Clusterorganisationen Humantech-Cluster, Biotech-Cluster, Mobilitäts-Cluster, also etliche an Clusterorganisationen, die ihrerseits wiederum mit den Betrieben, die dort involviert sind, auf eine Wirtschaftsstrategie einzahlen und von einer Wirtschaftsstrategie auch betroffen sind. Es gab dann im November vorigen Jahres einen großen Stakeholdertag, dann eine erneute Abstimmungsrunde über die Zwischenergebnisse mit den Klubs, dann eine finale Abstimmung im Jänner mit dem Kernteam und einen Schreibprozess. Und als Ergebnis darf ich Ihnen eben heute im Gemeinderatsstück und in den Beilagen zum Gemeinderatsstück eben die Strategie vorlegen. „Ein Zukunftsbild für Graz“ ist es überschrieben. Wenn wir von einer Strategie reden, dann reden wir von einer Ziel- und Richtungsbestimmung und nicht unbedingt von einem Aktionsplan. Das ist ganz wesentlich zu unterscheiden. Strategie heißt, ich weiß einmal grundsätzlich, wo ich stehe, welche Ziele ich mir setze und dann leite ich daraus ab, in welchen Handlungsfeldern es tatsächlich auch Handlungen braucht. Welche Handlungsfelder sind dies? Und ich möchte dazu ein bisschen auch die Gliederung ersichtlich und vorstellbar machen, wie wir diese Wirtschaftsstrategie gegliedert haben. Kerninhalte dieser Wirtschaftsstrategie sind die vier großen Sektoren, die bestimmend für die Wirtschaftskraft und für die wirtschaftliche Entwicklung in Graz sind. Das ist einerseits der Forschungs- und Innovationsstandort,

also sprich die Hochschulen, die Universitäten, Forschungseinrichtungen. Das ist zweitens der urbane Produktionsraum, das sind die Produktionsbetriebe; nicht nur die großen, international tätigen Konzerne von AVL bis Magna, sondern eben auch kleinere produzierende Unternehmen, auch Gewerbebetriebe. Das ist zum Dritten der große Bereich des Kreativ- und Designsektors, jener Bereich, der eben insbesondere ein besonderer, ein Spezifikum unsere Region ist, seit wir eben UNESCO City of Design sind, seit wir eben im Netzwerk der Creative Industries international tätig sind und wir eben tatsächlich einen wesentlichen Wertschöpfungsfaktor durch die Kreativwirtschaft in Graz und in der Steiermark angesiedelt haben. Und der vierte Bereich, der vierte Wirtschaftssektor, der hier noch abgebildet ist, ich habe das jetzt sozusagen im Uhrzeigersinn durchdekliniert, ist der Bereich des Tourismus und des Handels und der Dienstleistungen, insbesondere auch der Gastronomie, symbolisiert hier durch den Uhrturm und durch Reshawe- und Freizeitszenarie. Diese vier Sektoren sind wesentliche Sektoren unserer wirtschaftlichen Entwicklung in Graz und in der Steiermark. Und das ist auch nichts, was unbedingt selbst verständlich ist. Denken Sie an Städte wie zum Beispiel Innsbruck, die eigentlich kaum Industrie haben und die kaum Produktion haben. Und damit sind wir bereits bei einem ganz wesentlichen Punkt, wenn man so will, bei einer ganz wesentlichen auch Gretchenfrage, um es mit Goethe zu sagen, nämlich wie halten wir es mit der Produktion? Wir sind in Graz traditionell eine Stadt mit einem hohen Produktionsanteil. Denken Sie nur, früher einmal Simmering-Graz-Pauker, heute Siemens, Fahrgestell-, Drehgestellwerk, Waagner Biro, früher großer Industriebetrieb. Wir haben mitten in Graz mit der Marienmühle ein Stahlwerk, eine Stahlproduktion. Wir haben den gesamten Mobilitätscluster, wir haben Mikroelektronik, wir haben Leistungselektronik, also etliche Sektoren sind hier ein Graz entweder durch echte Produktionsstätten oder zumindest wenigstens durch Forschungs- und Entwicklungsstandorte. Und das ist nichts, was selbstverständlich ist, das ist tatsächlich eine Besonderheit von Graz, ähnlich wie sie vielleicht in Linz gegeben ist, ähnlich wie sie natürlich auch in Wien gegeben ist. Aber es ist eben eine Besonderheit und es ist vor allem auch ein großer Vorteil in der wissenschaftlichen Arbeit, in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit,

denn gerade Hochschulen wie die Technische Universität oder die Fachhochschule Joanneum haben eigentlich gerade dadurch einen besonderen Standortvorteil, weil direkt technische Erkenntnisse, technische Forschungsergebnisse Anwendung finden, auch in der industriellen Produktion und umgekehrt, industrielle Fragestellungen, die vielleicht notwendig sind, auch materialwirtschaftliche, etc., dass diese Fragestellungen direkt wieder in die Technische Hochschule, in die Technische Universität, in die FH Joanneum zurückgespielt und beforscht werden können. Also dieses Bekenntnis zum Produktionsraum Graz, deswegen ist auch rechts oben, sprechen wir vom urbanen Produktionsraum, das ist schon ein ganz wesentliches Bekenntnis. Und wenn wir tatsächlich von einem durch das Bevölkerungswachstum immer mehr sich verdichtenden Graz sprechen, dann reden wir unter anderem auch darüber, dass wir eben diesen Produktionsraum sozusagen auch bewahren müssen in dem Sinn, dass wir durch heranrückende Wohnbebauung immer mehr natürlich auch an die Grenzen der Ausweitung, der Produktion geraten und dass wir andererseits eben leistungsfähigen öffentlichen Verkehr brauchen, der notwendig ist, um tatsächlich die Ein- und Auspendlerinnen durchzubekommen. Ich sehe schon, die rote Lampe leuchtet.

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner: Langsam zum Ende kommen.*

**StR Dr. Riegler:**

Ja, ich bemühe mich, Sie merken schon, dass hier im besonderen Ausmaß mein Herz dafür schlägt. Ich möchte mich daher bei dieser Gelegenheit sehr kurz fassen, wenn es um das „Wie geht es weiter“ geht. Und das sehen Sie hier. Es ist ein revolvierender Prozess, Strategieprozess, es ist niemals einmal hinschreiben und dann ist das fertig, sondern wir wollen eben in einem jährlich wiederkehrenden, revolvierenden Prozess diese Strategie auch tatsächlich verfolgen. Wir schauen, wo haben wir Teilziele erreicht, wo müssen wir noch was machen, wo brauchen wir vielleicht auch budgetäre

Unterstützung und wie können wir uns auch als Gemeinderat insgesamt eben in einem Lauf ...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner: Jetzt bitte wirklich zum Schluss kommen, es ist schon sehr lange.*

**StR Dr. Riegler:**

Ja, also bitteschön, wenn wir nicht einmal in eineinhalb Jahren Zeit haben, das kurz zu besprechen, dann kürze ich es ab. Ich möchte allen recht herzlich danken, der Wirtschaftsabteilung, allen Stakeholder:innen, die mitgewirkt haben, insbesondere auch meinem Büro Alex Jagersberger, Ernst Grabenwarter, Andrea Keimel, Diana Materi und vielen weiteren, die hier mitgewirkt haben. Ich danke auch durchaus für die Initiative, dass wir in der politischen Diskussion immer wieder offene Türen vorgefunden haben. Danke allen Abteilungsvorständinnen und -vorständen, die mitgeholfen haben, dass wir diese Strategie entwickeln und würde Sie wirklich ganz höflich und herzlich um Annahme dieser so wichtigen Gesamtstrategie bitten. Dankeschön (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Gemeinderat wolle die „Wirtschaftsstrategie Graz 2030“ als allgemeine städtische Leitlinie zur Wirtschaftsentwicklung beschließen.*

GR DI **Ram:**

Sehr geehrte Stadtregierung, Herr Dr. Riegler, liebe Kollegen, aber vor allem liebe Unternehmerinnen und Unternehmer. Es freut mich besonders, dass heute diese Wirtschaftsstrategie präsentiert wird. Es war ja auf unsere Initiative, mit der das ins Rollen gebracht worden ist. Ich will ein Jahr zurückspulen, warum war uns das so wichtig? Wir sehen schon, dass jetzt nach einigen Krisenjahren, und das war ja für die Unternehmer:innen eine große Herausforderung, nun das Leben ja nicht unbedingt leichter wird. Wir haben große Kräfte, die uns bewegen, und die sind heute hier schon gezeigt worden. Eine der größten Herausforderungen ist natürlich die Bewältigung der Klimakrise, dass wir auf Netto-Null kommen müssen, und das bis 2040, und dass die Wirtschaft in dem Bereich natürlich auch eine große Rolle spielt. Und jetzt wird natürlich immer betont der urbane Produktionsraum, der natürlich sehr wichtig ist und einen großen Teil der Wirtschaft ausmacht. Aber ich weiß auch, dass diese Unternehmen lange von uns vielleicht schon diese Strategieprozesse bemühen und zehn Jahre in die Zukunft denken. Und glauben Sie mir, dass zum Beispiel eine List GmbH, obwohl jetzt oft wieder der Verbrenner bemüht wird, schon weiß, dass alle großen Automobilhersteller auf Elektro umstellen werden, und sich auf das einstellt, und nicht mehr an dem festhält. Das können Sie auch gar nicht machen. Aber um was es mir eigentlich geht, ist das, diese Wirtschaftsstrategie ist vor allem wichtig für die kleinen und die mittleren Unternehmen, weil die können sich das nicht so leisten. Und diese Arbeit, in die Zukunft zu schauen und zu sagen, wer wollen wir sein, was sind die Einflussfaktoren, die uns bewegen werden? Und das abgestimmt mit einem Expertenkreis, aus den vielen verschiedenen Stakeholdern, die da involviert waren, ist eine große Hilfe. Und ich sehe das insofern natürlich schon auch als eine Art Startschuss indes, dass wir da jetzt voll reingehen. Und ich habe jetzt schon viel geredet mit der Wirtschaftsabteilung und finde das sehr schön, wie motiviert die sind, jetzt loslegen zu können mit dieser Wirtschaftsstrategie im Hintergrund, mit diesen Zielsetzungen und jetzt Aktionspläne entwerfen zu können. Es ist natürlich eine Herausforderung, wenn man dann so viele Dinge hat. Also wir haben ja vier Felder, wo wir identifiziert haben, das ist Graz, dann haben wir vier Transformationsfelder, also

am Ende des Tages kommen wir auf 28 Ziele, dass die Wirtschaftsabteilung der Stadt Graz mit ihren Ressourcen da jetzt natürlich zielgerichtet gute Programme entwickeln kann. Und die Ressourcen sind natürlich begrenzt für eine Stadt, und wir sind da natürlich stark dahinter und haben das natürlich auch zurückgemeldet, was wir brauchen. In der Erarbeitung dieser Aktionspläne ist das Involvement natürlich auch vom Ausschuss und von all diesen Leuten, die da drinnen sitzen, damit wir dann für die Unternehmerinnen und Unternehmer die bestmögliche Unterstützung bieten können. Weil am Ende geht es darum, dass wir eine prosperierende Wirtschaft haben, wo wir hohe Lebensqualität für die Grazerinnen und Grazer schaffen können und das bestmöglich von unserer Seite unterstützen. Von meiner Seite auch ein großes Danke an die Wirtschaftsabteilung, an all die anderen Abteilungen des Hauses Graz, die da mitgearbeitet haben. Und besonders schön ist, dass hier auch erkannt wurde, ich glaube, dass vorher auch schon bekannt war, dass gerade die Zusammenarbeit in diesen komplexen Themenbereichen so wichtig ist. Also ja, alles Gute den Unternehmer:innen und für ein starkes Graz 2030 (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Katzensteiner:**

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher:innen hier und im Livestream. Ich möchte mich auch schon vorab bedanken bei der Frau Mag. Keimel, der Abteilung für Wirtschaft und allen Abteilungen, die hier mitgearbeitet haben. Ich möchte mich auch bedanken, dass hier eben Einbindung verschiedenster Akteure stattgefunden hat, eben auch bei allen Parteien, wir haben ja auch zwei Termine gehabt, wo wir immer wieder dann auch zwischendurch über den Fortschritt und so weiter informiert worden sind. Ich freue mich auch, dass ich jetzt so in der Endfassung viele Punkte von uns wiedergefunden habe, die wir eingebracht haben, und darf passend zum Thema vielleicht auch meiner Freude Ausdruck verleihen, dass ich vorgestern einen Bericht in der Kleinen Zeitung gelesen habe, dass es in Graz erstmals 200.000 Arbeitsplätze gibt. Das zeigt mir, dass die Horrorszenarien einer

untergehenden Grazer Wirtschaft mit einer kommunistischen Bürgermeisterin, die hier von manchen Parteien getrommelt wurde, offenbar nicht eingetreten ist (*Appl.*).

Der Fokus unserer rot-rot-grünen Koalition auf Soziales, Klimaschutz und Transparenz scheint hier durchaus auch ein positiver Rahmen für die städtische Wirtschaft zu sein. Mit dem vorliegenden Stück wollen wir weiter in diese Richtung gehen. Für uns als KPÖ ist dabei auch besonders wichtig, dass die Menschen in unserer Stadt gute Arbeitsbedingungen und auch für sie sinnstiftende Tätigkeiten vorfinden. Ein wichtiger Punkt ist uns dabei auch die Inklusion von Bevölkerungsgruppen, die bisher Probleme am Arbeitsmarkt haben, wie beispielsweise Migrant:innen, Menschen mit Behinderung oder auch ältere Arbeitnehmer:innen. Aufgrund des demographischen Wandels ist das ein Gebot der Stunde. Dementsprechend eine kleine Anmerkung auch, der Stadtrat Riegler hat vorhin gesagt, dass auch die Sozialpartner eingebunden worden sind, hat Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung genannt, meiner Meinung nach, ich meine, vielleicht ist es ja passiert und er hat es nur nicht erwähnt, wäre vielleicht auch Gewerkschaft und Arbeiterkammer hier Ansprechpartner gewesen, weil natürlich die Wirtschaft nicht nur aus Unternehmer:innen besteht, sondern natürlich ein wesentlicher Bestandteil auch die Arbeiter:innen und Angestellten sind (*Appl.*). Für uns ist Wirtschaften eben kein Selbstzweck, sondern sie soll im Dienste der Bevölkerungsmehrheit stehen und das ist eigentlich, wohin wir wollen. Und wie gesagt, wir werden Stück zustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Hoher Gemeinderat, ich bin auch sehr froh, dass wir eine Wirtschaftsstrategie 2030 heute zur Beschlussfassung haben. Das ist sehr wichtig, die von der Zeitung berichteten 200.000 Mitarbeiter beschäftigt in Graz zeigen ja, dass die Wirtschaft zum Glück auch trotz einer KPÖ in Graz stark genug ist, dass sie das selbst meistert und die KPÖ zum Glück nicht dazu braucht, erfolgreich Wirtschaft zu betreiben (*Appl.*).

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Heinrichs: Das haben wir uns fast gedacht, dass sie keine Tipps brauchen.*

GR Günter **Wagner:**

So ist es, richtig, aber wir müssen natürlich einen Rahmen vorgeben, wir müssen einfach Infrastruktur vorgeben, Ziele setzen, die wir gemeinsam erreichen wollen. Dieses Papier zeigt diese Ziele auf. Dem werde ich natürlich so zustimmen, im Ausschuss ist das ja auch einstimmig so beschlossen worden. Aber du, Herr Kollege Ram, hast das eh richtig angesprochen, große Betriebe, da geht das oft ein bisschen leichter, kleine können sich das nicht so leicht leisten. Und da bin ich dann schon bei dem Punkt, ich kann somit also davon ausgehen, dass bei der nächsten Beschlussfassung, wo es um das Budget geht, die Wirtschaft da nicht vergessen wird, dort die Budgets nicht, so wie beim letzten Mal, wieder gekürzt werden, sondern genau von den Ausschussmitgliedern die Hände dann auch hochgehen, wenn es heißt, mehr Budget für die Wirtschaftstreibenden und da wirklich etwas voranzubringen. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem ich den Antrag ja im Februar 2022 eingebracht habe, möchte ich da auch noch einmal ein paar Dinge anmerken dazu. Ich glaube, es ist schon gut beschrieben worden vom Kollegen David Ram, dass wir da uns sehr bemüht haben, dass der Klimaschutz eine entsprechende Rolle spielt in dem Ganzen. Ich möchte das auch noch einmal belegen, dass da eigentlich die wirtschaftlichen Aktivitäten entscheidend sind letzten Endes für die Erreichung unserer Klimaziele. Also wenn man sich das anschaut auch im Klimaschutzbericht, da ist der Bereich Industrie und Gewerbe drinnen, der klarerweise der Wirtschaft zugeordnet ist, aber auch viele Emissionen im Bereich der Mobilität entstehen durch wirtschaftliche Tätigkeiten, denken wir an Güterverkehr, denken wir an Dienstreisen, denken wir an

den täglichen Weg zur Arbeit und wieder zurück, denken wir an die Einkäufe, die erledigt werden müssen oder auch an die privaten Ausflüge oder Reisen. Also all das sind auch Dinge, die ganz stark mit der Wirtschaft zu tun haben, bis hin natürlich auch zu Abwässern, Abfällen etc., also da kommt man auf über 60 % der produktionsbasierten Emissionen, und bei den konsumbasierten sind das noch mehr. Also diese Wirtschaftsstrategie spielt eine ganz entscheidende Rolle dafür, ob wir eben unsere Klimaziele erreichen. Ich finde es schön, dass wir das jetzt alles da drinnen stehen haben, auch sehr prominent an fordernder Stelle, da bin ich auch sehr dankbar, dass das so aufgenommen wurde, eben auch von der Abteilung. Natürlich kann man sagen, unterm Strich hätten wir einige Dinge anders gemacht, so ist das halt, aber wir werden natürlich trotzdem zustimmen. Wir wollen da nichts verzögern, sondern uns ist wichtig, dass wir da weiter kommen und dass wir da in die Umsetzung kommen mit diesem Governance-Prozess, der beschrieben wurde. Ich habe aber trotzdem jetzt noch einmal den dringlichen Antrag auch hervorgeholt und wollte noch einmal schauen, quasi den Reality-Check machen, was sozusagen jetzt erledigt ist und was uns noch wichtig wäre, das hier geschieht. Wir haben gesagt, der Gemeinderat beauftragt Wirtschaftsstadtrat Riegler gemeinsam mit den zuständigen Stellen und unter Einbindung der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses sowie ausgewählte Stakeholder mit der Erarbeitung einer neuen Wirtschaftsstrategie. Das ist jetzt passiert. Und aber auch davon abgeleitete Förderprogramme und Richtlinien, und das wäre eigentlich jetzt der nächste Schritt, es gibt ja Förderprogramme und Richtlinien, die auch entsprechend anzupassen. Da haben wir drinnen als Schwerpunkt die ökologisch nachhaltigen und klimafreundlichen Unternehmen und Geschäftsmodelle, insbesondere die gerade angesprochenen EPU's, kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch Start-ups, Unternehmen der Kreativwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Reparatur und Handwerk und dann eben auch, das ist jetzt noch von der KPÖ auch gekommen, sozialverantwortungsvolle Unternehmen, Geschäftsmodelle insbesondere auch mit Lehrlingsausbildung, flexible Arbeitszeitmodelle, Gleichbehandlung, Inklusion etc., das ist ja auch der SPÖ sehr wichtig, also dahingehend auch die Programme weiterzuentwickeln. Und es gibt ja noch den zweiten Punkt aus diesem Antrag, auch

darüber haben wir dann intern sozusagen oder im Ausschuss schon gesprochen, es geht dann auch darum, ganz konkrete Indikatoren zu erarbeiten. Wir haben in dieser Strategie jetzt keine Zahlen drinnen, es sind keine quantitativen Ziele formuliert, sondern alles qualitativ und ich glaube, das wäre sehr wichtig, dass wir da auch gewisse Indikatoren finden, anhand derer wir dann letzten Endes eben sehen können, ob die Strategie in die richtige Richtung geht und auch die Förderprogramme auf Zielgenauigkeit und Wirksamkeit zu überprüfen, wie das auch in diesem Originalantrag drinnen steht. Ich habe dann auch noch gefunden, dass der Juni 2022 da drinnen steht, das wird sich nicht mehr ausgehen, aber es wäre schön, wenn wir das vielleicht noch heuer schaffen können, dass wir 2024 mit dem nächsten Budget auch schon diese Dinge dann mitnehmen können. In diesem Sinne, Kollege hat es eh schon gesagt, wir werden zustimmen, und danke auch noch einmal von dieser Stelle für die Erarbeitung dieser Strategie (*Appl.*).

**StR Dr. Riegler:**

Also es zeichnet sich ab eine hohe Zustimmung, das ist sehr erfreulich. Ich habe mir, ehrlich gesagt, nichts anderes erwartet, denn, wie gesagt, der Prozess qualitätsgesichert, DIN A4, alles bestens genormt und durch motivierte Kolleginnen und Kollegen begleitet. Sollte es mir passiert sein, dass mir die Arbeiterkammer/Gewerkschaft runtergefallen ist, dann ist es dem Umstand geschuldet, dass ich halt in der Eile dann bei der Berichterstattung vielleicht die beiden Institutionen, die sehr wichtig sind in Österreich, vergessen habe, aber es versteht sich von selbst, dass wir natürlich uns zur Sozialpartnerschaft als Stadt Graz bekennen und daher immer auch so erfolgreich wirtschaftlich tätig sind. Ich möchte bei der Gelegenheit verstärken, was auch der Herr Wagner gesagt hat, nämlich das Wirtschaftsbudget. Ich weiß, ihr werdet jetzt wieder sagen: Der Riegler tut immer jammern und es ist zu wenig Budget und so. Aber es ist tatsächlich so, wir haben auch beim Wirtschaftsbudget sowie beim Kulturbudget Einbußen erlitten, es wurde gespart. Ich würde mir, und wenn es nur ansatzweise, wenn es nur die Hälfte von dem wäre,

was bei der Frau Kahr und beim Herrn Krotzer an zusätzlichen laufenden Budgetmitteln dazugekommen ist, wäre ich schon zufrieden. Deswegen haben wir tatsächlich auch Probleme bei der Finanzierung bestimmter Projekte. Ich sage jetzt nur ein Beispiel, aktuell, die Baustellenförderung. Wir haben drei große Baustelle in Graz, die derzeit laufen, unter anderem jene zur Innenstadtentlastung und unser Baustellenfördertopf ist bereits ausgeschöpft. Also wir sind jetzt dann drauf und dran, hier nachzubessern. Aber wenn kein Budget da ist, dann ist halt kein Budget da. Und da müssen wir nur noch schauen, da werde ich auch das Gespräch mit dem Kollegen Eber suchen und darf mich schon jetzt einmal mündlich für einen Termin bei dir, Manfred, anmelden und bin mir sicher, dass ich da auch entsprechendes Feedback bekomme. Wie gesagt, das hier ist heute ein Startschuss. Die Strategie ist ein revolvierender Prozess, wir werden natürlich auch mit quantitativen Kennzahlen arbeiten, und es wird aber dann irgendwann auch der Moment kommen, wo wir sagen, ok, wer a sagt, wer sich also zu dieser Wirtschaftsstrategie bekennt, der muss dann aber auch b sagen, wenn es dann in Einzelfällen vielleicht um Projekte geht, wo wir tatsächlich auch dann eine finanzielle Unterstützung der Koalition erbitten werden. Noch einmal danke allen, die da mitgewirkt haben und danke im Voraus für die hoffentlich breitestmögliche Zustimmung. Dankeschön (*Appl.*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Potzinger**

**9.26 Stk. 11) A6-002335/2003/0120 Kindererholungsaktion des Amtes für Jugend und Familie; Abänderung, Richtlinienbeschluss**

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebes Publikum. Geht es der Wirtschaft gut, geht es auch den Familien gut. Wir haben jetzt ein wunderschönes Stück, der nächste Sommer kommt bestimmt. Es geht um Ferienerholungsaktionen. Die Stadt bietet viel Ferienspaß, wo die Kinder tageweise betreut werden, eine Woche lang, aber Gott sei Dank auch viele Vereine, NGOs, die viel für die Kinder anbieten und es gibt natürlich auch Familien, die sich schwer tun, dieser Ferienturnus aus eigener Kraft zu finanzieren. Und dazu gibt es seit etlichen Jahren, dankenswerterweise vom Amt für Jugend und Familie, doch beachtliche Zuzahlungen, seit etlichen Jahren, jetzt auch für einwöchige Angebote, ihr erinnern euch, die schon länger dabei sind, seinerzeit war das nur für mehrwöchige Angebote. Aber die Eltern sind auch froh, wenn die Kinder in den Sommerferien einmal eine Woche gut betreut und versorgt sind und ein attraktives Angebot bekommen. Selbstverständlich die finanzielle Entwicklung gebietet, dass man auch die Förderbeträge anhebt und dass das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen auch angepasst wird. Darum geht es in diesem Stück, und ich ersuche euch herzlich um Annahme, damit die Kinder einen schönen Sommer haben (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die im Motivenbericht dargelegten Änderungen der Berechnungsrichtlinie für Kostenzuschüsse, die für Kinder mit allgemeiner Erholungsbedürftigkeit als freie Leistung der Stadt Graz gewährt werden sowie die Anpassung der Förderhöhe werden genehmigt.*

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (15.33 Uhr).**

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste. Ich möchte einfach nur einmal hervorstreichen, wie wichtig ich das hier vorliegende Stück sehe. Und es ist eine sozialpolitische Maßnahme, die wirksam und treffsicher Kindern auch aus schlechter gestellten Situation und Familienverhältnissen die Möglichkeit gibt, im Sommer auch in Gemeinschaft ihren Urlaub verbringen zu können. Und ich halte das für ganz, ganz wichtig und freue mich darüber. Es ist eine Kontinuität zu sehen, die auch weiter umgesetzt und fortgeführt wird in Verantwortung des Herrn Stadtrates Hohensinner und diesbezüglich wollte ich das nur einmal im positiven Sinne hervorstreichen und finde, dass das ganz wichtig ist, vor allem nach den ganzen Folgewirkungen der Pandemie und welche Probleme damit auch Kinder gehabt haben und dass die wieder zusammenkommen können und sich austauschen. Ich wollte einfach einmal nur eine positive Anmerkung und diese besonders hervorstreichen (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Potzinger:**

Ich möchte mich dem Dank der Uli Taberhofer anschließen, die sich bei meinem Stadtrat schon bedankt hat, und ich mache das natürlich herzlich gerne auch (*Appl.*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Kreiner**

**9.27 Stk. 15) ABI-002631/2003/0326      Einmalzahlung als Teuerungsabgeltung für die am städtischen Tarifmodell teilnehmenden Betreiber von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen für das Betreuungsjahr 2022/2023, Gesamthöhe von 2.033.000 Euro**

**GR<sup>in</sup> Kreiner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher. Ich darf heute das Stück berichten „Einmalzahlung als Teuerungsabgeltung für die am städtischen Tarifmodell teilnehmenden Betriebe von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen für das Budgetjahr 2022 und 2023 in der Gesamthöhe von 2.033.000 Euro“. Die steigenden Kosten für die am städtischen Tarifmodell teilnehmenden Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in Graz haben auf Grund der hohen Inflation im letzten Jahr zu einer zunehmenden finanziellen Belastung für Betreiber geführt. Insbesondere die gestiegenen Mietpreise, Energie- und Personalkosten haben dazu geführt, dass viele Einrichtungen mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Eine Einmalzahlung der Stadt Graz soll dazu beitragen, die finanzielle Belastung für die Betreiber zu reduzieren und damit auch einem potentiellen Qualitätsverlust in der städtischen Kinderbetreuung entgegenzuwirken. Die Höhe der Einmalzahlung wurde mit den Betreibern abgestimmt und beträgt je nach Einrichtungsart, also Kindergarten, Krippe oder Horte, zwischen 2.600 bis 7.200 Euro sowie den Kinderhäusern zwischen 13.100 bis 15.000 Euro. Voraussetzung für die Einmalzahlung ist, dass die Einrichtung dem städtischen Tarifsystem angeschlossen ist und die Gesamthöhe für diese Einmalzahlung beträgt 2.033.000 Euro. Der Ausschuss für Bildung, Sport, Jugend und Familie stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Einmalzahlung als Teuerungsabgeltung von gesamt 2.033.000 Euro für die am städtischen Tarifmodell teilnehmenden Betreiber von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen für das Betreuungsjahr 2022/2023 wird zugestimmt. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Einmalzahlung als Teuerungsabgeltung von gesamt 2.033.000,00 Euro für die am städtischen Tarifmodell teilnehmenden Betreiber von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen für das Betreuungsjahr 2022/2023 wird zugestimmt.*

**Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

**Berichterstatter: StR Mag. Krotzer**

**9.28 Stk. 16) ABI-101990/2015/0004      Integrationsleitbild „Graz sind wir alle“**

StR Mag. **Krotzer:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Elke, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Mitglieder des Gemeinderates, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Ich freue mich sehr, dass wir heute auf der Tagesordnung haben das neue Integrationsleitbild der Stadt Graz, das ich kurz vorstellen darf, und mit diesem Integrationsleitbild wollen wir das gute Zusammenleben in unserer Stadt gestalten und weiterentwickeln. In unserer Stadt Graz leben knapp 300.000 Menschen und Graz ist seit jeher ein Anziehungspunkt für Menschen von nah und fern. In Graz, also von den 300.000 Einwohnerinnen und Einwohnern haben wir hier in Graz vertreten 170 Nationen und es werden annähernd

150 Sprachen hier gesprochen und ein Drittel der Grazerinnen und Grazer haben selbst eine Migrationsgeschichte. Das drückt sich in gewisser Art und Weise oder zumindest teilweise auch hier im Gemeinderat aus. Auch hier im Gemeinderat haben viele von uns Wurzeln von nah und fern, aus der Südsteiermark oder aus Oberösterreich, aus Deutschland oder Afghanistan, aus der Türkei oder aus Tirol (*Gelächter im Saal*). Und diese Vielfalt unserer Stadt ist schlichtweg eine Tatsache. Und für uns ist es eine politische Aufgabe und uns ein Anliegen, diese Vielfalt für ein gutes und gleichberechtigtes Zusammenleben aller hier lebenden Menschen zu nutzen. „Graz sind wir alle“ ist dementsprechend das Motto dieses neuen Integrationsleitbildes, und es ist unsere Überzeugung, dass Graz eine gute Heimat sein soll für alle Menschen, die hier leben, ganz unabhängig von ihrer Herkunft, von ihrem Geschlecht, von ihrem Beruf, von ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer religiösen Überzeugung. Wir alle bilden die Gemeinschaft von unserer Stadt, und diese Gemeinschaft und das Zusammenleben und Funktionieren unserer Gesellschaft wird bei Menschen unterschiedlichster Herkunft getragen. Gerade deswegen lade ich auch all jene ein, die mitunter daran zweifeln oder vielleicht auch zu sagen, dieses Zusammenleben in Frage stellen, mit offenen Augen durch unsere Stadt zu gehen. Wie viele gesellschaftliche Bereiche, von den Krankenhäusern über Produktionsbetriebe, von Transport bis zur Reinigung, von der Forschung über den Handel, von der Gastronomie über den Tourismus, wie viele diese gesellschaftlichen Bereiche würden nicht funktionieren ohne die tägliche Arbeit unter täglichem Beitrag von Menschen, die aus unterschiedlichsten Ländern kommen und hier in Graz eine Heimat gefunden haben. Mir und uns ist es wichtig, diesen Beitrag zu sehen und eben damit für ein gutes Zusammenleben aller in Graz lebenden Menschen beizutragen auf der Grundlage von Respekt, auf der Grundlage von Gleichberechtigung für eine soziale, für eine demokratische und für eine klimafreundliche Entwicklung unserer Stadt zu sorgen. Wir haben ein großes Anliegen, jeder Grazer und jede Grazerin soll in unserer Stadt leben können frei von Diskriminierung, frei von Abwertung, frei von Ausgrenzung, aber auch frei von Existenzängsten. Dieses Anliegen ist ein großes, aber ich und wir sind davon überzeugt, dass man eben auch diese positiven Zukunftsvorstellungen braucht, um

eine Gesellschaft und ein gutes Zusammenleben von Menschen aktiv gestalten zu können. Und diesem positiven Zukunftsbild wollen wir uns Schritt für Schritt annähern. Den Anspruch, dass Graz eine gute Heimat für alle hier lebenden Menschen sein soll, wollen wir als Grazer Stadtregierung, als Gemeinderat, zusammen mit den städtischen Beschäftigten, der Zivilgesellschaft sowie unzähligen Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Integration, Bildung, Sport, Soziales oder Gesundheit mit unserer täglichen Arbeit mit Leben erfüllen. Ein Leitbild, wie es hier vorliegt und auch in seinen verschiedenen Bereichen skizziert ist, lebt nicht von schönen Worten, sondern von den Taten und der Arbeit für und mit Menschen, die daraus folgt. Darum wird das vorliegende Leitbild ergänzt durch ein Arbeitsprogramm des Integrationsreferates, das auf der jahrelangen Arbeit des Referates und zahlreicher Partnerinnen und Partner von Sprachkursangeboten, über Gewaltprävention bis hin zur Rechtsberatung aufbaut und das diese wichtige Arbeit für ein gutes Zusammenleben weitentwickeln soll. Mein großer Dank für dieses vorliegende Leitbild gilt dem Integrationsreferat mit Referatsleiterin Kavita Sandhu und Abteilungsleiter Günter Fürntratt, der heute auch hier ist, die diesen zweieinhalbjährigen Beteiligungsprozess initiiert haben. Diesen zweieinhalbjährigen Beteiligungsprozess, den noch mein Vorgänger Stadtrat Kurt Hohensinner gestartet hat. Im Rahmen dieses Beteiligungsprozesses haben sich Expert:innen aus der Praxis, aus der Wissenschaft, der Verwaltung, von NGOs, von Vertreter:innen selbstorganisierter migrantischer Vereine und Gremien eingebracht. Wir danken gleichzeitig den über 1.600 Grazerinnen und Grazern, mit und ohne Migrationsgeschichte, die sich in diesem Prozess eingebracht haben in Form einer Online-Umfrage und die gewissermaßen als Experten des täglichen Lebens ihre Einschätzungen und ihre Erfahrungen eingebracht haben. Und gleichzeitig danke ich auch dem Migrant:innenbeirat sowie dem Menschenrechtsbeirat für ihre Unterstützung, für ihre wohlwollende Begleitung, die Expertise, die sie eingebracht haben, und schließlich danken darf ich auch den Gemeinderatsklubs und den Mandatar:innen, die in den vergangenen Wochen bei den Präsentationen durch das Integrationsreferat mitgewirkt haben, mitdiskutiert haben. Es war uns auch hier ein Anliegen, dass wir eine ganze Reihe an sozusagen Ergänzungen mitaufgenommen

haben, sprichwörtlich bis zur letzten Minute. Und auch hier war es uns wichtig, die Einwände oder sozusagen Vorschläge aller Fraktionen zu berücksichtigen, unabhängig davon, ob sie der Koalition angehören oder der Opposition. Auch hier spiegelt sich die Haltung wider: „Graz sind wir alle.“ Ich darf Sie einladen, dieses Integrationsleitbild zu diskutieren und darf Sie dann um Ihre Unterstützung und Ihre Zustimmung ersuchen. Dankeschön (Appl.).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Gemeinderat wolle das Leitbild „Graz sind wir alle“, das im Anhang ausformuliert zur Verfügung steht, als Basis für die zukünftige Integrationsarbeit der Stadt Graz beschließen.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werter Stadtregierung. Das Thema Integration ist grundsätzlicherweise gar nicht so schwierig und so schwierig zu begreifen, wenn man sich an den Ländern orientiert, die eigentlich die klassischen Einwanderungsländer sind. Und warum funktioniert eine Integration und dementsprechend auch eine gelungene Einwanderung in Australien, in Neuseeland, in diesen gesamten angelsächsischen Ländern wesentlich besser als bei uns? Die haben nämlich im Prinzip drei große Bedingungen aufgestellt für Menschen, die einwandern wollen, die sie erfüllen müsse. Und infolgedessen immer, wenn diese Kriterien erfüllt werden, ist auch die Integration ziemlich leicht. Eines, der erste Punkt, ganz, ganz wichtig, die Personen, die in so ein Land einwandern wollen, brauchen durch die Bank schon im Voraus eine klare Absicherung, wo werden sie arbeiten und was werden sie arbeiten. Punkt zwei, egal in was für ein angelsächsisches Land man im Prinzip auswandern möchte, ich brauche im Voraus Sprachkenntnisse. Und Punkt drei, auch da gibt es die

dementsprechenden Kurse bei all diesen Ländern, die Grundzüge von dem Rechtssystem sind einigermaßen zu überblicken. Und wie die drei Komponenten gegeben sind, dann gelingt durch die Bank in diesen Ländern die Integration. Und was braucht Integration nicht, und das ist leider bei uns vielfach das Gegenbeispiel, Integration braucht nicht irgendwelche hauptberuflichen Integrationschwurpler, Integration braucht nicht einen Wildwuchs von Vereinen, von Projekten, von Institutionen, die alle an dem gleichen Thema herumdoktern. Integration ist bei uns vielfach ein Codewort für Projekte, wo unendliche Summen an Steuergelder hineinverschwinden mit einem ziemlich geringen Output. Und was Integration auch nicht braucht, sind Hochglanzmagazine und irgendwelche pathetischen Integrationsleitbilder, so wie wir es hier vor uns finden. All das braucht Integration in Wirklichkeit nicht. Wenn man sich auf diese drei Komponenten und eine maßgeblich reduzierte Integration fokussiert, dann gelingt es auch. Bitte, wie soll Integration bei uns heute noch beispielsweise in Volksschulen gelingen, wo die große Mehrheit der Schüler nicht deutsche Muttersprache besitzen? Wer soll sich da bitte in diesen Verhältnissen an wen anpassen? Es wird sehr schwierig sein, dass die große Mehrheit, die nicht die deutsche Muttersprache spricht, sich dementsprechend an die anderen anpasst. Genau umgekehrt wird es leider sein. Das ist ja die große Problematik. Der Abänderungsantrag von der ÖVP bringt zumindest einige Punkte mit ein, die von unserer Seite aus positiv bewertet werden. Da geht es nämlich nicht mehr nur um Fördern, sondern auch um Fordern. Das ist etwas, was bei uns viel zu wenig getan wird. Jemand, der bei uns einwandert, von dem muss auch gefordert werden. Und auch das Thema der Parallelgesellschaften wird zumindest mal thematisiert und soll eingebunden werden in dieses Gesamtkonzept, wie wir hier weiter zu konstruktiven Lösungen gelangen. Und ich glaube, das muss auch der Grundsatz sein, eine konstruktive Lösung, um eine Gesellschaft zu entwickeln, die wirtschaftlich erfolgreich ist, die gesellschaftlich erfolgreich ist, wo jeder, der kann, seinen Beitrag leistet und wo nicht Probleme von einer Ecke in die andere zerredet und geschoben werden und in Wirklichkeit nichts weitergeht. Wenn wir nicht fordern, wenn wir nicht auch eine Leitkultur besitzen, wo die Gesellschaft auf diejenigen, die einwandern, einen gewissen

Druck ausübt, werden wir mit irgendwelchen pathetischen Integrationsbildern nicht weiterkommen. Und genau deswegen werden wir dieses Integrationsleitbild auch ablehnen (*Appl.*).

**StR Hohensinner:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat. Ich möchte eingangs erwähnen, dass ich davon überzeugt bin, dass die Integrationsherausforderung eine ganz zentrale Herausforderung ist, wenn nicht eine der größten, für die kommenden Jahre im urbanen Bereich, aber darüber hinaus. Also davon bin ich wirklich sehr stark überzeugt und ich war, wie Sie alle wissen, sieben Jahre selbst Stadtrat für die Integration und möchte mich an dieser Stelle bedanken beim Integrationsreferat, beim Migrant:innenbeirat, bei allen Vereinen und Einzelpersonen, die mit Herzblut daran arbeiten, dass die Integration in unserer Stadt gelingen kann. Das ist mir ganz wichtig, vielleicht einen Applaus für alle, die hier mithelfen (*Appl.*).

Und ich möchte dem Kollegen Winter sagen, ich bin da überhaupt nicht Ihrer oder deiner Meinung, wir brauchen diese Vereine. Gerade wenn man jetzt in die Grazer Volksschulen schaut, die du jetzt angesprochen hast, da sind ganz tolle Pädagoginnen und Pädagogen, da sind zusätzlich Vereine drinnen, damit wir es zusammenbringen, dass die Integration gelingt. Und gerade bei den Kleinsten haben wir eine gute Chance, wenn wir, das Stück wird heute auch noch beschlossen, in die Sprachförderung investieren, gerade schon im Kindergarten, dass, wenn die Kinder in die Schule kommen, bereits der deutschen Sprache so mächtig sind, dass sie dem Unterricht folgen können, dann wird es gelingen, dass sie eine Bildungskarriere machen, dann wird es gelingen, dass sie einen Beruf erlernen oder studieren. Und dann sind sie auch vollwertige Mitglieder in unsere Gesellschaft, dann werden sie auch einen Beitrag leisten. Also da bin ich nicht deiner Meinung, wir brauchen diese Personen, die sich aktiv in die Integration einbringen. Und ich kann auch dem Integrationsleitbild sehr viel abgewinnen, aber aus meiner Sicht, und wir haben lange im Club diskutiert, ob wir zustimmen werden oder nicht, es greift für mich nicht weit genug. Gerade die

Integrationspolitik in einer Stadt braucht zwei Stoßrichtungen. Zum einen müssen wir darauf aufbauen, was gut funktioniert. Eben, wie angesprochen, Sprachförderung. Wir müssen aber auf der anderen Seite auch den Mut haben, Problemfelder anzusprechen. Und genau das kommt mir in diesem Leitbild zu wenig vor. Das ist schon erwähnt worden, wir müssen neben der Förderung auch das Einfordern in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen den Leuten, die zuziehen, sagen, was wir anbieten, aber auch, was wir auf Punkt und Beistrich einfordern, das ist ganz, ganz wichtig. Und was wir in der letzten Periode angestoßen haben mit dem Verein Gegenlicht oder das Projekt Gegenlicht, das war, dass wir genau hingeschaut haben, wo entstehen in Graz Parallelgesellschaften. Weil Parallelgesellschaften sind ein Gift für den Integrationsbereich. Wenn Vereine All-Inklusive-Angebot bereitstellen, angefangen von der Bildungsberatung über Gesundheitsberatung, Fußballverein, also dass die Menschen gar nicht mehr aus dem Verein raus müssen, nämlich dorthin, wo alle anderen Menschen die Angebote in Anspruch nehmen, dann ist das ein Problem für den Integrationsprozess. Und genau das kommt uns leider zu kurz, dass man solche Sachen anspricht. Ich habe auch gestern mit dem Will Eyawo länger telefoniert und ich glaube, vom Migrant:innenbeirat war auch die Vorsitzende dabei oder einige Mitglieder. Und ich kann zusagen, wir werden auch weiter als ÖVP uns sehr aktiv in den Integrationsprozess einbringen, den Migrant:innenbeirat auch unterstützen, auch wenn wir jetzt dem Integrationsleitbild nicht zustimmen werden. Und wir haben auch gestern uns, glaube ich, auch darauf verstanden, dass gerade der Bildungsbereich ein Augenmerk braucht, dass wir da schauen, dass wir zu einer guten Durchmischung kommen, zu einer guten Integration, und wir haben gestern auch schon ausgemacht, dass wir uns relativ bald zusammensetzen, weil ein bisschen die Angst da war, dass wir, wenn wir jetzt nicht zustimmen, dass wir uns da nicht mehr aktiv einbringen, diese Angst kann ich nehmen. Ich bedanke mich bei allen, die hier mitgearbeitet haben, aber bitte auch um Verständnis, dass die Grazer ÖVP eben natürlich die eine Seite forcieren möchte, dass wir in das investieren, was bis jetzt sehr gut funktioniert hat, aber dass wir gerade nach zwei Flüchtlingswellen, 2015, auch das vergangene Jahr, müssen wir

auch bitte einen Stellenwert auf jene Bereiche legen, die nicht so problemfrei sind.  
Also das ist mir ganz wichtig (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Dankeschön, weil es auch schon angesprochen ist, ich darf auch recht herzlich den Herrn Goodwills Eyawo auch bei uns begrüßen vom Migrant:innenbeirat. Und ich muss gestehen, es ist immer üblich, dass wenn in der Annahme, dass hier eine Schulklasse ist, dass diese auch willkommen ist. Ich weiß aber nicht, seid ihr von einer Schule?

*Zwischenruf von der Zuschauergalerie: Ja.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Von welcher?

*Zwischenruf von der Zuschauergalerie: Kirchengasse.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Kirchengasse, dann darf ich euch im Namen der Stadtregierung ganz herzlich begrüßen. Nachdem wir hier gerade das Thema Integrationsleitbild und „Wir alle sind Graz“ diskutieren, gehe ich davon aus, dass in der Kirchnergasse etliche Schüler und Schülerinnen sind, die zumindest einen Migrationshintergrund haben und eigentlich das Thema sehr gut passt.

**GR Ammerer:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, Frau Bürgermeisterin, Frau Vizebürgermeisterin, liebe Zuseher:innen auf der Galerie und im Livestream. „Graz sind wir alle.“ Ja, Graz sind wir alle. Der Kollege Stadtrat Krotzer hat es sehr schön dargelegt, dass wir alle diese Stadt bilden, dass wir alle von woanders herkommen, sei es von nah, sei es von fern, und einen Teil unseres gemeinsamen, täglichen Lebens in Graz darstellen. Ich möchte vor allem den zuständigen Mitarbeiter:innen danken für diesen vorbildlichen Prozess, der abgelaufen ist. Sie waren in allen Klubs, sie waren beim Migrant:innenbeirat, mehrmals, der sich so aktiv eingebracht hat, im Menschenrechtsbeirat ist es vorgestellt worden. Ich habe dieses Integrationsleitbild, bis ich jetzt hier stehe, schon einige Male in verschiedenen Versionen gesehen, und da möchte ich noch einmal danke sagen für diesen tollen Prozess (*Appl.*).

Kommen wir aber zum politischen Teil. Herr Winter, es ist jetzt eh schon fast traditionell, dass Sie ping machen und ich pong. Sie reden vom angelsächsischen Raum. Nun, danke dafür, meine Familie ist aus London. Und Sie reden vom angelsächsischen Raum als Gegenbeispiel zu hier, das ist tatsächlich so. Aber Sie reden davon, dass dort eine Englischpflicht herrschen würde, um eine Integration herbeizuführen. Waren Sie schon einmal in Chinatown oder in Soho? Da gehen Sie kilometerweit und hören kein Wort Englisch, aber diese Leute, die dort leben, die stehen dann in der Früh auf, fahren in die Arbeit, sind Ärzt:innen, Anwält:innen, das ist gelungene Integration. Und was der Herr Hohensinner gesagt hat, man könnte ja auch von Parallelgesellschaften sprechen, wenn in Chinatown die Leute untereinander Chinesisch reden, aber das ist teilweise schon Teil von einer gelungenen Integration, dass man in seinem Feld lebt, dann arbeiten geht und ein Teil der Gesellschaft ist. Ich habe auch daheim nur gesprochen, immer. Mich hat halt nie jemand nach meiner Integration gefragt, weil ich halt weiß bin. Anderen geht es anders, die müssen ständig irgendwelche Vorwürfe über sich ergehen lassen, unterstellt bekommen, dass sie sich nicht integrieren, wenn sie dies, dies, dies, das. Lassen Sie mich in aller Deutlichkeit sagen, in diesem Integrationsleitbild steht genau drinnen, auf was wir unserer Stadt

gemeinsam berufen, was geht und was nicht geht. Denn wenn da drinnen steht, die Europäische Grundrechtecharta, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen stellt die Grundlage unseres Handelns dar, dann ist dem ja inbegriffen, dass ein Zuwiderhandeln den Integrationsprozess zuwiderläuft. Das ist ja klar. Wir haben ein Grundrecht, wir haben Gleichberechtigung, alle Menschen in Österreich haben gleiche Rechte, und auf das, das verlangen wir auch ein, da muss jeder mitmachen. Weil nur so können wir eine gerechte Gesellschaft sein. Und ich finde es eben gut, dass in einem Integrationsleitbild beschworen wird, was unsere Gemeinsamkeiten sind, nämlich diese Werte, diese demokratischen Werte sind unsere Gemeinsamkeiten, auf die wir uns berufen und die wir von allen Mitgliedern unsere Gesellschaft einfordern. Und wer sich dem verwehrt ... Ja, da müssen wir arbeiten. Aber das steht auch drinnen im Integrationsleitbild, deshalb ist das auch geschrieben worden und deshalb ist das auch ein gutes Integrationsleitbild. Und ich sage zum Abschluss noch einmal vielen lieben Dank für diesen tollen Prozess, für dieses gute Konzept und für das weitere Arbeitsprogramm, das dieser Stadt noch viel bringen wird. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke für diese tolle Rede, Tristan, die, glaube ich, sehr viel schon vorweggenommen hat. Ich möchte auch noch einmal auf diesen Grundgedanken des Leitbildes zurückkommen: „Graz sind wir alle“, der ja eigentlich eine Verbundenheit oder ein Bekenntnis für gemeinsame Werte sozusagen zum Ausdruck bringt. Und diese Haltung, dieses „Graz sind wir alle“ würde ich mir in dem Moment auch hier wünschen im Grazer Gemeinderat. Weil was war eigentlich die Idee von dem Leitbild? Ich habe mit der Leiterin des Integrationsreferates gesprochen. Der Gedanke hinter dem Leitbild war, etwas zu schaffen, eine gemeinsame Wertebasis, ein gemeinsames Verständnis von Integration, das möglichst diese Gemeinderatsperiode überdauert, das über politischem Hick-Hack steht, etwas, zu dem eigentlich wir alle uns bekennen können, und zwar deswegen bekennen können, weil es im Grunde Selbstverständlichkeiten sind, die da drinnen

stehen. Da steht ein Bekenntnis zu den Menschenrechten drinnen, wie gesagt, zur Grundrechtecharta. Da steht drinnen, dass Graz schon immer ein Ort war der Zuwanderung, der Migration. Das sind ja alles historische Fakten, das ist ja nicht irgendetwas, was jetzt sozusagen parteipolitisch umstritten wäre. Das war der Gedanke hinter dem Leitbild. Ich möchte auch noch einmal den Prozess hervorheben, wie es der Robert auch schon geschildert hat, also der zuständige Stadtrat Krotzer, es gab wirklich mehrmals Gesprächsangebote an alle Klubs, es ist auch noch eingearbeitet worden, gerade was Anregungen vom ÖVP-Gemeinderatsclub waren, ist noch einiges nachgebessert worden. Mit genau dem Gedanken, schaffen wir ein gemeinsames Bekenntnis für gelingende Integration. Ich sehe, auch der Will vom Migrant:innenbeirat ist hier. Der Migrant:innenbeirat war eingebunden und es gab eine sehr positive Stellungnahme vom Migrant:innenbeirat, das wundert mich auch, dass das so wenig ernst genommen wird. Weil ich denke mir, wenn wir schon einen Beirat haben, der sich genau mit den Themen befasst, sollten wir es doch ernst nehmen, wenn der Beirat einstimmig sagt, das ist ein sinnvolles Integrationsleitbild. Das ist das, was wir unter Integration verstehen. Das sind ja eigentlich unsere Expert:innen für das Thema. Und trotzdem stehen wir jetzt in der Situation, wo das zwar beschlossen wird, aber eben auch von manchen in diesem Gemeinderat nicht beschlossen wird. Und das finde ich tatsächlich schade. Ein Thema, was uns allen eigentlich wichtig sein sollte und wo, wenn man das durchliest, wirklich Selbstverständliches und ganz viel Gemeinsames drinnen steht, sozusagen so politisch zu instrumentalisieren. Ich habe auch festgestellt, dass ein Mitglied der ÖVP, das im Ausschuss vertreten ist und sich sehr stark für das Thema eigentlich einsetzt normalerweise, gerade nicht da ist, deswegen gehe ich davon aus, dass das auch im ÖVP-Club umstritten war, wie man hier abstimmt. Ich möchte jetzt noch einmal hervorheben, dass es natürlich auch in der ÖVP unterschiedliche Stimmen gibt, aber anscheinend hat sich da eine Stimmung durchgesetzt, die sagt, wir machen einfach Opposition, egal was uns vorliegt, egal wie inhaltlich vernünftig das ist, egal wie viel Einbindung es vorher gab, egal wie viele Runden der Überarbeitung es gab, und das ist doch eigentlich ein Armutszeugnis für einen vernünftigen politischen Diskurs (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Für mich ist das Integrationsleitbild, das hier vorliegt, ein ganz, ganz wichtiger Punkt und er baut auf, anhand einer Studie hat man festgestellt, wo viel Handlungsbedarf in unserer Stadt gegeben ist. Und da sind sechs Handlungsfelder herausgearbeitet worden anhand der Studie, und darauf baut sich dann quasi auch das Arbeitsprogramm auf. Und in diesem Arbeitsprogramm gibt es dann Aspekte, die man aufgreift, weitere Förderungsmöglichkeiten, die man für wichtig erachtet, die dann erst in eine konkrete Maßnahme münden müssen, dann umgesetzt werden können. Also aus meiner Sicht ist dieses Integrationsleitbild anhand dessen, dass eben die Menschen befragt worden sind in der Studie, und diese sechs Handlungsfelder umfassen zum Beispiel Kinder, Jugendliche, Bildung oder die Situation Arbeit, die Situation Wohnen, die Situation Netzwerkidentität, also insgesamt sind es sechs, und vor allem Frauen und Gleichbehandlung, also sechs Aspekte, die ganz, ganz wichtig sind. Und um zu diesem Schluss zu kommen, dass man genau da ansetzen muss und Fördermaßnahmen weiterentwickeln muss. Also das ist aus meiner Sicht sehr wichtig und vor allem zeigt es auf, dass der Förderbedarf in Graz um einiges größer ist, als manche irgendwie annehmen. Und wenn ich jetzt überlege, was also die FPÖ zur Integration gesagt hat, nämlich Integration ist Anpassung, dann sage ich, nein, das ist es mit Sicherheit nicht. Weil bei Integration, egal woher die Menschen kommen, welche Sprache sie mitbringen, es geht um den Austausch, es geht um eine gleichberechtigte Position. Und es geht irgendwie darum, welche Möglichkeiten finden die Leute dann vor Ort vor? Entweder Jugendliche, die in die Schule gehen und dann einen Arbeitsplatz finden wollen, da gibt es einiges, was zu tun ist. Oder wenn es also darum geht, dass Menschen Arbeitsplätze vermittelt bekommen, auch da gibt es einiges, wo man sieht, wo es nach wie vor Probleme gibt. Also Menschen, das Miteinander, das ist für mich irgendwie ganz wesentlich und die Ansatzpunkte, diese Handlungsfelder halte ich auch für ganz, ganz wichtig und deshalb ist für mich der Förderbedarf größer als man denkt, und deshalb kann ich zum Beispiel also das, was der Herr Stadtrat Hohensinner gesagt hat, der erste Teil, ja, aufbauen auf das, was gut funktioniert. Da gibt es schon einiges

an Maßnahmen, Sprache und Sprachförderung alleine ist es aber dann auch nicht. Aber dem Zweiten kann ich keine Zustimmung geben, weil wenn man sagt, man will jetzt drinnen haben Prävention der Bildung von Parallelgesellschaften, dann sehe ich das für problematisch an. Weil der Begriff Parallelgesellschaft ist abwertend, der wird im Bedarfsfall herangezogen, wenn man sagt: Ach, die müssen noch mehr das tun, was wir für richtig erachten, die müssen sich quasi stärker integrieren und dürfen eigentlich nicht ihr eigenes Netzwerk, ihre Möglichkeiten der Unterstützung irgendwie weiterhin haben. Und da geht es jetzt nicht nur darum, dass man nur die Sprache, die gemeinsame Muttersprache dort sprechen kann und möchte, das halte ich nämlich durchaus für wichtig, sondern manchmal geht es darum, dass also diese Netzwerke, seien es jetzt ethnische und oder auch religiöse, dazu da sind, um den Rückhalt der eigenen Menschen irgendwie zu erleben. In einer sozial-schwierigen Situation vielleicht Hilfestellungen auch zu haben, in der Situation vielleicht Kinderbetreuung, kann es auch problematisch sein, dass die Bedingungen nicht so sind, dass für alle Kindergärtenplätze, Kinderkrippenplätze oder so zur Verfügung stehen und man braucht, wenn sie dann arbeiten, auch Unterstützung. Und es ist so, dass viele davon einfach herkommen und nicht von vornherein eine Familienstruktur für den Austausch vorfinden. Und ich halte es eben für problematisch, dass man ständig immer mit diesem negativen Aspekt hervorgreift und sagt: Ja, Parallelgesellschaft, nichts Gutes, Problem. Also ich halte diese Begrifflichkeit für diskriminierend und ausgrenzend und für problematisch. Und deshalb ist für mich irgendwie nicht nachvollziehbar, dass man das eigentlich in einem Leitbild unbedingt mithineinarbeiten muss. Und das andere ist, ein Leitbild soll dazu anregen, mehr Fördermaßnahmen auch zu entwickeln und umzusetzen und nicht mehr Forderungen entwickeln. Weil ich finde, es gibt so viel noch zu tun und so viel an Handlungsbedarf, und unabhängig, woher Menschen kommen, für mich ist wichtiger ihre soziale Situation, die ist manchmal nicht unproblematisch und eben auch, das hängt vom Bildungshintergrund ab, es geht eigentlich nicht darum, wer spricht welche Muttersprache, da kann ich sagen, Vielfalt, wäre das Wichtigste, sondern ich muss einfach auch die sozialen Aspekte dabei berücksichtigen. Und da gibt es auch ganz viel, wo man auch noch Maßnahmen in der

Stadt umsetzen muss, die im Interesse der Menschen sind. Und deshalb ist für mich irgendwie die Grundlage ziemlich wichtig, sie ist ein Leitbild, eine Orientierung und konkrete Maßnahmen müssen dann schrittweise aufgegriffen werden und auch umgesetzt werden. Und ich bin dafür, dass man viel mehr auch irgendwie vielleicht Rücksprache hält, nämlich auch wir, was Menschen mit Migrationshintergrund für Probleme, für Hürden, für Formen der Diskriminierung erleben und vielleicht auch eine Beziehung herstellen, dann kann ich vielleicht mir vorstellen, wie ich was verändern und verbessern kann. Deshalb finde ich es ganz wichtig, wir werden dem Abänderungsantrag, der ja noch eingereicht werden wird, natürlich nicht zustimmen und ansonsten halte ich irgendwie die Zustimmung für dieses vorgelegte Stück, Integrationsleitbild und eben das Arbeitsprogramm, für sehr, sehr wichtig. Und man kann sich dann hoffentlich dann auch in den nächsten Jahren bei gemeinsamen Wünschen und Vorstellungen, was man noch umsetzen muss, dann treffen. Danke (*Appl.*).

**KO GR Ehmann:**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren Zuhörer:innen auf der Galerie und im Livestream. Ich halte dieses Leitbild, es ist schon vieles gesagt worden, ich will mich jetzt nicht wiederholen, aber das Leitbild tatsächlich nicht nur als gelungenen Prozess, sondern möchte mich bei allen Beteiligten bedanken, weil es tatsächlich Orientierung gibt. Und ich glaube vielfach, dass genau diese Orientierung eine Notwendigkeit ist, verbunden mit diesen Arbeitspaketen dahinterliegenden, wo man dann sagt, ok, was braucht, was braucht es nicht im Zusammenleben. Dass Zusammenleben nicht immer einfach ist, also ich bin seit 30 Jahren verheiratet, ich weiß das auch. Aber ich sage euch ehrlich, wenn man nicht miteinander arbeitet und nicht aufeinander zugeht und quasi in die gleiche Richtung arbeitet, dann funktioniert Zusammenleben nicht. Unabhängig davon, ob es zu Hause ist, ob es in der Arbeitswelt ist, ob es hier im Integrationsbereich ist, unabhängig dessen. Deswegen halte ich

Orientierung für wichtig, dass man weiß, man committet sich auf gemeinsame Regeln. Und was Probleme betrifft, die zu oft strapaziert werden, angesprochen werden, und muss man schon auch dazusagen, ja, die gibt es, aber grundsätzlich gibt es auch hinterlegt, wir haben eine Rechtsstaatlichkeit, also wenn einer was anstellt, dann hat er ein Problem. Das ist einmal grundsätzlich so, unabhängig, ob hier geboren oder nicht hier geboren. Die Menschenrechtskonvention wurde schon angesprochen und vieles mehr. Also das heißt, es gibt hier Instrumente und Unterlagen und Orientierung genug, dass es gelingen kann. Wenn die FPÖ von Integration redet, dann habe ich immer das Gefühl, sie vertun sich im Terminus, ich glaube eher, sie meinen Assimilation. Es heißt nämlich nicht, dass man gleichgeschaltet sein will oder soll oder muss oder nichts mehr von dem haben soll, was man früher gehabt hat, nämlich die eigene Kultur und quasi eine eigene Persönlichkeit (*Appl.*).

Und die anderen Menschen, die zu uns kommen mit einer eigenen Persönlichkeit, dann sollen sie unsere Regeln kennen, dann sollen sie mit unseren Regeln leben, aber dann sollen sie ihre eigene Persönlichkeit behalten dürfen. Ich glaube, das muss auch möglich sein. Und das wäre dann Integration, das heißt, Teil des gemeinsamen Ganzen und nicht Assimilation. Ich bin nicht mehr da, sondern ich bin eh hier verschwommen im Teich. Die Muttersprache dazu, Kinder nicht deutscher Muttersprache wird immer gerne strapaziert. Was heißt Kinder deutschen Muttersprache? Sagt der Satz eh selber, die Mutter spricht nicht Deutsch als Muttersprache. Also das heißt überhaupt nicht, ob das Kind Deutsch spricht oder nicht, das sagt darüber nichts aus. Und jetzt sage ich euch ein Beispiel, kann ich aus dem familiären Bereich bringen, ich bin auch verheiratet mit einer Frau mit Migrationshintergrund, wie das so schön heißt. Und da war es so zuhause, die Eltern, die sind schon verstorben mittlerweile, aber die Eltern, also meine Schwiegereltern haben quasi eine Fremdsprache gesprochen als Muttersprache, ihre eigene Muttersprache sozusagen. Und zuhause wurde nur die Fremdsprache, außer mit mir, die konnte ich auch nicht gleich, aber außer mit mir wurde nur die Fremdsprache gesprochen. Warum? Weil die Eltern gesagt haben zu meiner Frau: Ich kann dir diese Sprache, ich kann dir Deutsch nicht lernen, weil ich es nicht gut kann. Ich kann dir das nur falsch lernen. Richtig lernen kannst du das nur in

der Schule. Und genau so war es, in der Schule hat sie es gelernt. Man merkt es nicht, also sie spricht perfekt Deutsch, aber auch perfekt ihre Muttersprache. Und das macht ja auch Sinn, das ist ja auch gescheit. Und um eine Zweitsprache zu erlernen, das ist jetzt, ich bin jetzt kein Universitätsprofessor, aber ich glaube, das ist empirisch dargelegt, dass es die Muttersprache braucht, um eine Zweitsprache zu lernen, ist auch gar nicht so schwer (*Appl.*).

Also wenn man bei der Problemstellung sind, die hier oft angesprochen wird, ja, wie gesagt, es gibt Reibereien in Bereichen, das brauchen wir gar nicht wegdiskutiert. Aber wir müssen dann über andere Problemwelten auch reden, und ich bin froh, dass es dazu heute einen Antrag gibt, weil in der Arbeitswelt, da wird dann immer wieder darauf vergessen, dass dann oftmals und vielmals, nicht nur ausschließlich, sage ich auch dazu, aber vielmals Migrantinnen und Migranten die Benachteiligteren sind, die Ausgebeuteteren sind, das kommt vielfach vor in der Arbeitswelt, wir werden uns heute noch darüber unterhalten. Und diese Probleme, die sprechen wir aber nie an, wenn wir über Problemstellungen reden, da reden wir immer nur, der hat dem was getan, dem was weggenommen oder sonst was oder wie immer. Aber da reden wir nicht drüber, wo Menschen ausgebeutet werden, zu wenig verdienen, viel zu viel Arbeitszeit zusammenbringen, und, und, und, und, und (*Appl.*).

Also gehört auch zu den Problemstellungen, aber jetzt bin ich schon fast lang. Vielleicht zum Schluss, gute Sache, wir werden selbstverständlich als SPÖ auch zustimmen. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, die hier mitgearbeitet haben, federführend dieses tolle Werk auf die Welt geschickt haben. Und wir hoffen, dass das gut angenommen wird und dass das wirklich eine gute Orientierung darstellen kann. Und den Abänderer werden wir aus bekannten Gründen in dem Fall auch ablehnen. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, lieber Vorredner Ehmann. Bei einigen Dingen bin ich ja wirklich bei dir, muss ich sagen, also jetzt was Fremdsprachen und dergleichen anbelangt, also wir lernen nicht umsonst in der Schule Englisch, dazu sollte man auch noch andere Fremdsprachen lernen, da bin ich auch dabei. Ich kann auch vieles, was sonst gesagt wurde, nachvollziehen und kann da mitgehen. Nur das Problem ist, ich habe mir das so durchgedacht, man hat da, wenn man eine SWOT-Analyse gemacht hat, dann hat man sich nur auf die Chancen konzentriert, auf die Möglichkeiten und auf das, was gut läuft, aber die Risiken und die aktuellen Probleme komplett außen vor gelassen. Und ich möchte jetzt einen Satz von dir, lieber Michi, hernehmen, wo ich sage, den kannst du nicht generell so sagen, weil wenn du sagst, wenn Menschen zu uns kommen mit einer eigenen Persönlichkeit, dann sollen sie diese behalten können. Und es gilt vielleicht in 90 % der Fälle, aber es gilt nicht immer. Weil, wenn ich dir jetzt etwas vorlesen darf aus dem Standard: „Ein Drittel in Österreich findet, dass Juden einen Vorteil aus der Nazi-Zeit zu ziehen versuchen.“ Dann schauen wir uns das an, was hier dieser Artikel mit sich bringt. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Aufstockungsgruppe durchgehend eine sehr viel stärkere antisemitische Einstellung an den Tag legt als die österreichische Gesamtbevölkerung. Besonders zeige sich das in Fragen, die den Staat Israel betreffen, 53 %. Die Frau Schwentner seufzt schon, aber das ist eine Studie im Standard. Besonders besorgniserregend wirkt durch die Reaktion auf folgenden Satz: „Ich bin dagegen, dass man immer wieder die Tatsache aufwärmt, dass im Zweiten Weltkrieg, Juden umgekommen sind“, 51 % der Aufstockungsgruppe. In der Aufstockungsgruppe sind auch 42 % der Meinung, dass in den Berichten über Konzentrationslager und Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg vieles übertrieben dargestellt wird. Strafbare Tatbestand nach dem Verbotsgesetz. Knapp 40 % der türkisch- und arabischsprachigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind außerdem der Meinung, es ist nicht nur Zufall, dass die Juden in ihrer Geschichte so oft verfolgt wurden, zumindest zum Teil sind sie selbst schuld, selbst schuld am Holocaust. Dann geht es weiter mit dem Staat Israel. „Wenn es den Staat Israel nicht mehr gibt, dann herrscht Frieden im Nahen Osten“,

mehr als die Hälfte der Aufstockungsgruppe. Das ist halt eine Persönlichkeit, die viele mitbringen, immerhin fast 50 % in dieser Aufstockungsgruppe, die wir in Österreich nicht haben wollen. Und ich habe mir auch im Vorfeld zu dieser Diskussion, also zu meinem späteren dringlichen Antrag, einmal angeschaut, wer so verurteilt wird nach dem Verbotsgesetz. Da gibt es die Trotteln, die Unbelehrbaren, dann gibt es leider viele aus der Aufstockungsgruppe und dann gibt es durchaus ein paar wenige Unbelehrbare, die irgendwas versuchen, wieder herzustellen, was nie wieder kommen wird. Aber wir holen uns da schon auch ein Problem ins Land, das muss man schon sagen. Und da geht es jetzt wieder darum, dass du nicht generalisierst, jeder soll seine Persönlichkeit zur Gänze behalten, dass ich nicht generalisiere. Wenn wir über die Sprache reden, dann kenne ich Beispiele, die leben 20 Jahre hier und können nicht Deutsch. Das ist das Nicht-Wollen. Dann gibt es Leute, sage ich auch, die sind neun Monate in diesem Land, machen die C1-Prüfung, aber das wird da drinnen nicht behandelt. Ihr sagt, alle sind so. Wenn alle so wären, braucht man kein Integrationsleitbild. Wenn alle nach neun Monaten die C1-Prüfung ablegen, dann wäre es eh super, dann wäre es in Ordnung. Aber es ist halt nicht so. Und das wird da drinnen völlig übersehen. Und wir werden diesen Abänderungsantrag der ÖVP unterstützen, weil es ist schon auch bis zu einem gewissen Grad eine Bringschuld, wenn man in dieses Land kommt. Man kann nicht immer nur sagen, das bekomme ich, das gebe ich dafür. Ich bin immer jemand, der sagt, wenn man etwas gibt, dann kann man auch etwas bekommen. Ich würde hier Ansätze gut finden, dass man sagt, gut, ok, in diesem Land muss man eine Zeit lang wirklich gearbeitet haben, wirklich eingezahlt haben, damit man dann etwas rausbekommt. Das würde ich gut finden, dass man wieder ein bisschen auch den Leistungsanspruch hier in den Vordergrund stellt. Vielleicht auch im Generellen sage ich, da könnte man ja auch wieder darüber reden. Heute soll alles gratis, kostenlos und sofort gegeben sein. Leisten muss niemand mehr; die, die leisten, die werden dann irgendwie auch noch abgeurteilt. In diesem Sinne, wir werden dem Abänderungsantrag zustimmen, aber ich bitte da durchaus, vielleicht diesen Artikel nachzulesen, sich dann einmal zu überlegen, wollen wir das? Ist das etwas, was in Österreich überhandnehmen soll? Das ist eine Studie, die der

Nationalratspräsident vorgestellt hat gegenüber dem Standard. Das ist jetzt nicht irgendwie etwas, was irgendwie politisch belastet ist. Das ist eine Studie, die gemacht wurde ...

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

**KO GR Mag. Pascuttini:**

... eine Studie, die gemacht wurde, die das Parlament in Auftrag gegeben hat, und der Sobotka ist nun einmal der Präsident dieses Hohen Hauses und das wurde über den Standard, der das auch verbreitet hat, so geschrieben. Also Sie können das jetzt versuchen zu überlegen, Sie können andere Studien in Auftrag geben. Aber ich glaube, wir haben da ein Problem. Schließen möchte ich mit dem Satz, dass in Graz, einer mitteleuropäischen Hauptstadt, die Synagoge dauerhaft polizeilich überwacht werden muss. Das sollte uns zu denken geben. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Ich möchte mich vorab, wie auch bereits im Ausschuss, dafür bedanken, dass diese Diskussion großteils sachlich passiert, mit den üblichen Ausnahmen, die möchte ich nicht weiter kommentieren. Unser Stadtrat hat bereits ausgeführt, was unsere Punkte sind, die uns in diesem Leitbild einfach noch fehlen. Und ich möchte an dieser Stelle schon auch ganz klar noch einmal wiederholen, was der Kurt auch schon gesagt hat: Es ist nicht so, dass wir mit diesem Leitbild unzufrieden sind; wir sind nicht ganz glücklich damit, dass unsere Sichtweise, was manche expliziten Nennungen angeht, hier sich nicht wiederfindet. Das war jetzt natürlich wieder verschachtelt, aber das ist natürlich sowohl das Recht der aktuellen Koalitionsparteien, die Bereiche, die ihnen wichtig sind, in diesem Leitbild

wiederzufinden und das ist aber auch unser Recht als Fraktion, in diesem Gemeinderatssitzungssaal festzuhalten, was wir gerne hier da drinnen stehen hätten. Und zu diesem Punkt, und jetzt ist die Manuela gerade nicht da, aber wurscht, ich sage es trotzdem, das haben wir nämlich immer wieder. Wir machen uns da sehr, sehr viele Gedanken dazu, wie wir zu Leitbildern und gerade bei diesem sensiblen Bereich, wo man, glaube ich, wenn man unsere Kolleginnen und Kollegen im Club kennt, wenn man den Kurt und seine Tätigkeit in der Vergangenheit kennt, die Manuela hat auch explizit, glaube ich, die Claudia angesprochen, man kann hier nicht sagen, dass wir da einfach nur Floskeln vor uns hintragen, sondern wir sind der Integration in der Ganzheitlichkeit, aber auch in der Wechselwirkung, die die Integration nun mal in einer Gesellschaft hat, vollkommen verpflichtet und verschrieben. Ich möchte auch festhalten, dass in der Art und Weise, wie die Manuela das immer wieder benennt, selbstverständlich diskutieren wir Dinge in unserem Club und selbstverständlich, und ich hoffe doch, dass das in anderen Clubs auch so ist, dass es manchmal verschiedene Zugänge gibt und manchmal nicht alle einer Meinung sind. Also das macht ja auch unsere Arbeit hier im Gemeinderatssitzungssaal auch aus, dass wir nicht genau eins zu eins alles nachplappern, sondern versuchen, bestmögliche Ideen und bestmögliche gemeinsam Ideen zu finden, wie wir die Grazerinnen und Grazer hier unterstützen können. Deswegen tut es mir auch immer ein bisschen Leid, wenn die Manuela dann sagt, ja, ihr müsst euch das einmal selber ausmachen, oder sich hier darüber lustig macht. Ich bin eigentlich sehr, sehr stolz darauf, dass wir hier sehr, sehr gut diskutieren können und auch als Gemeinderat hier sehr offen diskutieren können. Wie bereits ausgeführt, möchte ich mich auch bedanken beim Integrationsreferat für den bisher durchgeführten Prozess, wo wir eben das Integrationsleitbild in der vergangenen Woche auch präsentiert bekommen haben. Ich habe bereits im Ausschuss und, das zeigt, glaube ich, auch, dass es uns ja nicht um eine Polemik geht, sondern wir haben bereits im Ausschuss einen Abänderungsantrag eingebracht, der sehr ähnlich ist, nicht deckungsgleich, aber sehr ähnlich dem heute vorliegenden, den ich noch einbringen werde. Weil es uns genau um das Thema geht und weil es uns darum geht, dass aus unserer Sicht, wenn man Integration anschaut, Themenbereiche auch ganz klar

benannt werden müssen und auch die klare Haltung der Stadt Graz sich wiederfinden soll. Beispielhaft eben die Bereitschaft und die Anforderung, sich an Bildung, Arbeit und sozialer Interaktion zu beteiligen, und das einfach in einem Leitbild, das irgendwo auch diese Leitlinie und diese Basis darstellen soll für Integration, wirklich klar festzuhalten und gleichzeitig auch deutlich zu vermitteln, nach welchem Wertegerüst Zusammenleben in unserer Heimatstadt funktioniert. Es ist auch schon genannt worden, dass Änderungen eingeflossen sind bereits. An dieser Stelle möchte ich mich auch dafür bedanken, dass es die Möglichkeit gab, ob der Kurzfristigkeit, selbst in dem vorgestrigen Ausschuss auch noch teilweise Wörter zu ergänzen. Das ist etwas extrem Tolles und wir sind auch wirklich froh, dass sich jetzt beispielsweise Antisemitismus im bereits genannten Zusammenhang wiederfindet und dass sich auch die Charta der Menschenrechte jetzt wiederfindet. Wenn auch nur in einer Fußnote, auch hier wünschen wir uns eine explizitere Nennung des Ganzen. Gleichzeitig möchten wir auch festhalten, dass die Änderungsbereiche, die wir in unserem Abänderungsantrag anführen, aus unserer Sicht nicht welche sind, die man mit Fußzeilen oder dem Austauschen von dem einen oder anderen Wort quasi abhandeln kann, sondern dass das für uns etwas ist, das vielleicht ein bisschen gesamtheitlicher betrachtet werden müsste und aus unserer Sicht hier bitte einfließen sollte. Auch die Grundlage für Konfliktsituationen, die wir gerne im Leitbild sehen würden, ist bereits angesprochen worden, und in diesem Zusammenhang möchte ich vielleicht auf was eingehen, was unsere Kollegin Uli Taberhofer bezüglich den Parallelgesellschaften gesagt hat und hier ein bisschen was klarstellen. Weil in deiner Wortmeldung, und ich bedanke mich für deine Wortmeldungen, weil sie immer sehr wertschätzend sind, hat es beinahe so geklungen, als würdest du uns unterstellen, dass wir mit Parallelgesellschaften grundsätzlich quasi Kulturvereinen meinen, wo die Muttersprache gesprochen wird und so weiter und so fort. Ich möchte das vehement zurückweisen. Und das ist tatsächlich etwas, wo ich zumindest bis gerade vorhin noch eben der Meinung war, dass wir das alle eigentlich als problematisch sehen. Damit sind selbstverständlich nicht Religionshäuser, Kulturvereine, etc. gemeint, wo Menschen in Vereinen sich ihrer Migrationsgeschichte widmen und das auch dort leben. Also das möchte ich wirklich

ganz klar festhalten. Es ist für mich schon auch wichtig, an dieser Stelle auch noch festzuhalten, dass uns ein ganz, ganz breiter Zugang und eine ganz, ganz breite Zustimmung auch im Bereich Integration sehr, sehr wichtig ist. Und deswegen haben wir uns hier auch eingebracht, und deswegen haben wir auch diesen Abänderungsantrag eingebracht, weil wir der Meinung sind, man kann hier nicht einfach nur dagegenstimmen, sondern wir haben eine Position, die wir natürlich hier gerne wiederfinden würden. Ich glaube nämlich auch, dass es sehr wohl möglich ist, einen breiten Konsens in diesem Bereich zu finden. Das Land Oberösterreich schafft es beispielsweise in seinem Integrationsleitbild, das mit Stimmen der ÖVP, der Grünen und auch der blauen Fraktion beschlossen wurde, wo gleichzeitig auch Problemfelder einfach benannt werden können. Das wäre eigentlich etwas, was wir sehr schön finden würden, wenn das auch in unserem Grazer Leitbild sich wiederfinden würde. Wir haben in der Vergangenheit ...

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Ich weiß, ich habe einen Satz noch, und dafür spare ich mir meine zweite Wortmeldung, wenn ich so frech sein darf. Wir haben auch in der Vergangenheit, und der Kurt war hier federführend, 2015 eine Integrationsstrategie aufgesetzt, wo wir ebenso versucht haben, und ich möchte auch vielleicht festhalten, ein bisschen intensiver versucht haben, auch die Klubs und die Ausschüsse insbesondere einzubeziehen, einen breiten Konsens zu finden. Und weil das jetzt die ganze Zeit so uns vorgehalten wird, dass wir da nicht dabei sind, obwohl das ja alles so einheitlich passieren sollte, auch damals ist die grüne Fraktion bei dieser Integrationsstrategie nicht mitgegangen, und wir sind nicht hergegangen und haben dann herumgefuchelt und haben gesagt, das ist alles fürchterlich und ihr seid gegen dieses Thema, sondern wir haben das selbstverständlich hingenommen. Und da möchte ich wirklich der Uli

Taberhofer auch abschließend noch einmal zustimmen und dem, was der Kurt schon vorab gesagt hat, selbstverständlich werden wir uns, auch wenn unser Abänderungsantrag heute keine Zustimmung findet, auch in Zukunft weiterhin einbringen und aktiv an Projekten, Maßnahmen und dem Arbeiten für mehr gelungenes Miteinander in Graz uns daran beteiligen. Vielen Dank (*Appl.*).

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Integration ist eine prägende Notwendigkeit für unsere Stadt. Dementsprechend wichtig ist die gute Arbeit des Integrationsreferats, das in Graz professionell und nachhaltig agiert und mit dem aktualisierten Leitbild weiterhin optimal in dieser Arbeit ausgestattet sein soll, um seine Aufgaben und die Herausforderungen zu erledigen.*

*Am vergangenen Mittwoch, 19. April 2023, wurde uns das neue Integrationsleitbild „Graz sind wir alle“ im Rahmen einer Präsentation vorgestellt und seitens des ÖVP-Gemeinderatsclubs - wie gewünscht - eine Rückmeldung ausgesprochen, die Berücksichtigung in der überarbeiteten Version des Leitbilds finden sollte. Während die Beachtung einzelner Ergänzungen in der Form von Fußnoten aber auch die Abänderungen, die im Rahmen der Ausschusssitzung am 25. April 2023 erfolgt sind, bereits wichtige Ergänzungen darstellen, sehen wir nach wie vor Ergänzungsbedarf im vorliegenden Leitbild.*

*Das Integrationsleitbild stellt die Basis für zukünftige Maßnahmen und Angebote dar und sollte als Richtschnur für ebendiese die gesamte Breite der Integration und ihrer Chancen abdecken, aber auch die damit einhergehenden Herausforderungen klar benennen. Folgende Aspekte sind deshalb aus unserer Sicht essenziell und stellen eine Stärkung des Leitbilds dar:*

- 1) *Bei den Zugängen der Integrationsarbeit ist für uns neben der genannten Förderung auch die Forderung der Teilhabe wichtig. Dies bezieht sich sowohl auf*

*die Bereitschaft als auch die Anforderung, sich an Bildung, Arbeit und sozialer Interaktion zu beteiligen. Die klare Benennung unterstreicht, dass mit den Rechten auch Pflichten verbunden sind, und bestärkt alle, die sich konstruktiv einbringen.*

- 2) *Das Leitbild soll auch eine valide Grundlage für Konfliktsituationen darstellen, die insbesondere bei demokratieschädlichen, frauenfeindlichen oder diskriminierenden Tendenzen von Bedeutung sind. Besonderes Augenmerk sollte dahingehend auf die Prävention der Bildung von Parallelgesellschaften und die Haltung der Stadt im Umgang mit diesem Phänomen gelegt werden.*

*Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich daher den*

***Abänderungsantrag,***

*der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Das vorliegende Integrationsleitbild wird um die erläuterten Themenfelder „Förderung & Forderung“ sowie „Umgang mit Konfliktsituationen & Prävention von Parallelgesellschaften“ ergänzt und für die nächste Gemeinderatssitzung zur Beschlussfassung vorbereitet.*

**GR Zirngast:**

Ich mache es nur ganz kurz, sozusagen als Antwort auf dich, Alexis. Ich gehe gar nicht auf die Sache mit Antisemitismus ein. Ich habe lange genug in der Türkei gelebt, dass ich durchaus weiß, dass die Welt nicht eitel Wonne ist. Aber ich glaube, das hat auch nichts mit dem Integrationsleitbild zu tun, nur, dass das ausgespart wäre, wir haben da, glaube ich, einfach einen anderen Zugang, wie demokratisches Zusammenleben am besten funktionieren kann. Das kann man so stehen lassen. Aber eines würde ich nicht gerne stehen lassen. Du hast davon gesprochen, dass sich Leistung wieder lohnen soll.

Du hast zum anderen Thema einen Standardartikel zitiert, ich werde auch einen zitieren, auch aus dem Dezember 2022, also nicht auch, aber auch nicht so lange her, das wollte damit sagen, von der Arbeiterkammer beauftragt und vom Sora-Institut durchgeführt. Und da steht unter anderem ein Zitat: „Migrantinnen und Migranten arbeiten deutlich öfter als Österreicher unter prekären Arbeitsbedingungen. Sehr viele haben befristete Dienstverhältnisse, eine höhere Gesundheitsbelastung und unregelmäßige Arbeitszeiten. 13 % verdienen so wenig, dass sie trotz Arbeit nicht vom Einkommen leben können.“ Und weiter noch: „In den durch Corona bekannt geworden systemrelevanten Berufen sind ausländische Arbeitskräfte überrepräsentiert, etwa in der Pflege, im Supermarkt, bei der Gebäudereinigung oder als Erntehelfer.“ Und das will ich einfach nur festhalten, dass gerade in den ganz wesentlichen Berufen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten und die oft sehr, sehr, sehr schlecht bezahlt sind, viel schlechter als sie bezahlt sein sollten, überdurchschnittlich viele migrantische, ausländische Arbeitskräfte arbeiten (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke vielmals für diese durchaus wichtige Bemerkung. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann darf ich Herrn Stadtrat Krotzer um das Schlusswort bitten.

**StR Mag. Krotzer:**

Vielen Dank einmal für die Debatte und die zahlreichen Wortmeldungen. Ich habe ja eine kleine Resthoffnung gehabt, dass wir sozusagen eine noch etwas breitere Zustimmung für das Leitbild finden. Nichtsdestotrotz, ein paar Dinge sind mir jetzt durchaus ein Anliegen, nur darauf hinzuweisen. Jetzt ist einerseits vom Gemeinderat Winter insbesondere auch noch einmal auf den Themenbereich der Schulen hingewiesen worden und auch auf den Anteil der Kinder und Jugendlichen mit nicht deutscher Muttersprache. Sehr vieles dazu ist sehr richtig vom Klubobmann Michi

Ehmann dazu gesagt worden. Vielleicht ist es manchen von euch gegangen wie mir heute in der Früh, ich habe eine Zeitung hereingeholt, die vor meiner Tür gelegen ist. Die Zeitung von einer Partei, einer Partei, wo momentan ja ein Verfahren läuft, ich glaube, ganze 1,7 Millionen Euro Veruntreuung. In dieser Zeitung habe ich einige Zahlen gefunden oder wieder einmal die Zahlen gefunden, wie viele Kinder und Jugendliche in Grazer Schulen nicht deutscher Muttersprache sind. Mir ist dann sehr schnell eine Zahl in den Sinn kommen, nämlich die Zahl 100 %. Und zwar 100 % der Kinder und Jugendlichen in Grazer Schulen sind Kinder und Jugendliche, 100 % sind Grazer und steierische Kinder und Jugendliche, also unsere Kinder (*Appl.*).

Auch das drücken wir aus, wenn wir sagen „Graz sind wir alle.“ Und ich glaube, auch das ist im Sinne unserer Zukunft, im Sinne unseres Zusammenlebens ganz, ganz wichtig, dass wir uns einmal darauf verständigen. Und ich kann auch dazusagen, ich weiß, wovon ich rede, ich habe selbst unterrichtet in Klassen, wo mehr als 50 % der Kinder nicht deutsche Muttersprache hatten. Ich war dort Deutschlehrer. Ich kann euch sagen, anhand der Deutschaufsätze, der Schularbeiten habe ich nicht festmachen können, ob die Kinder deutsche Muttersprache haben oder nicht, weil sich das eben glücklicherweise in einem Bildungssystem, das wir haben, vielfach auflöst. Und dort, wo es sich nicht auflöst, haben wir eben einen besonderen Handlungsauftrag, das einmal dazu. Wenn ich kurz auch replizieren darf auf den Kurt Hohensinner und sozusagen den früheren Zugang, ich nenne ihn einmal so. Ich weiß, es gab sehr viele Dinge, die ich dankenswerterweise auch mit dem Referat weiterführen habe können, weil viele Dinge sehr vorbildlich gelaufen sind. Aber es ist immer auch eine Frage der Kultur und eine Frage des Umgangs. Und gerade dann, wenn wir über die Vermeidung von Parallelgesellschaft reden, ist es ein ganz entscheidender Punkt, nicht Menschen sozusagen die Tür zuzustoßen und Menschen wegzudrängen. Und das ist etwas, was ich in den letzten Jahren immer wieder erlebt habe als Rückmeldung zu der Politik, die die Vorgängerkoalition gemacht hat, die schwarz-blaue Vorgängerkoalition, dass sie eben Menschen ausgeschlossen hat, dass sie eben Menschen nicht das Gefühl gegeben hat, gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft zu sein, sondern dass diese schwarz-blaue Vorgängerkoalition mitunter einen Exklusivitätsanspruch gehabt hat

und diesen Menschen auch demonstriert hat. Und genau das hat dazu geführt, dass Menschen in diesem Dialog nicht mehr eingebunden waren. Das ist eben genau unser Zugang jetzt, dass wir sozusagen die Gesprächskanäle aufmachen, damit wir eben auch genau über die Dinge reden können, die wir auch als problematisch ansehen. Und damit erlaube ich mir auch, noch auf den Punkt vom Klubobmann Pascuttini hinzukommen, was die Studie betrifft und den Themenkomplex und den Themenbereich Antisemitismus. Wir haben ihn, auch auf den Hinweis der ÖVP, noch reingenommen. Es ist uns sehr, sehr wichtig, diese Präventionsarbeit gegen Antisemitismus, insbesondere in einer Stadt, die die historische Verantwortung trägt, dass tausende jüdische Bürgerinnen und Bürger aus dieser Stadt vertrieben worden sind, ermordet worden sind und wo das jüdische Gotteshaus im November 1938 zerstört worden ist. Und diese historische Verantwortung haben wir, uns dem ganz besonders zu stellen und selbstverständlich auch dorthin zu schauen, wo es sozusagen auch aus anderen Kreisen Beeinflussungen gibt, die Stimmung machen gegen Menschen jüdischen Glaubens, das ist überhaupt keine Frage. Und eben in diesem Sinne fördern wir auch Dialogangebote, insbesondere auch christliche, jüdische und muslimische Dialogangebote, die eben genau die Wichtigkeit haben, Menschengruppen zu erreichen und miteinander in Verbindung zu bringen, damit antisemitische Ressentiments, aber auch antimuslimische Ressentiments oder Ressentiments welcher Art auch immer, nicht in den Köpfen fortleben können. Und das ist auch uns da ein ganz besonderes Anliegen. Und als allerletzten Punkt darf ich noch auf die Gemeinderätin Anna Hopper zu sprechen kommen. Wir haben ja sozusagen vieles in den letzten Tagen austauschen dürfen. Wir haben eure Anregungen aufgenommen, die am Freitag späten Nachmittags noch gekommen sind, die noch eingearbeitet worden sind. Wir haben am Dienstag im Ausschuss auch noch einige Punkte mitaufgenommen, die euch sozusagen ein Anliegen gewesen sind, und ich halte es noch einmal mit der Begrifflichkeit, wie Sie es am Dienstag auch im Ausschuss gesagt haben, nämlich den der wohlwollenden Lesart, mit einer wohlwollenden Lesart kann ich all das finden, was euch auch ein Anliegen ist. Wir haben sozusagen sehr vieles mit drinnen, auch vom Tristan Ammerer ist schon

dargelegt worden, wozu wir uns bekennen. Uns war es aber auch wichtig, ein Papier zu formulieren, wie ich es anfangs gesagt habe, das ein sozusagen positives Bild prägt, ein positives Leitbild, an dem wir uns orientieren wollen und nicht sozusagen einen Auflistungskatalog an negativen Dinge, die wir alle nicht haben wollen. Und sozusagen in diesem Sinne ist dieses Papier formuliert. Dafür darf ich mich noch einmal ganz herzlich bei allen, die mitgewirkt haben, bedanken und bitte um Annahme dieses Leitbildes (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Vielen Dank. Wir kommen zuerst zum Abänderungsantrag von Frau Gemeinderätin Hopper. Ich darf fragen, wer stimmt dem Abänderungsantrag zu? Der Abänderungsantrag ist in der Minderheit geblieben. Wir kommen zum Antrag selbst, wer stimmt dem Antrag zu, dem Leitbild? Der Antrag ist somit mehrheitlich angenommen (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Ich habe jetzt eine Bitte und eine Frage an Sie als Gemeinderäte. Wir haben diesen Tagesordnungspunkt vor 16.00 Uhr begonnen. Sie wissen, wir haben in der Geschäftsordnung festgehalten, dass wir ab 16.00 Uhr Sitzungsunterbrechung machen müssen, also die Tagesordnung beenden und dann zu den Dringlichkeitsanträgen gehen. Ich würde aber vorschlagen und den Antrag stellen, dass wir zumindest noch einige Tagesordnungspunkte machen, weil wir haben jetzt noch den Klimaschutzplan, also wir haben noch wichtige Tagesordnungspunkte, und ob Sie hier einverstanden sind, dass wir zumindest noch eine Stunde dranhängen. Ist das für Sie in Ordnung?

Stimmen wir darüber ab. Wer ist dafür? Danke. Gegen Frau Gemeinderätin Reininghaus. Als Nächste ist die Frau Klubobfrau Braunersreuther, Tagesordnungspunkt 17, das ist der Klimaschutzplan Graz, der erste Fortschrittsbericht.

***Der Antrag auf Fortsetzung der Tagesordnung wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.***

**Berichterstatterin: KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) Braunersreuther**

**9.29 Stk. 17) A23-032670/2020/0057      Klimaschutzplan Graz,  
A10/BD-085394/2019/0068      1. Fortschrittsbericht April 2023**

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, sehr geehrte Zuseher:innen und Hörer:innen. Ich möchte jetzt ein sehr, sehr wichtiges Stück vorstellen. Viele haben vielleicht in der vergangenen Woche die Berichte in diversen Medien gelesen, die besagen, Österreich verfehlt die Klimaziele klar. Das ist aus mehreren Gründen nicht schön, denn nicht nur weil es da um Zahlungen geht, um Strafzahlungen, sondern weil es ja auch um die lebenswerte Umwelt für uns, für unsere Kinder und nachfolgende Generationen geht. Was aber auch in diesem Artikel drinnen steht, die NGOs drängen dazu, einen Klimaplan zu erstellen und da ist Graz unter den Städten eine Vorreiterstadt, denn Graz hat zum Glück diesen Klimaplan schon, der ist im vergangenen Jahr beschlossen worden, einstimmig. Und was noch erfreulicher ist, dieser Klimaplan, der hat jetzt nach einem Jahr schon den ersten Fortschrittsbericht, in dem tatsächlich Fortschritte, wahre Fortschritte zu verzeichnen sind. Ich bitte deswegen im Vorfeld schon um Annahme dieses Stücks. Der Klimaschutzplan enthält wirklich sogenannte iterative Aktionspläne, die vorgeben, welche Maßnahmen auf dem Reduktionspfad beschritten werden sollen.

Oder, ich fand das so schön, wie im Ausschuss der Leiter des Umweltamtes geschlossen hat, dieser Klimaschutzplan ist ein Plan für mehr Innovation als Innovation, sprich im Gegensatz zu früheren Klimaplänen geht es nicht darum, aus öffentlichen Geldern Forschungsprojekte zu finanzieren, sondern es geht darum, tatsächlich etwas zu tun für die Verbesserung des Klimas, der Umwelt, der lebenswerten Stadt. Als wichtigstes Ergebnis dieses Fortschrittsberichtes ist eine Auflistung der Maßnahmen, wie im Haus Graz reagiert werden kann beziehungsweise gegenreagiert werden kann dem Klimawandel oder der Klimakrise. Und was sehr erfreulich ist und sehr übersichtlich dargestellt ist, das ist dieses Maßnahmenbündel, das aufgeteilt ist in wirtschaftlich interessante und wirtschaftlich weniger interessante Maßnahmen. Erfreulich ist das allein mit den Maßnahmen, bei denen wir auch noch ökonomisch sparen, also bei denen wir wirklich Geld einsparen, 66 % der gesamten CO<sub>2</sub>-Einsparung geleistet werden kann, und das ist noch eine eher pessimistisch gerechnete Zahl, denn nicht eingerechnet sind da die CO<sub>2</sub>-Bepreisung oder sämtliche Energiepreisanstiege. Dieser Maßnahmenplan hat ein sehr, sehr wirkungsvolles Handlungspaket, er besagt zum Beispiel, dass PV-Anlagen sich sowohl wirtschaftlich als auch climatechnisch rechnen. Ein Auswechseln von öffentlichen Verkehrsmitteln dagegen würde sich zwar auch sehr positiv auf die Klimabilanz auswirken, rechnet sich aber wirtschaftlich nicht. Weil es derzeit einfach keine guten alternativen Modelle gibt. Und dieser mal getätigte Aktionismus der Holding Graz, zum Testen Elektrobusse anzukaufen, bei denen sich dann herausgestellt hat, dass sie nicht nur nicht gut fahren, sondern dass die Fahrgäste auch noch einen Stromschlag bekommen, wenn sie sich an den Stangen festhalten, das hat ja gezeigt, dass das mit der Innovation eben dann sich nicht so gut rechnet. Also man sollte da tatsächlich auf bewährte Modelle setzen und das wird hier auch ganz klar empfohlen. Insgesamt ist zu sagen, es ist, glaube ich, ein sehr gutes und zunächst einmal nur intern ersichtliches Bündel an Maßnahmen, an möglichen Maßnahmen und an bereits getätigten, also auch in aktuellen Projekten schon getätigten oder zu tätigenden Maßnahmen aufgezeichnet, weshalb das derzeit nur intern festgehalten ist, und das sage ich auch bezüglich diesem Zusatzantrag, der kommt, steht mehrmals in diesem Bericht ganz ausdrücklich drinnen. Es geht nämlich

hier um Datenschutz. Ich zitiere: „Der gegenständliche Bericht liefert hier jedoch keine Zuordnung auf der Ebene von einzelnen Maßnahmen, da zahlreiche betriebswirtschaftliche Projektbewertung in den Beteiligungen eingeflossen sind, die der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung gestellt werden.“ Das heißt, es darf durchaus Einsicht genommen werden, aber es ist nicht möglich, dieses umfangreiche zugrundeliegende Papier jetzt auf der Website zu veröffentlichen, weil dann gäbe es ein riesiges Datenschutzproblem, so gerne wir das tun würden, denn Transparenz ist uns sehr wichtig. Ich glaube, wir beweisen das mit allem, was wir tun, auch etwas, was im Gegensatz zu dem Maßnahmenbündel des Klimabeirates, des vorherigen Klimabeirates, von dem nämlich dem Gemeinderat immer eine Einsicht verweigert wurde und plötzlich war das Geld weg und niemand hier im Saal wusste eigentlich, wo es hingegangen ist. Dieser Klimaschutzfortschrittsbericht, der enthält jetzt drei wichtige Punkte, nämlich einerseits sind es die beschriebenen Steuerungsmaßnahmen intern im Haus Graz und dann, nicht unwichtig, auch Aktivierungsmaßnahmen. Die geschehen einerseits durch Beratungsleistungen, die aus dem Haus Graz kommen, an Bürger:innen, aber auch natürlich Fördermaßnahmen wie zum Beispiel für Photovoltaik. Und dann gibt es drittens noch diese Aktivierungsmaßnahmen, die durch eine Kommunikations- und Aktivierungsstrategie entstehen sollen. Das betrifft allerdings nicht nur das Übliche wie Werbung, sowas wie, trennt euren Müll und macht das und jenes, sondern da sollen wirklich Kommunikator:innen angesprochen werden, die das weitertragen und den Leuten zeigen, wie wichtig das ist, wie sie damit nämlich nicht nur das Klima schützen, sondern auch Geld sparen können. Und ich glaube, dass ist in Zeiten der knappen Kassen nicht nur im Haus Graz, sondern auch in jedem Haushalt, nicht unwichtig. Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Dieser erste Fortschrittsbericht zum Klimaschutzplan Graz wird als Grundlage für die Umsetzung der Maßnahmen zustimmend zur Kenntnis genommen. Er liefert zudem die Basis für die kontinuierliche Umsetzung der bereits vorliegenden Klimaschutzmaßnahmen sowie die Erarbeitung weiterer Klimaschutzmaßnahmen im Haus Graz. Zweitens, die Fachabteilungen, welche maßgeblich Rahmenbedingungen für die Dekarbonisierung des Stadtgebiets bis 2040 schaffen, werden beauftragt,

Aktionspläne zu erstellen, mit denen sie einen Beitrag zum Klimaschutzziel in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich für das Stadtgebiet erbringen. Sie sollen Folgendes beinhalten: a) alle Maßnahmen, die bereits geplant sind, und b) alle Maßnahmen, die zusätzlich umgesetzt werden sollen. Drittens, dem vorliegenden Kommunikations- und Aktivierungskonzept zum Vorhaben „Klimapakt“ wird zugestimmt. Die Arbeitsgruppe Klimaschutz wird beauftragt, die Umsetzung des Kommunikations- und Aktivierungskonzepts zur Sensibilisierung und Aktivierung der Grazer Bevölkerung und Betriebe für den Klimaschutz zu koordinieren und die Detailvorbereitung des Stakeholder- und Bürger:innenpaktes zu treffen. Ich bitte um Annahme dieses Stückes (Appl.).

**Originaltext des Antrages:**

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Dieser erste **Fortschrittsbericht zum Klimaschutzplan Graz** wird als Grundlage für die Umsetzung der Maßnahmen **zustimmend zur Kenntnis genommen**. Er liefert zudem die Basis für die kontinuierliche Umsetzung der bereits vorliegenden Klimaschutzmaßnahmen sowie die Erarbeitung weiterer Klimaschutzmaßnahmen im Haus Graz.*
- 2. Die **Fachabteilungen**, welche maßgeblich **Rahmenbedingungen für die Dekarbonisierung** des Stadtgebiets bis 2040 schaffen, werden beauftragt, **Aktionspläne** zu erstellen, mit denen sie einen **Beitrag zum Klimaschutzziel** in ihrem jeweiligen **Wirkungsbereich** für das Stadtgebiet erbringen (im Sinne von CO<sub>2</sub>-Einsparungen). Sie sollen Folgendes beinhalten:*
  - a) alle **Maßnahmen, die bereits geplant sind**, bewertet nach ihrer Klimawirksamkeit*
  - b) alle **Maßnahmen, die zusätzlich umgesetzt werden sollen**, um Klimaneutralität zu erreichen Die Maßnahmenpläne sind **zeitgerecht***

*vorzulegen, um sie im Budget 2024 und allen weiteren strategischen Entscheidungen berücksichtigen zu können.*

3. Dem vorliegenden **Kommunikations- und Aktivierungskonzept** zum Vorhaben „**Klimapakt**“ wird zugestimmt. Die Arbeitsgruppe Klimaschutz wird beauftragt, die Umsetzung des Kommunikations- und Aktivierungskonzepts zur Sensibilisierung und Aktivierung der Grazer Bevölkerung und Betriebe für den Klimaschutz zu koordinieren und die Detailvorbereitung des Stakeholder- und Bürger:innenpaktes zu treffen.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Danke vielmals. Ich bitte vielleicht die Klubobleute, darauf zu achten, dass die Beschlussfähigkeit immer gegeben ist, weil derzeit ist es nicht so.

GR **Brandstätter**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtsenat, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Wir behandeln gerade den Klimaschutzplan, der ein sehr wichtiges Thema dabei darstellt, dass wir als Stadt Graz ein Vorzeigebispiel auch darstellen können, wenn wir in weiterer Folge auch unsere Klimaschutzziele erreichen. Diese Ziele zu erreichen, ist selbstverständlich ein extrem wichtiges Anliegen, dem wir uns auch als Grazer Volkspartei verschreiben und wo wir uns auch dazu bekennen. Das ist auch der Grund, warum wir bereits im Jahr 2020 die Erarbeitung eines umfassenden Klimaschutzplans forciert haben, der ja jetzt weitergeführt wird, und da möchte ich mich auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei Ihnen, Frau Stadträtin, und bei den Abteilungen, allen voran Dr. Prutsch, ganz, ganz herzlich bedanken. Unabhängig davon, glaube ich, dass man diesem sehr guten und wichtigen Klimaschutzplan noch ein paar Punkte hinzufügen kann und auch ein paar Dinge dazu sagen muss. Der erste ist, nachdem Sie, Frau Braunersreuther, uns ja gestern im Ausschuss zu einem anderen Thema bereits

vorgeworfen haben, dass wir nicht dazu in der Lage sind, sinnerfassend zu lesen, muss ich das jetzt leider in Ihre Richtung zurückgeben, denn in meinem Antrag steht nichts davon, dass ich fordere, dass auf der Website der Stadt Graz die Details veröffentlicht werden sollen. Sondern ich sage, wenn dies rechtlich nicht möglich ist, was durchaus der Fall sein kann, dann bitte ich darum, dass sowohl die Stadtsenatsmitglieder als auch die Gemeinderatsmitglieder denselben Bericht erhalten, den anscheinend die Finanzdirektion erhält, und wenn das notwendig sein sollte, gerne auch im nicht öffentlichen Teil. Wir unterliegen ja auch der Verschwiegenheitspflicht hier in diesem Haus (*Appl.*).

Ich halte es durchaus für sehr sinnvoll und auch für notwendig, dass die Stadträtinnen und Stadträte, in deren Abteilungen auch viele dieser Maßnahmen erarbeitet worden sind, ein Recht darauf haben, hier Einsicht zu nehmen beziehungsweise dieses Recht nicht ausüben müssen, sondern vorab, gleich wie die Finanzdirektion und das Beteiligungscontrolling, darüber auch informiert werden sollen, und nichts anderes fordert mein Zusatzantrag und sich dem zu verschließen, finde ich tatsächlich sehr befremdlich. Vor allem, wenn man gerade in der vorhergehenden Wortmeldung noch einmal auf das Thema Transparenz, und wie toll das alles laufen würde unter der neuen Koalition, verwiesen hat. Insofern darf ich auch noch ein, zwei weitere Punkte ansprechen. Sehr vieles wurde ja schon gesagt. Gerade auch, dass PV-Anlagen für unsere Stadt Graz mehrere Vorteile bieten, insbesondere dass wir nicht nur eine sehr hohe Energiegewinnung dadurch sicherstellen können, sondern dass wir langfristig damit nicht nur kostenneutral sind, sondern sogar Gewinne einfahren können. Was für uns nicht ganz klar ist, ist, wie hier die Finanzierung auch in den nächsten Jahren sichergestellt werden soll. Da werden wir dann unseren Finanzstadtrat erneut bemühen müssen, aber wir sind guter Dinge, dass das passieren wird und wir hoffentlich bald positive Ergebnisse in diesem Bereich haben werden. Auch da gibt es deswegen einen Zusatzantrag, wo wir einfach uns wünschen, dass auch die Stadträte, die davon betroffen sind, ganz konkret wissen, bei welchen Bauvorhaben, bei welchen Projekten, gerade auch bei Schulen kann sowas spannend sein, welche Kosten da auf die Abteilungen zukommen, was man da vielleicht machen kann. Und da gibt es auch

schon durchaus Bestrebungen und daher zielt auch mein Antrag in seinem zweiten Punkt nur darauf ab, dem Ausschuss diesbezüglich im Juni Bericht zu erstatten. Beide Punkte halte ich für sehr unverfänglich, würde mich sehr freuen, wenn es da eine Zustimmung Ihrerseits gibt und darf den Zusatzantrag hiermit, vielleicht ohne ihn zu verlesen, im Sinne der Zeit sehr gerne einbringen. Was ich noch festhalten möchte ist, wenn wir in diesem Klimaschutzplan zu hören bekommen, dass der technische Fortschritt noch nicht an dem Punkt ist, und bin ich jetzt kein Experte, aber das glaube ich sehr gerne, dass wir diese Entscheidungen jetzt schon treffen können, dann ist ja gerade das notwendig, was Sie, Frau Braunersreuther, gerade kritisiert haben. Gerade deswegen brauchen wir Innovation, gerade deswegen brauchen wir Forschung und gerade deswegen könnten wir als Stadt Graz hier mit einem Beispiel vorgehen und diese Dinge umsetzen. Und hier jetzt, Sie haben es genannt den getätigten Aktionismus der Holding Graz, in dem Bereich zu kritisieren, halte ich tatsächlich für wirklich vollkommen unnötig. Tatsächlich wäre es sehr, sehr gut gewesen, wenn wir nicht im Dezember davon erfahren hätten, dass die Dekarbonisierungsstrategie abgesagt wird, sondern dass die 13 Millionen Euro, die vom Bund zur Verfügung gestellt worden wären, auch tatsächlich abgeholt worden wären seitens der Stadtregierung. Gerade wenn wir hier anscheinend noch nach Lösungen suchen und diese Lösungen auch finden wollen. Positiv mag ich anmerken, dass in diesem Klimaschutzplan, und damit komme ich auch schon zum Schluss, die Frau Stadträtin schon einen Schritt weiter ist als ihre Kollegin im Bund und von Technologieoffenheit redet, das finde ich sehr gut, da sind wir auch dafür, und insofern kann ich noch einmal betonen, dass wir diesem Klimaschutzplan sehr gerne zustimmen werden. Vielen lieben Dank (*Appl.*).

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Die Bekämpfung des Klimawandels ist ein prioritäres Thema und es ist wichtig, dass die Stadt Graz in dieser Frage mit gutem Beispiel vorgeht. Der Klimaschutzplan ist in diesem Zusammenhang eine entscheidende Unterstützung, um bei der Priorisierung*

*von Maßnahmen die richtigen Schritte zu setzen. Um auch in Sachen Transparenz und Photovoltaik voranzugehen, stelle ich im Namen des Gemeinderatsklubs der Grazer Volkspartei folgenden*

**Zusatzantrag,**

*der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1) *Die Zuordnung der Maßnahmen auf Detailebene wird als interner Bericht nicht nur der Finanzdirektion und dem Beteiligungscontrolling übermittelt, sondern in seiner Gänze auch dem Gemeinderat und den Stadtsenatsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Wenn dieser der Öffentlichkeit aus gesetzlichen Gründen nicht zur Verfügung gestellt werden kann, dann soll die Zurverfügungstellung im Rahmen des nicht öffentlichen Teils so bald wie möglich erfolgen.*
- 2) *Für die Umsetzung von Photovoltaikprojekten, die laut dem Bericht das größte CO<sub>2</sub>-Einsparungspotential und gleichzeitig den höchsten positiven Saldo aufweisen, wird um eine konkrete Kostenschätzung für die Errichtung von PV-Anlagen auf im städtischen Eigentum stehenden Flächen gebeten. Diese Abschätzungen sind dem zuständigen Ausschuss bis Juni bekannt zu geben.*

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Von meiner Seite zunächst danke an die Abteilungen, die ja beteiligt waren, allen voran eben Klimaschutzkoordination und Umweltamt. Ich möchte drei Punkte ansprechen, die besonders wichtig sind. Das Erste, das passt gut jetzt zur Wortmeldung vom Herrn Brandstätte, weil wir hier wirklich eine wirtschaftliche Bewertung vorliegen haben. Also wir wissen, was das dann einmalig kostet. Wir wissen aber auch, was es dann langfristig an Einsparungen bringt. Und das ist ja eigentlich das Entscheidende. Das heißt, im Prinzip geht es nur darum, wie lange dauert es, bis sich das Ganze

amortisiert und das können bei Strompreisen wie letztes Jahr vielleicht drei Jahre sein, das können fünf Jahre sein oder ein bisschen mehr, aber letzten Endes ist das in einem städtischen Budget, glaube ich, immer darstellbar und vor allem ermöglicht es uns eben auch diesen Vergleich. Was hätte es gebracht, diese Busdekarbonisierung fortzusetzen? Wie viel CO<sub>2</sub>-Einsparung hätten wir damit? Wie viel CO<sub>2</sub>-Einsparung haben wir aber auf der anderen Seite, wenn wir eben jetzt Photovoltaik zum Beispiel installieren? Und da sieht man dann in Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> sehr klar: Was ist einfach effektiv und dementsprechend auch sinnvoll für die Stadt und was ist weniger effektiv? Und da gibt einfach dieser Bericht ein sehr klares Bild. Der Herr Prutsch sagt immer: Installation statt Innovation. Das ist eigentlich das, was wir jetzt brauchen. Wir haben schon sehr viel geforscht zu diesem Thema. Wir haben sehr viel entwickelt und das, was jetzt marktreif ist, wie eben Photovoltaik, das installieren wir einmal. Bei anderen Dingen, wie bei Elektrobussen oder auch Wasserstoff und anderem, da sind wir noch nicht so weit, da braucht es noch weitere Forschungen. Allerdings ist die Frage, ob wir die dann immer hier in Graz betreiben müssen oder schauen können, auch was andere Städte tun, und da müssen wir uns einfach sehr gezielt auf Dinge fokussieren, die dann auch finanzierbar sind und die dann uns effektiv auf diesen Klimaschutzpfad bringen. Das Zweite, was ich auch noch einmal hervorheben möchte, was wirklich ein Erfolgsmodell ist, ist diese Rollenumkehr, dass hier wirklich nicht von oben herab sozusagen Klimaschutzmaßnahmen top-down formuliert wurden, sondern eben die verschiedenen städtischen Einheiten gebeten wurden, ihre Maßnahmen hier zu nennen, um dann die Emissionen zu reduzieren. Das ist etwas, was sehr gut funktioniert hat und was ja jetzt auch fortgesetzt werden soll in anderer Art und Weise, nämlich eben für die gesamtstädtischen Emissionen. Und damit bin ich ja schon beim dritten Punkt. Ich glaube, dass wir hier wirklich sehr vorbildlich unterwegs sind, dass wir da ein Vorbild sind für andere Städte. Da gibt es auch schon einiges an Feedback von anderen Städten in Österreich, aber auch für Unternehmen, also auch viele Unternehmen haben nicht so gut durchdachte und qualitativ hochwertige Klimaschutzpläne, wie wir das jetzt haben. Also insofern freue ich mich da, wenn wir die nächsten Schritte in diese Richtung machen. Danke (*Appl.*).

**GR DI Topf:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen. Der Kollege Martin Brandstätter hat schon ausgeführt, dass wir diesem Stück natürlich zustimmen werden. Ich möchte nur ein, zwei, drei Gesichtspunkte noch einmal herausstreichen, die ich auch gestern und auch am Montag angesprochen habe und hier noch einmal wiederholen möchte. Mir geht es darum, dass wir die Punkte 1 und 2, wir haben sie dann in Klammer immer wieder A, B, C genannt, oder mit einem Zweier vorher in der alten Diktion, dass wir durchaus diese Maßnahmen und die Aktionspläne, die hier angedeutet sind, dass man diese beiden Punkte parallel sozusagen anstößt. Das ist mir sehr wichtig, weil man hier ein bisschen Zeit sparen würde. Das ist der eine Punkt, den ich wirklich anregen möchte. Und der zweite Punkt ist, denn ich anregen möchte, tatsächlich, und du hast das korrekterweise auch dargestellt, dass wir jetzt tatsächlich insbesondere mit den Photovoltaikanlagen in die Gänge kommen, wenn ich das so ein bisschen salopp sagen darf. Wichtig scheint mir auch zu sein, dass wir ja dieses Einsparungspotenzial, dass das natürlich zuerst einmal eine Investition auslösen muss, klarerweise, dass wir diese Investitionssummen, die ja nicht unerheblich sind, tatsächlich konkret insbesondere dann in den nachfolgenden Budgets auch darstellen. Also da werden wir müssen genau hinschauen, wenn ich das so salopp sagen darf, auch in Richtung des Finanzstadtrates, da wird einiges auf dich zukommen, damit wir eben dann langfristig oder in kürzeren Abständen, wie auch immer, du hast die Zeitspanne angedeutet, tatsächlich sozusagen die Einsparungspotenziale auch heben können. Dazu müssten wir halt noch eine kräftige Summe in den Budgets, in nachfolgenden Budgets durchaus in Kauf nehmen, wenn ich das so sagen darf, oder in die Hand nehmen. Also bitte noch einmal klar darstellen, auch in den Diskussionen, wir werden das dann vielleicht auch im Umweltausschuss, oder vielleicht insbesondere auch im Finanzausschuss, zu diskutieren haben: Wie lösen wir diese Einsparungspotenziale aus? Wie viel Geld müssen wir in den Budgets, natürlich abgestimmt auf die Wirksamkeit, keine Frage, du hast es richtig gesagt, in die Hand nehmen, damit wir tatsächlich in die Gänge kommen? Aber die Photovoltaikanlagen, die müssen wir jetzt machen, ich denke da an Schulgebäude, die

wir gerade sanieren oder erweitern, da können wir gleich morgen, wenn ich das so sagen darf ein bisschen salopp, ist mir schon klar, da können wir gleich installieren, du hast es richtig gesagt, installieren müssen wir jetzt. Und da denke ich, da ist insbesondere das öffentliche Gebäude klarerweise ein wichtiges Objekt, das einzeln oder in Summe der öffentlichen Gebäude, Schulgebäude, Kindergarten, wo auch immer, auch Anlagen der Wasserwirtschaft, ich glaube, das ist irgendwo als Beispiel genannt, da können wir sofort etwas machen. Also gehen wir es an sozusagen gleich mit der Installation, Kollege Dr. Prutsch als Leiter des Umweltamtes hat es ja uns auch in den Ausschüssen entsprechend nahegelegt, und sorgen wir vor in den Finanzen, in den Budgets der folgenden Jahre, dass wir auch das Geld gleich einmal in die Hand nehmen können, damit wir diese Einsparungen dann auch heben können. Danke  
(Appl.).

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Danke für die bisherigen Wortmeldungen. Ich halte es jetzt ganz kurz, weil wir haben das ja in zwei Ausschüssen diskutiert und deswegen möchte ich eigentlich nur festhalten, dass wir hier wirklich als erste Stadt in Österreich einen dermaßen detaillierten Maßnahmenkatalog vorlegen, der sehr ambitioniert ist, aber gerade, so wie wir es auch beschlossen haben, wie mit dem Klimaschutzplan I, dass wir beim zweiten Plan mit einem ziemlichen Kraftakt, und da möchte ich mich bedanken beim Werner Prutsch, bei der Stadtbaudirektion, Bertram Werle ist jetzt nicht da, und natürlich bei der Magistratsdirektion, weil wir ja mit dem Haus Graz hier jetzt ziemliche Maßstäbe setzen und die Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen, sehr, sehr ambitionierte sind, aber wir wollen eben 2030 klimaneutral sein als Haus Graz. Stadt Graz ist dann das gesamte Stadtgebiet, das ist noch ein größerer Kraftakt bis 2040, aber viele Maßnahmen sind jetzt zwischen diesem A und B, wie wir schon immer reden, also das, was wir auch mitbegleiten können an Mobilitätskonzepten, an der Wirtschaftsstrategie, die wir heute beschlossen haben, also die weitreichender sind und über den eigenen Wirkungsbereich hinausgehen. Also da haben wir viel auf den

Weg gebracht, wirklich großen Dank an alle, die da mitgewirkt haben. Ich möchte nur noch eines dazusagen zu dem Zusatzantrag, wir haben uns da auch noch einmal schlaugemacht in Bezug auf die Notwendigkeit, aber im Grunde ist der Fortschrittsbericht, wie er jetzt da ist, sowas wie ein Rahmenplan und jede Maßnahme, die dann wirklich in den Gemeinderat gebracht wird, wird in den Ausschüssen diskutiert, wird natürlich auf ihre finanzielle Folgewirkung geprüft und da wird der gesamte Gemeinderat immer eingebunden sein. Das heißt, die erwünschte Transparenz wird da gegeben sein, wenn es darum geht, die Maßnahmen zu diskutieren und zu beschließen. Daher erscheint es jetzt als nicht zielführend, aber in der Folge wird das natürlich passieren. Danke (*Appl.*).

**GR Huber:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung. Bei der Durchsicht des Klimaschutzplanes, speziell beim Kommunikationskonzept, ist uns Folgendes nur aufgefallen, dass eigentlich beim Klimaschutzplan auf Seite 7 wird die Verantwortung des Hauses Graz herausgestrichen, die Kommunikation richtig durchzuführen. Auf Seite 39 streichen Sie die besonders relevanten Fachabteilungen heraus, wo unter anderem die Abteilung für Kommunikation genannt wird. Und wenn man sich das Kommunikationskonzept auf Seite 4 dann durchliest, heißt es auf einmal, dass externe Organisationen beigezogen werden, was wir nicht ganz verstehen, weil ich glaube, die Kommunikationsabteilung des Hauses Graz arbeitet hervorragend und der kann man durchaus zutrauen, diese Kommunikation gut umzusetzen. Und ich glaube, dass wäre einfach eine Kostenersparnis, die wir uns da durchaus überlegen können. Gleiches gilt für das kleine Konsortium, das Sie erwähnen, da wäre es auch nett, wenn Sie kurz ausführen könnten, wer da drinnen sitzt. Und die Kollegin Braunersreuther, wenn Sie da die Transparenz herausgestrichen haben und dass in der letzten Periode das nicht ganz so war, also ich glaube, diese Unterstellung weise ich aufs Schärfste zurück. Wir haben hier sehr, sehr transparent gearbeitet und das ist wirklich sehr entbehrlich (*Appl.*).

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

Ich bedanke mich erst einmal für die große Zustimmung und möchte zu einigen angesprochenen Punkten etwas sagen. Zunächst kann ich das mit den externen Organisationen aufklären. Das bedeutet nicht, dass wir Aufträge an Werbeagenturen vergeben wollen, sondern so, wie ich das vorhin gesagt habe, es geht darum, dass man diese Motivation anregt zum Beispiel über Leute aus Stadtteilzentren, über interessierte Bürger:innen, die im Bezirk sehr aktiv sind, über die Bezirksräte und so weiter, also dass man das nicht nur aus dem Haus Graz heraus macht und nicht nur über so diese üblichen Top-down-Werbestrategien, sondern dass man eben auch dieses Bottom-up und diese Motivation für den Klimaschutz in die Bevölkerung steckt. Das ist damit gemeint mit den externen Organisationen. Zu dem Zusatzantrag, Herr Brandstätter, wir haben den schon sehr gut gelesen und wir fanden ihn auch tatsächlich sehr interessant. Am Anfang haben wir gesagt, das klingt eigentlich danach, dass man dem zustimmen könnte. Wir haben aber dann Rücksprache gehalten mit dem Herrn Prutsch, dem Leiter des Umweltamtes, der uns gesagt hat: Ja, im Prinzip, ja, also zu Punkt 1 jetzt, zur Transparenz, es kann nicht veröffentlicht werden, aus Datenschutzgründen, wie ich gesagt habe, und das wollte ich auch während der Präsentation des Stückes nicht so deutlich erwähnen, sondern mache das jetzt hier. Er kann aber sehr, sehr gerne und er lädt auch alle Stadt- und Gemeinderät:innen, und ich sage das hier vor nicht komplett versammelten Leuten, aber ich hoffe, Sie geben es auch in Ihren Klubs weiter, er lädt alle sehr, sehr herzlich ein, Einsicht zu nehmen. Es ist aber leider auch technisch ganz schwer möglich, wir haben im Ausschuss schon erfahren, es ist ein Riesen-Excel-Sheet, das dem Ganzen zugrunde liegt. Das kann man weder ausdrucken, auch zum Schicken ist es schwer, aber es können wirklich alle gerne Einsicht nehmen und sind auch herzlich eingeladen, das zu tun. Natürlich unter Vorausgabe, dass Sie es dann nicht in einer größeren Öffentlichkeit verbreiten, aber intern ist diese Einsicht möglich. Dem Punkt 2 könnten wir durchaus auch zustimmen, müssen allerdings nicht mehr, denn diese Umsetzung von Photovoltaikprojekten, die ist bereits im Laufen. Das Einzige, was er gesagt hat, dass eventuell nicht bis Juni das Endergebnis bekanntgegeben werden kann, weil das eigentlich für Juli geplant ist. Also

da müssen Sie sich einfach einen Monat mehr gedulden, aber im Prinzip ist es schon am Weg. Deswegen halten wir es nicht für nötig, den Abteilungen hier unnötigen zusätzlichen Druck zu machen, diesen Monat schneller zu arbeiten. Zur Innovation kann ich sagen: Ja, Innovation halten wir alle, glaube ich, für wichtig und ist auch nötig und wird das auch ganz viel geben gerade in den Klima- und Ökologiebereichen. Aber man muss die Zuständigkeiten abwägen, ich denke, Graz ist da sehr gut aufgestellt, Graz hat Joanneum Research, Graz hat die Uni, hat die Fachhochschule, Graz hat unzählige Startups, die Innovationen aus dem Green-Tech-Bereich liefern und wir können da sehr gut darauf bauen, und nicht natürlich nur auf Grazer Erfindungen, weil so eingeschränkt sind wir nicht, sondern wir können uns, glaube ich, weltweit da bedienen an dem, was gut läuft und das werden wir sicher auch tun. Jetzt möchte ich nur noch auf eine Kleinigkeit hinweisen, weil sich manche vielleicht wundern, weshalb die beiden großen Klimaspezialistinnen hier denn nicht im Saal sitzen. Das hat nichts damit zu tun, dass sie nicht interessiert sind, sondern Daniela Schlüsselberger und Miriam Herlicska haben sich beide, weil sie an Projekten im PV-Bereich beteiligt sind beruflich, für befangen erklärt und werden deswegen nicht an der Abstimmung teilnehmen und mussten auch für die Präsentation des Stücks den Saal verlassen. Gut, ich hoffe auf breite Zustimmung (*Appl.*).

*GR<sup>in</sup> Herlicska und GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA erklären sich für befangen.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke vielmals, vor allem für die Vorwegnahme wegen der Befangenheit von der Frau Gemeinderätin Herlicska und Schlüsselberger, das hätte ich selbstverständlich auch noch erwähnt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.**

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 18 und 19, das ist einerseits Stadtentwicklungskonzept und Bausperre-Verordnung. Berichterstatter ist Herr Klubobmann Dreisiebner. Bevor ich ihn ans Rednerpult bitten darf, würde ich aber den Herrn DI Inninger bitten, kurz ans Rednerpult zu kommen. Warum? Weil er gebeten worden ist, auch den Prozess und die Darstellung des Prozesses seit letztem Jahr, Dezember 2022 bis dato, zum Stadtentwicklungskonzept kurz auch von der Seite des Amtes kurz zu skizzieren. Bitte, Herr DI Inninger und danke für die Geduld und für das lange Bleiben (*Appl.*).

Stadtplanungsamtsleiter DI Bernhard **Inninger:**

Werte Stadtregierung, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates. Wenn ein Mitarbeiter der Verwaltung im Rahmen einer Gemeinderatssitzung das Wort ergreift, ist das oft kein gutes Zeichen. Ich verspreche, ich werde mich kurzhalten. Ich bin ersucht worden um einen kurzen Bericht aus Sicht des Amtes, den Entstehungsprozess dieser drei Stücke betreffend, und genau das möchte ich kurz darlegen. Die Ausgangslage war doch so, unser Stadtentwicklungskonzept, stammend aus 2013, war ungefähr neun oder zehn Jahre in Kraft, es hatte zwei Drittel seiner Lebensdauer, der prognostizierten oder angestrebten, schon hinter sich, der Flächenwidmungsplan erst fünf, das Räumliche Leitbild erst vier Jahre. Nun gibt es mit schöner Regelmäßigkeit, ungefähr ein bis zwei Mal pro Jahr, Änderungsverfahren am Flächenwidmungsplan, am Stadtentwicklungskonzept, annähernd gleich oft, eigentlich immer. Diese regelmäßige Folge wurde unterbrochen durch den Wahlkampf, die Gemeinderatswahl, die neue Zusammensetzung, auch das ist ein übliches Prozedere. Jetzt ist eigentlich der erste Anlass, wo wir mit derartigen Materien wieder in den Ausschüssen und im

Gemeinderat vorstellig sind. Wie Sie wissen, erfordern diese Materien Zweidrittelmehrheiten, und je nachdem, wie groß das Änderungspaket vorgesehen ist, wie umfangreich und grundlegend die Änderungen sind, gestaltet sich die Erarbeitung. Im Konkreten, wenn wir die Ausgangslage uns ansehen, so gab es ja schon im Vorfeld einen intensiven Diskurs unter Einbeziehung aller Fraktionen, und vor allem darauf möchte ich ein bisschen den Schwerpunkt legen in meinen Ausführungen. Ich bediene das Stickwort Grünflächenfaktor. Es gab auf Initiative von Gemeinderat Topf, ich glaube, eine einstimmige Petition an das Land, uns die Rechtsgrundlage dafür zu geben, das ist im letzten Jahr geschehen. Es gab auch bereits vor der Gemeinderatswahl einen Unterausschuss, der eingerichtet wurde zum Thema Stadtentwicklung, der auch jetzt in dieser Gemeinderatsperiode wieder tätig ist. In dem haben wir beispielsweise vor mehr als einem Jahr berichtet über die Evaluierung, wie es uns denn in den ersten drei Jahren der Anwendung des Räumlichen Leitbildes so ergangen ist, wie es auch der Baubehörde in der Anwendung ergangen ist und welche Änderungsschritte oder Empfehlungen sich daraus ableiten lassen. Nicht zuletzt ist auch im Regierungsprogramm, ich darf jetzt das Zitat kurz vorlesen, der jetzigen Regierung drinnen gestanden: „Überarbeitung und Reform der Raumplanungsinstrumente“, und so war es nicht überraschend, dass wir eigentlich ab Jahresmitte 2022 sehr intensiv uns damit beschäftigt haben. Und wenn ich sage wir, jetzt einmal nur auf der Verwaltungsseite den Schwerpunkt lege, dann spreche ich nicht nur von meiner eigenen Abteilung, das ist mir ganz wichtig, sondern insbesondere immer bei jedem Schritt in der örtlichen Raumplanung von der Bau- und Anlagenbehörde und dann ganz stark natürlich von den Schwesterabteilungen im Rahmen der Baudirektion und auch von der Stadtbaudirektion selbst. Wir haben auch Aufträge vergeben, ich bin in der glücklichen Lage, ein, wenn auch ein kleines, Sie kennen uns, aber kompetentes Team in der Raumplanung zu haben und wir können auch in diesem Bereich die technischen Aspekte gut abdecken. Aber es gibt Dinge, die man besser nicht im Haus macht, nämlich die einen prüfenden Charakter haben. Im konkreten Fall gibt es ja auch Umwelterheblichkeitsprüfungen, die wir immer extern vergeben. Auch diese Aufträge wurden ungefähr Mitte des letzten Jahres vergeben.

Spätestens seit Jänner dieses Jahres hat dann eine sehr intensive Phase im Rahmen der Stadtbaudirektion begonnen, Bertram Werle ist inzwischen eh wieder im Saal, er wird sich erinnern, im Jänner haben wir quasi jede unserer Arbeitswochen am Montag in der Früh begonnen mit einer großen Sitzung, wo er selbst dabei war, aber auch die Amtsleiterkollegen im Haus, und wir versucht haben, insbesondere die textlichen Bestimmungen im Räumlichen Leitbild und im Stadtentwicklungskonzept interdisziplinär so weit zu entwickeln, dass man sie guten Gewissens der Politik vorstellen kann. Es hat im Jänner 2023 aber auch über die üblichen Verdächtigen hinaus eine Einbindung beispielsweise des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes stattgefunden und selbstverständlich Arbeitstermine mit der Aufsichtsbehörde, denn am Ende des Tages, wenn ich einen Wunsch äußern darf, möglichst breites Votum unseres Gemeinderates, muss ja die Aufsichtsbehörde Land Steiermark uns diese Verordnungsänderungen genehmigen. Kurz einen Blick auf den politischen Diskurs, einige Meilensteine: Am 19. Oktober in der neunten Sitzung des richtigen, des regulären Planungsausschusses durften wir einen Informationsbericht über die bevorstehenden Änderungspakete in allen drei Instrumenten legen, zugegeben, nicht im Detail, sondern das Gerüst, die Themen wurden vorgestellt. Ich habe mir heute die Präsentation auch einmal kurz durchgesehen, es ist seitdem nichts dazugekommen und nichts weggekommen, aber es waren natürlich noch keine Details vorliegend im letzten Oktober. Es gab am 19.12., irgendwie liegt es an diesem Paket, kurz vor Weihnachten, wir waren dann auch kurz vor Ostern wieder zusammen, die vierte Sitzung des genannten Unterausschusses, wo wir einen Bericht legen durften über das Stadtentwicklungskonzept und das neuerliche Leitbild und in der nächsten Sitzung am 9. Februar, also in der fünften Sitzung, über die angestrebten Flächenwidmungsplanänderungspunkte, die schon im Detail dort vorgestellt werden konnten. Nicht zuletzt im Bereich um die Karwoche, oder kurz davor und danach, gab es eine Reihe von Sitzungen, zuerst einmal im ÖVP-Club am 15.3., dann am 17.3. in den Räumlichkeiten des KFG-Klubs, an dem allerdings die gesamten Oppositionsfraktionen eingeladen waren, wo wir schon konkret und detailliert eigentlich in der Formulierung, in der sie jetzt im Stück enthalten ist, das Stadtentwicklungskonzept vorstellen durften.

Weil der Diskurs so gut und intensiv war, braucht es dann einen Sondertermin für das Räumliche Leitbild, der fand am 23.3. statt. Am 31.3. hat dann ein Sonderarbeitsausschuss stattgefunden, der einzig und allein diesem Schwerpunktthema STEK und RLB gewidmet war, zusätzlich noch dem Grünflächenfaktor, für den es allerdings dann, unter tatkräftige Mitwirkung der Abteilung für Grünraum und der Baubehörde, am 12.4. einen abschließenden Sondertermin noch gegeben hat. Ich möchte das Stück kurz ein bisschen einordnen von der Größenordnung her, weil wir es doch selten oder schon länger nicht mehr hatten. Es ist sicher mehr als eines der üblichen Änderungskomitees, die unterjährig jedes Jahr stattfinden, weil auch am Verordnungstext gearbeitet wird. Vielleicht kann man es sehr gut vergleichen mit dem zweiten Änderungsverfahren zum 4.0 STEK, das haben wir parallel zur Flächenwidmungsplanrevision gemacht und es war durchaus so, dass es auch im Vorfeld, was normalerweise nicht stattfindet, eine Information sämtlicher Fraktionen gab und es ist übrigens auch so, dass es dabei eine Bausperre gab, ähnlich, wie es auch hier wieder vorgesehen ist. Was ist der Inhalt der Stücke, um die es jetzt geht? Es geht nicht um eine Änderung der siedlungspolitischen Strategie. Was wir in der Raumplanung machen, ist ein sehr, sehr großer Erfolg und wird nicht geändert. Wir bleiben dabei, den Baulandverbrauch nicht zu intensivieren, sondern den bestehenden Siedlungsraum besser zu nutzen. Aber das STEK hat noch zwei andere Ebenen, es enthält Bauvorschriften, die in jedem Bauverfahren anzuwenden sind und hier gibt es sehr wohl Änderungen, und darüber hinaus, über sozusagen das Kerngeschäft der Bau- und Raumordnung, enthält es ja programmatische Zielsetzungen, Zieldefinitionen und auch hier gibt es Änderungen. Ich sage ein Beispiel: Das STEK ist ein super Klimaschutzinstrument in seiner Kernaussage in der Raumplanung, aber die Thematik ist expressis verbis kaum vorgekommen. Warum? Weil es geschrieben worden ist 2010 und 2011, 2013 ist es rechtskräftig geworden. Und es ist einfach erforderlich, in der heutigen Zeit klare Aussagen zu treffen auch zu Themen, die heute einfach unausweichlich behandelt werden müssen. Ich habe in der gestrigen Ausschusssitzung den Eindruck mitgenommen, dass für die genannten Stücke möglicherweise nicht mit der erforderlichen breiten Mehrheit, und ich wünsche

mir eigentlich immer eine Einstimmigkeit, zu rechnen ist und darf deswegen ganz frech auch Vorschläge machen, wie wir allenfalls, und ich meine gemeinsam, weiterarbeiten könnten und habe deswegen auch meinen Kalender schon gezückt und ein paar Termine mir überlegt. Wir haben ja eigentlich geplant einen Bürgerinformationstermin, nicht, weil der rechtlich erforderlich wäre, sondern weil wir ihn machen wollten, weil es doch grundlegendere Änderungen sind. Dieser Bürgerinformationstermin wäre der 16. Mai ab 18.00 Uhr. Wir stehen sehr gerne zur Verfügung, das als Arbeitstermin zu nutzen und wir würden auch gerne eine Woche vorher, am 10. Mai, schon einen Termin anbieten ab 16.00 Uhr, wenn das für jemanden passt. Ich weiß, das ist jetzt ein nicht abgestimmter, spontaner Vorschlag, aber ich versuche, einfach den Zug, der momentan auf diesem Prozess drauf ist, nicht zu verlieren, sondern im Diskurs zu bleiben, weil gestern der Wunsch geäußert wurde nach mehr Diskurs. Danke, dass ich Ihre Zeit beanspruchen durfte. Vielen Dank (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Vielen herzlichen Dank, Herr Diplom-Ingenieur für die gute Zusammenfassung noch einmal und dass Sie gekommen sind, auch vor allem Sie so lange gewartet haben. Ich darf nun Herrn Klubobmann Dreisiebner bitten, die beiden Stücke 18 und 19 vielleicht in einem gleich zu berichten.

**Berichterstatter: KO GR Dreisiebner**

- |   |   |
|---|---|
| <b>9.30 Stk. 18) A14-038876/2021/0009</b> | <b>4.07 STADTENTWICKLUNGSKONZEPT<br/>DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ<br/>– 7.Änderung,<br/>Auflage des Entwurfs<br/>gemäß § 24 Abs. 1 StROG</b> |
| <b>erhöhte Mehrheit</b>                   |   |
| <b>9.31 Stk. 19) A14-080762/2023/0001</b> | <b>Bausperre-Verordnung zum<br/>Auflageentwurf des<br/>4.07 Stadtentwicklungskonzeptes der<br/>Landeshauptstadt Graz</b>                  |
| <b>erhöhte Mehrheit</b>                   |   |

**KO GR Dreisiebner:**

Eingangs, Frau Bürgermeisterin, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung und des hohen Gemeinderates, darf ich mich dem Dank an DI Bernhard Inninger, die von ihm genannten Schwesterabteilungen, insbesondere aber Referat für Stadtentwicklung und Flächenwidmungsplanung, namentlich nenne ich hier die sehr bemühte und immer auch für Informationen und Diskussionen bereit gestandene und weiter stehende DI<sup>in</sup> Eva-Maria Benedikt, anschließen (*Appl.*).

Ich richte mich hier im Gemeinderatssitzungssaal natürlich an euch real, ich richte mich an jene, die hier persönlich anwesend sind auf der Zuseher:innengalerie, ich richte mich an jene, die virtuell zusehen, ich richte mich an alle Grazerinnen und Grazer, die auf eine Auflage eines sachlich, wie es der DI Bernhard Inninger, glaube ich, sehr gut ausgeführt hat, eines sachlich notwendigen Änderungsprozesses, der für das Stadtentwicklungskonzept und für das Räumliche Leitbild notwendig ist und vorgearbeitet worden ist, nämlich schon über die letzte Gemeinderatswahl hinweg vorgearbeitet worden ist, Stichwort Grün- und Freiflächenfaktor. Danke noch einmal, Gemeinderat Kollege Topf. Ich richte mich an Menschen, die in dieser Stadt leben, die Interesse haben, ob in der Nachbarschaft, egal ob das ein Wohngebiet, ein Zentrumsgebiet, ein Grüngürtelgebiet ist, interessiert sind: Wie wird da weitergebaut? Wie kann man das mit dem Klimaschutz, mit Unwettergefahren, die ja steigen aufgrund von Starkregenereignissen, von vielen anderen Dingen, wie kann man die

Luftzirkulation, den Zustrom von Frischluft und Kaltluft weiterhin garantieren? Wie kann man die Versiegelung, die auf Straßen, auf Wohngebieten, auf Industriegebieten stattfindet, so ordnen, dass Klimawandelanpassung in dieser Stadt gelingt, möglichst gut gelingt, trotzdem gut weitergebaut und weiterentwickelt werden kann? Denn manche haben auch Grundbesitz, manche haben eine Baufirma, eine kleinere, eine größere, manche sind Investorinnen und Investoren oder auch Mitglieder der Wirtschaftskammer, und die Einbindung, die Beteiligung aller dieser und vieler anderer, die ich vielleicht jetzt vergessen haben, ob sie jung, jünger, ob sie älter sind, Besitzende, Anrainende oder sonst wie Interessierte, das würden wir ermöglichen mit der Auflage dieses Stadtentwicklungskonzeptes. Der Auflageprozess ist, wie DI Inninger auch formuliert hat, ist etwas, was in aller Regelmäßigkeit, auch beim Flächenwidmungsplan, in aller Regelmäßigkeit alle paar Jahre aufgrund von verschiedenen Rahmenbedingungen oder geänderten Rahmenbedingungen, Planungserfordernissen und so weiter und so fort immer wieder passiert. Und ich bin jetzt im September, ich habe noch einmal nachgedacht, zwölf Jahre Gemeinderatsmitglied, ursprünglich auch Vorsitzender des Stadtplanungsausschusses, der das immer vorberaten hat, und hier im Gemeinderat, und ich habe noch nie erlebt, dass Auflagen die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erhalten. Auflage heißt, Bürger:innen beteiligen, das Gesetz schreibt vor, dass es acht Wochen aufzulegen ist, für jedermann, für jederfrau, für jede juristische und natürliche Person einsehbar zu Amtsstunden, dass es entsprechende Kontakte natürlich auch zur Politik, die Informationsveranstaltung und so weiter und so fort geben muss, geben soll, muss und soll, das eine muss, das andere soll. Das wird es geben, die Auflage wäre mit der Kundmachung am 10. Mai im Amtsblatt gültig, ab dem 11. Mai für neun Wochen, und würde noch vor dem Sommer, vor den Sommerferien oder mit Beginn der Sommerferien enden. Das heißt, auch die Abwicklung dieses Prozesses weiterhin, Bewertung von Einwendungen, von Anmerkungen, etwa von Wirtschaftskammerern, liebe Grüße an den Herrn Vorsitzenden des Regionalvorstandes der Wirtschaftskammer Graz, der sehr erschüttert ist, dass er bis heute noch nichts weiß davon; das würde weiterhin so bleiben, würde heute keine Zweidrittelmehrheit

aufliegen, egal welcher Zugang. Das ist wie bei Bebauungsplanverfahren, es würde möglich sein, einfach seinen sachlichen, fachlichen Einwand, den ich verspüre, weil ich Angst um die Bäume auf dem Nachbargrundstück habe oder weil ich die Befürchtung habe, ich kann nichts mehr bauen oder mein Kind kann nichts mehr bauen, wenn es einmal erwachsen ist. Alles das würde es betreffen und noch viel mehr. Und natürlich die große Frage: Wird diese Stadt auch für unsere Kinder noch lebenswert sein, wird sie zu heiß werden, wird das, was wir bauen, wie wir mobil sind, wie wir Grün- und Freiräume planen und vieles andere mehr, wird das noch halbwegs abgesichert sein, dass Graz eine lebenswerte, eine nicht zu heiße Stadt ist, eine nicht zu verbaute Stadt? Alles das ist hier drin. Und danke nochmals an den Georg Topf, der Grün- und Freiflächenfaktor wird uns helfen, hier auch die Durchgrünung, den Bestand und Erhalt von Altbäumen, das Pflanzen von Neubäumen, Vertikalbegrünungen bis hin zu Dachbegrünungen, Tiefgaragenüberschüttungen, und so weiter und so fort, auch sicherzustellen. Wir werden, weil ich das auch gelesen habe, mit einem angepassten Stadtentwicklungskonzept und RLB, das ja jetzt nur aufgelegt wird, und wie es dann mit der Beschlussfassung aussieht, wird ja auf Basis der Einwendungen noch zu schauen sein, da werden wir auf kluge Dinge kommen, wird es auch möglich machen, gewisse Kostenfolgen, volkswirtschaftliche und privatwirtschaftliche Kostenfolgen, hintanzuhalten. Denn wenn wir jetzt diese Klimafolgen möglichst verhindern, wenn wir Bäume erhalten, wenn wir versickerungsfähigen Boden erhalten, dann werden wir Folgekosten, Überschwemmungen, Tiefgaragen samt der Autos, die drinnen sind, egal wie sie angetrieben sind, und vieles, vieles andere mehr vielleicht ein bisschen weniger haben, als es uns prognostiziert wird und als es bisher auch schon leider zu sehen war. Ich reise hier quasi durch das alles durch. Ich möchte noch einmal mich bei allen bedanken, die hier im Gemeinderat sich aktiv eingebracht haben. Zuvorderst natürlich an die Ausschussmitglieder, die zumeist immer anwesend waren, Peter Piffli-Percevic, Georg Topf, Kollege Brandstätter, die Kolleginnen und Kollegen der KPÖ, der SPÖ, der Grünen, Kollegin Reininghaus. Ihr habt euch das angetan, ihr wart in mehreren Sitzungen, ihr habt viele wichtige Fragen gestellt, und ich glaube, diese wichtigen Fragen wurden beantwortet und jetzt geht es in die Bürgerinnenbeteiligung und in die

Bürgerbeteiligung, in diese Auflage, das wäre das, was die Menschen, die Firmen, die Institutionen von uns erwarten. Dass es da noch andere gibt, die diese Termine nicht wahrgenommen oder kaum wahrgenommen haben, sei am Rande erwähnt. In der Presse haben sie uns gesagt, sie sind nicht informiert worden. Gut, soll so sein, Kollege Pascuttini, wirst du schon wissen. Aber vielleicht machen wir es in Zukunft ein Stück weit anders. Vielleicht seid ihr im Auflageverfahren und danach bei den Beratungen mit dabei. Ich komme jetzt zur Vorstellung dessen, was ich aufgerufen bin, zu tun. Wir werden entlang und wollen entlang des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes auf Basis dessen, dass es wesentliche Änderungen der Planungsvoraussetzungen, erinnern Sie sich bitte, erinnert euch bitte alle, was DI Inninger hier ausgeführt hat, und oder zur Abwehr schwerwiegender volkswirtschaftlicher Nachteile erforderlich ist. Die Auflage der Änderung des Stadtentwicklungskonzepts 4.0 in seiner siebten Fassung sowie das STEK als Verordnung zum Stadtentwicklungskonzept zur Auflage bringen, Auflagezeit: 11. Mai bis 13. Juli, würden wir das jetzt einen Monat oder zwei Monate weiter verschoben, dann hätten wir alle die Freude, dass wir die Auflage mitten in den Ferien haben. Mir tun da auch die Mitarbeiter:innen ein Stück weit leid und natürlich auch vor allem die, die das dann in der Zeit lesen und einwenden möchten, und da gibt es ja auch, wie ich ausgeführt habe, unterschiedliche Gründe einzuwenden. Das Verfahren ist dem Stück zu entnehmen, wie das vor sich geht. Ich kann noch zur Berichterstattung Folgendes sagen, dass es wesentliche inhaltliche Ergänzungen gibt, nämlich den Änderungspunkt 1 zusätzlich, das ist die Siemens – Eggenberger Straße, Asperngasse, Laudongasse, hier geht es darum, eine Remisenentwicklung möglich zu machen.

*StR Dr. Riegler niest.*

**KO GR Dreisiebner:**

Des Weiteren, ich weiß nicht, warum der Herr Riegler so viel lacht, soll sich lieber seine Sparbücher anschauen.

*Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates: Weil er genießt hat.*

**KO GR Dreisiebner:**

... des Weiteren zur Sicherung der öffentlichen Freiflächen, der Dienstbarkeiten und so weiter, Entwicklung TU Inffeldgründe auch zur Auflage zu bringen. Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung hat gestern in seiner Sitzung nach Diskussionen, Fragestellungen und Antworten der Ausschussmitglieder, manche waren nicht anwesend, auch nicht entschuldigt, ich habe das schon kurz angerissen, diesen Beschluss gefasst mehrheitlich, einfache Mehrheit, heute brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit. Das zweite Thema ist die damit einhergehende Bausperre, keine Sorge, ich mache es kürzer. Die Bausperre begleitet so ein Verfahren für die Dauer dieses Verfahrens, in der Regel aber maximal zwei Jahre, eine weitere Verlängerung um ein Jahr ist möglich. Die Bausperre bedeutet, dass das, was nicht in Konsistenz und in Übereinstimmung mit dem aufgelegten STEK, RLB etc. ist, so nicht bewilligungsfähig ist, wenn ein Bauerwerber kommt. Sehr wohl alles Bewilligungsfähige, Stichwort Grün- und Freiflächenfaktor, wird eingehalten und solche Dinge, sehr wohl bewilligungsfähig sind, alles, was der vorgeschlagenen STEK-Variante in Auflage entspricht. Auch das wurde gestern vorberaten und mit einfacher Mehrheit beschlossen. Ich ersuche um breitestmögliche, um möglichst einstimmige Zustimmung zu den beiden von mir jetzt berichteten Stücken. Ich bedanke mich im Namen aller Grazer:innen, mit oder ohne Firma, Grundstücksbesitz oder sonst was. Danke (*Appl.*).

**Ad. Stk. 18**

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. die Auflage des 4.07 Stadtentwicklungskonzept – 7. Änderung – Entwurf in der Verordnung, den plangraphischen Darstellungen und dem Erläuterungsbericht,*
- 2. den Entwurf zum 4.07 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz – 7. Änderung im Amtsblatt vom 10. Mai 2023 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 11. Mai 2023 bis 13. Juli 2023 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.*

**Ad. Stk. 19**

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- Zur Sicherung der Zielsetzungen des 4.07 Stadtentwicklungskonzeptes der Landeshauptstadt Graz – Auflageentwurf und einer geordneten Entwicklung des Baugeschehenes wird parallel zur Auflage desselben eine Bausperre-Verordnung erlassen.*
- die Kundmachung der ggst. Bausperre-Verordnung (GZ: A14-080762/2023/0001) im Amtsblatt vom 10. Mai 2023*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Hoher Stadtsenat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, auch noch Gäste am Balkon, hallo, vor allem die Zuschauer auch zu Hause, denn die wird das auch interessieren.

Worüber stimmen wir jetzt ab? Wir stimmen jetzt über einen Tagesordnungspunkt ab, der sich STEK nennt, also Stadtentwicklungskonzept oder STEK. Das STEK ist eines von

mehreren Instrumenten der Stadtplanung. Das erste Instrument ist das Stadtentwicklungskonzept, und darum geht es jetzt, das legt für die nächsten 15 Jahre fest, wie zum Beispiel welche Bereiche des Stadtgebietes für bauliche Entwicklungen genutzt werden und wie sie genutzt werden können vor allem. Das zweite Instrument, das Räumliche Leitbild, enthält vor allem Bauvorschriften und definiert gemeinsam mit dem Flächenwidmungsplan den angestrebten Gebietscharakter. Das dritte Instrument, der Flächenwidmungsplan, wiederum legt für jedes einzelne Grundstück detailliert fest, wie und in welchem Ausmaß eine Bebauung zulässig ist. Und dann hätten wir auch noch als viertes Instrument die Bebauungspläne für bestimmte Teile der Stadt Graz, hier müssen Verordnungen eingeholt werden, damit hier eine Genehmigung überhaupt möglich ist. Das STEK, über das wir jetzt abstimmen, also dieses erste Instrument, ist nichts anderes als die Beschreibung eines erwünschten Idealzustandes. Und Kollege Karl Dreisiebner hat ja schon beschrieben, wie komplex und umfangreich das ist und in welche Richtungen hier gedacht werden muss. Ich habe an vier Vorgesprächen, unter anderem mit Personen, also mit dem DI Bernd Inninger, dem Leiter des Stadtplanungsamtes, und Eva-Maria Benedikt teilgenommen und ich hatte die Möglichkeit, mich ausreichend zu informieren über das STEK, über das Räumliche Leitbild, über den Grünflächenfaktor. Ich konnte Fragen stellen und sogar meine Ideen einbringen. Ich möchte daher bei diesem Stück auch unbedingt zwei Punkte voneinander trennen. Erstens das Stück von seinem inhaltlichen Gehalt und zweitens die politische Abstimmung dazu. Hier hat sich ja die eine oder andere Partei im Raum nicht entsprechend eingebunden gefühlt und wird daher dem Stück wahrscheinlich nicht zustimmen. Vielleicht gibt es auch noch eine Meinungsänderung dazu. Ich bin der Meinung, dass dieses Stück sehr, sehr gut aufbereitet wurde, sehr genau aufbereitet wurde und sehr professionell ist. Jetzt und hier geht es aber um den Inhalt. Es geht jetzt nicht um Politik, es geht um Graz und es geht um die künftige Lebensqualität in unserer Stadt und deshalb muss ich diesem Stück zustimmen und hoffe auf breite Zustimmung (*Appl.*).

**GR Dr. Piffl-Percevic:**

Einen Wettstreit entscheiden wir danach. Frau Bürgermeisterin, Frau zuständige Stadtsenatsreferentin, Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr geehrten Mitglieder der Stadtregierung, Kolleg:innen im Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo immer sie sich aufhalten mögen, hier im Hause oder im Netz, wo auch immer. Wir haben, Kollege Dreisiebner vorher DI Inninger hat uns mitten hineingeführt und auch die Kollegin Reininghaus hat gestern aktiv teilgenommen, auch jetzt sich zu Wort gemeldet. Unsere Position zu dem, was heute am Tisch liegt und zwar heute ist gut gesagt, was in dieser Form seit Montag am Tisch liegt, ist so ein Paket. Ich möchte all den Dank, den der Kollege Inninger, der ihm gebührt, der seinen Mitarbeitern gebührt, dem Herrn Baudirektor, den Dank, den du, Karl Dreisiebner, angesprochen und verstärkt hast, auch in deinem Sinne dasselbe tun. Ich habe, ich bin jetzt über 20 Jahre im Gemeinderat, noch selten eine so aufwendige, zielorientierte, gut strukturierte Informationstätigkeit gegenüber den Gemeinderäten erlebt, einen wirklichen Dank dafür. Wir als Gemeinderäte wurden informiert, wir konnten Fragen stellen und ein beachtlicher Teil der Fragen wurde mit großem Engagement gleich, oder später auch schriftlich, beantwortet. Aber es sind einige Fragen noch offen. Zum Beispiel von der letzten Besprechung, wo auch dankenswerterweise die Bau- und Anlagenbehörde teilgenommen hat, Kollegin Jurschitsch war da, auch an das Bauamt einen herzlichen Dank. Wir waren Zeugen über die Überlegungen, was für Implikationen die Bau- und Anlagenbehörde hat, das ist ja ein sehr ehrgeiziges Vorhaben. Ganz konkret, nur um ein Beispiel zu nennen und der Behauptung entgegentreten zu können, es wurde alles beantwortet. Die Frage, wer entscheidet, so wie bei Aufhebung von Verkehrsvorhalten bei Aufschließungsgebieten, haben wir uns heute auch hier, wer entscheidet das, entscheidet das der Baureferent, entscheidet das ein Gutachter der Bau- und Anlagenbehörde, entscheidet das ein Gutachter des Stadtplanungsamtes oder der Baudirektion? Diese Frage wurde gehört und wurde gesagt, das werden wir dann bei der Auflage beantworten. Wir brauchen schon die Antwort, der Herr Kollege Topf wird sicher auch noch ein anderes, ganz

konkretes Beispiel, ich rufe das sozusagen in den Zeugenstand, dass die Behauptung nicht aufgestellt werden kann, die immer wieder ...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr unverständlich.*

**GR Dr. Piffl-Percevic:**

... dass alles beantwortet wäre. Und wir haben die Frage nicht gestellt, quasi als Fangfrage, damit wir jetzt hier sagen können, es ist noch nicht abgeschlossen. Die Information der Gemeinderäte vorbildlich, die Information der Bezirksräte Nullmeldung (*Appl.*).

Es wäre im Interesse einer optimalen Implementierung und Umsetzung und auch Begleitungsmöglichkeit durch die Bezirksdemokratie während der Auflage, für den Bürger wäre das doch toll, wenn die bereits vorinformiert würden, unabhängig davon, ob es rechtlich notwendig wäre. Es ist doch ein Akt der Klugheit, die Bezirksdemokratie zu informieren. Und jetzt kommen schon dazu, Karl Dreisiebner, als Ersatz für diese Nicht-Information lässt man groß publizieren: „Mehr Gewicht für die Bezirksräte“ geradezu als Ersatzhandlung, um hier nicht den Wahrheitsbeweis anzutreten, dass es in der Tat jetzt schon nicht funktioniert, wird angekündigt, das wird super. Wir sollen die Politik an ihren Taten messen, hier Nullmeldung. Darüber hinaus, das möchte ich festhalten, schränke mich darauf ein, ist in den Geschäftsordnungen für den Bezirksrat ausdrücklich festgehalten, dass bei solchem, was irgendwie die Stadtplanung betrifft, die Bezirksebene zu informieren ist. Da gibt es leider ja einige Beispiele, ich führe sie gar nicht alle an, wir überlegen das ja stündlich sozusagen, die Leute bekommen in der Heinrichstraße eine Verständigung, dass übernächste Woche eine Informationsveranstaltung stattfindet, um dann dort zu hören, dass ist so und nicht anders und wird in wenigen Wochen umgesetzt. Die Leute haben sich derartig gefrotzelt gefühlt. Wir erweisen doch unserer Arbeit keinen guten Dienst, die Erde brennt sozusagen. Wir sind doch aufgerufen, alle mitzunehmen. Warum nehmen wir

nicht einmal unsere Bezirksräte mit? Nochmals, rechtlich ist das ein Mangel, ein schwerer Mangel, und auch politisch. Ich komme schon zum Schluss, ich habe in meiner 20-jährigen Tätigkeit eine Phase hier erleben dürfen, und ich mache da keine Mördergrube aus meinem Herzen, die mich nicht nur nachträglich damals schon beglückt hat, das war die Koalition mit den Grünen unter Lisa Rücker, und hier, wo du jetzt sitzt, war meine Kollegin Christina Jahn, eine junge Theologiestudentin, die haben uns die Leviten gelesen. Wir haben unsere Standpunkte, noch nie so viele Standpunkte verändert, aber nicht um nachzugeben und dafür Einigkeit, wir wurden überzeugt, alles das ist Geschichte. Jetzt wird mit einem Papier, mit dem Zeigefinger gezeigt: So ist das und ich weiß schon, was gut für euch ist. Und das wird immer unerträglicher. Wir wollen uns weiterhin einbringen bei der Entwicklung der Stadt. Es ist Handlungsbedarf gegeben. Letzter Satz, die Information der Gemeinderäte war hervorragend, Fragen sind noch offen über die politische Nicht-Verhandlung des Ganzen, wir hatten kein Mandat dazu. Es ist, glaube ich, mit keinem Parteiobmann oder Fraktionsobmann auf Augenhöhe gesprochen worden, was er davon hält. Diese zweite Phase ist völlig ausgeblieben. Überfallsartig wurden wir mit einer Nachtragstagesordnung, Entschuldigung, einen Nachtrag zu so einem Stück, dann 200 Seiten, bis heute brauchen wir, um überhaupt zu erfassen, was da drinnen steht, ob das übereinstimmt. Wir haben die Frage gestellt im Ausschuss, ich glaube, dass der Verordnungstext derselbe ist; ich habe da kein Misstrauen, aber politisch ist das jedenfalls nicht verhandelt worden. Wir wollen uns weiterhin konstruktiv einbringen, aber hier ist enormer Handlungsbedarf gegeben (*Appl.*).

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, liebe Zuhörer:innen und Zuschauer:innen, vielleicht auch zuhause. Wohnen, Wasser, Wohlfühlen. Das wäre eigentlich mein Redebeitrag oder der Titel meines Redebeitrags zum Stadtentwicklungskonzept gewesen, oder ist er eigentlich noch immer. Das wäre wichtig gewesen, das waren nämlich diese Aspekte, die uns so wichtig waren in den vielen Gesprächen, die wir auch eingebracht haben,

weil Stadt ist nicht einfach eine Ansammlung von Gebäuden mit Straßen dazwischen, Stadt ist Leben und Aufenthaltsraum für Menschen und muss als solches auch funktionieren. Stadt soll Solidarität und Zusammenhalt ihrer Bewohner:innen fördern, ihnen ein sicheres und gesundes Umfeld, ich erinnere daran, dass es neue Studien gibt, nach denen Graz nach wie vor die Feinstaubhauptstadt Österreichs ist und auch in Europa führend, im negativen Sinne, im Feinstaubwert. Sie muss ein gesundes Umfeld bieten und den Bürger:innen Mitbestimmungsrecht über ihre Umgebung sichern. Und die Aufgabe der Stadtplanung ist es, dabei das große Ganze im Blick zu haben, anstatt nur emotional über einzelne Bauprojekte zu diskutieren. Das ist jetzt ein Zitat aus der Pressemeldung von Herrn Bernhard Bauer, dem Regionalstellenleiter der Wirtschaftskammer in Graz, der das in seiner Presseaussendung so betont hat und auch beim After Business Talk zur Stadtplanung der Wirtschaftskammer, der WKO, richtig angemerkt hat. Das Stadtentwicklungskonzept mit dem Räumlichen Leitbild, das sind ja die Instrumente, um diesem Großen und Ganzen ein Konzept zugrunde zu legen. Und da muss ich Peter Piffl-Percevic Recht geben, groß ist es tatsächlich, aber es ist nicht ganz so groß, wie man hier bei diesem Stapel gesehen hat. Ich möchte jetzt einen kleinen Tipp einwerfen, wenn man sowas doppelseitig ausdrückt, dann ist das nicht nur ein guter Beitrag zum Klimaschutz, sondern das hat eine psychologische Wirkung, weil dann hat man nicht mehr so große Schwierigkeiten, sich da reinzuversetzen.

*Zwischenruf GR DI **Topf**: Doppelseitig, hier ist der Beweis (zeigt Zettel hoch).*

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

Gut, sehr gut, sehr vorbildlich (*Appl.*).

Dann entschuldige ich mich dafür, für die Anmerkung. Ich fahre fort, falsch liegt Herr Bernhard Bauer aber damit, dass bisher niemand diese Instrumente kennt. Eben die Wirtschaftskammer kennt sie vielleicht nicht, worüber man sich fast ein bisschen

wundern kann, weil geheim gehalten wurde das alles wirklich nicht, das wurde schon mehrmals angemerkt, wie viele Besprechungstermine es dazu gab. Was allerdings tatsächlich nicht diskutiert wurde, das muss ich gestehen, das haben wir vernachlässigt, das war die Bausperre. Bei der Bausperre sind wir davon ausgegangen, dass die besonders der ÖVP bekannt ist, was dieses Instrument bedeutet, das ist einfach ein notwendiges Rechtsinstrument, das die Stadtplanung davor sichert, dass quasi last minute alle möglichen Projekte eingebracht werden von Bauträgern, die hoffen, dass ihre Projekte noch nach dem alten Konzept beschlossen werden. Die Bausperre ist auch kein Baustopp, sondern sie verzögert maximal um ein paar Monate die Beschlüsse, weil die Entwürfe ja nach dem neuen Konzept geprüft werden müssen. Wer allerdings nicht eingebunden war, das ist die Wirtschaftskammer, die sich eben jetzt darüber beschwert, nicht eingebunden worden zu sein. Diese transparente Weiterentwicklung der vorhandenen Instrumente der Stadtplanung, die sie fordern, die hätten sie haben können, wie Karl Dreisiebner richtig angemerkt hat. Wenn wir nämlich dieses STEK jetzt zur Auflage bringen könnten, das hat bisher auch die angebliche Njet-Partei, die KPÖ, immer so gesehen, denn wir haben nie der Auflage, egal wie wir uns sonst entschieden haben, aber wir haben nie der Auflage eines Stadtentwicklungskonzeptes, eines Flächenwidmungsplanes oder eines Räumlichen Leitbildes zugestimmt, denn wir finden, dass genau das wichtig ist, dass alle Interessensgruppen, die Wirtschaftskammer gehört dazu, die Bezirksräte, aber die Bürger:innen oder auch wirkliche Spezialisten, sich einbringen können und vielleicht auch noch zu Verbesserungen führen können, denn wir sind ja nicht die, die alles besser wissen. Es gibt viele Leute da draußen, und die Bewohner:innen der Stadt, die wissen eigentlich am besten, was für sie gut ist, und ich glaube, dass ein gutes Klima gut für die Menschen ist, das haben mittlerweile alle kapiert. Und deswegen ist das ärgerlich, dass wir das Ganze nicht zur Auflage bringen können, gegenüber der Wirtschaftskammer finden wir es deswegen auch so ärgerlich, weil wir gerüchtehalber gehört haben, dass die Wirtschaftskammer andersherum über die geplanten Änderungen im Ortsbildschutzgesetz sehr wohl schon informiert ist, während die

UNESCO-Weltkulturerbe-Stadt Graz und deren Ämter und Politiker:innen vom Land Steiermark noch immer keine Unterlagen erhalten haben (*Appl.*).

**GR DI Topf:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und auch in Netz. Ja, ich schlage ein bisschen auf meine Brust, ich habe tatsächlich nur die Überschriften gelesen da und dort. Ich habe hier eine tolle Presseinformation der Frau Vizebürgermeisterin, wo vieles drinnen steht, Klimaschutz, alles toll. Also ich war eigentlich begeistert von dieser Pressekonferenz vom 1. April und habe dann tatsächlich beginnend, gebe ich zu, erst am Samstag der Vorwoche, nachdem ich gehört habe, es wird auf die Tagesordnung kommen, genau dieses Paket, das Kollege Piffli-Percevic hier gezeigt hat, im Detail durchgelesen, im Detail bis hinten durchgelesen. Und jetzt komme ich auf ein paar Seiten, die mich wirklich empören. Ich sage es ganz offen und ehrlich, die mich wirklich empören. Das ist eine Seite, wo drinnen steht: Erläuterungsbericht, ...

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

**GR DI Topf:**

... ja, das ist weiter hinten, das ist schon klar, vorne nette Bilder, das ist jetzt ein bisschen überspitzt gesagt, klarerweise, aber weiter hinten, Seite 25 im Erläuterungsbericht, da steht ja wirklich drinnen, und liebe Kolleginnen ...

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

**GR DI Topf:**

... ich werde dich ansprechen noch später: „Im Sinne der wirtschaftlich gebotenen Konzentration auf die Kernaufgaben hat die Schaffung öffentlich zugänglicher Grünflächen und Sportanlagen Vorrang vor der Neuanlage von Kleingärten. Daher unterbleibt deren ausdrücklichen Nennung im Stadtentwicklungskonzept.“

Ja, bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, was soll denn das? Was soll denn das?

Punkt 30 (*Appl.*).

Ich weiß, nicht welches ideologisch getriebene Projekt, welcher Referent, in irgendeinem Hinterzimmer, sage ich jetzt ein bisschen frech, ist mir schon klar, das da hineinreklamiert hat. Das ist ja ein Wahnsinn. Punkt 30: „Da ein engmaschiges Fuß- und Radwegenetz für die Erreichung der Klima- und Mobilitätsziele der Stadt Graz essentiell ist, entfällt die Einschränkung, wonach lediglich bei Neuanlagen von Kleingärten eine Durchwegung angestrebt wird.“ Also man rechnet gar nicht mehr in Zukunft, dass es irgendwo einen Kleingarten gibt. Lieber Kollege, Mitglied der Kleingartenkommission, was machst denn du dann das nächste Mal, wenn die eingeladen wirst? Was sagst du denn? Ich muss da wirklich auch die von mir sehr hochgeschätzte, leider vor kurzem verstorbene Bezirksrätin und Gemeinderatskollegin Gerti Schloffer, die Mitglied in der Kleingartenkommission war, nachträglich zitieren, die sich massiv eingesetzt hat für die Kleingartenanlage, die immer wieder, ich war öfters mit ihr zusammen in der Heimgartenanlage Schönau, Heimgartenanlage am Zahläckerweg, wo wir bei einem Sommerfest, lieber Kollege Alic, wir haben dort gemeinsam ein Bier getrunken. Soll ich dann das nächste Mal sagen, wenn wir dort eingeladen werden, na ja, eigentlich will die Koalition überhaupt keine Kleingartenanlagen mehr? Das ist ein ja ein Wahnsinn, was wir hier machen. Es geht ja bitte nicht darum, dass wir hier einen Großgrundbesitzer oder einen betuchten Villenbesitzer aus Waltendorf, aus Ries oder von mir aus auch aus St. Peter, ich nenne auch von mir aus Gösting und Wetzelsdorf, dass wir denen sozusagen eine Dacia in einem Kleingarten im Gries, Jakomini, im Lend und in Eggenberg, sondern es geht darum, dass dort Leute es genießen, einen Kleingarten zu haben. Es gibt eine unendlich lange Liste, sage ich, und das sind nicht nur Leute, die halt so mir nichts dir nichts gerne einen Kleingarten hätten, das sind viele Leute mit Migrationshintergrund, ich bin

ein bisschen echauffiert, ihr merkt das, die wirklich gerne einen Kleingarten hätten, weil sie vielleicht in beengten Wohnverhältnissen wohnen müssen, weil sie vielleicht einsam sind, weil sie vielleicht, und ich sage das jetzt wirklich unterstrichen und auch unter Anführungszeichen, weil sie wirklich das „Nachbarschaftstreffen“ im Grünen genießen wollen. Und wir schreiben hier hinein in einen Erläuterungsbericht, das gehört zum STEK dazu, Kleingartenanlagen kommen nicht mehr vor. Also das verstehe ich nicht, das ist etwas, wo ich mich schäme, dass sowas zur Auflage gebracht wird.

Seid mir nicht böse (*Appl.*).

Ich werde vielleicht mich an die Kleingärten wenden, die Zeitschrift ist ja bekannt, ich darf sie hin und wieder lesen, obwohl ich keinen Kleingarten habe, ich werde vielleicht anrufen dort und um eine Reaktion bitten, schreibt das nächste Mal hinein, die Stadt Graz hat überhaupt kein Interesse mehr an Kleingärten. Vielleicht ist das auch etwas, was man transportieren sollte, oder ich schreibe den Obleuten, den Obfrauen und Obmännern der Vereine, auch dem Herrn Präsidenten, tut mir leid, Herr Präsident, liebe Obleute, Kleingärten sind für die Rathauskoalition kein Thema mehr. Das kann nicht sein. Bitte tut das wenigstens das nächste Mal herausstreichen bei der Auflage. Das kann ja bitte wirklich nicht sein. Ich bin ein bisschen aufgeregt, weil mir der Kleingarten so wichtig ist. Ich wohne in der Nähe der Heimgartenanlage Rosengarten, der ist bekannt, in der Feldgasse, ich wohne in der Amselgasse, da gehen die Leute bei mir vorbei, ich spreche sie an: Wo gehen Sie denn hin? Ja, ich gehe mit meinen Pflanzern in den Heimgarten Rosengarten. Sind oft Familien, oft ältere Frauen mit dem Rollator, die die Pflanzern dorthin führen. Die genießen diese Heimgartenanlagen, und dass so viele Leute einen Heimgarten haben wollen, das ist ja eh überall bekannt. Also bitte, was sagen wir das nächste Mal am Zahläckerweg, wenn wir auf ein Bier eingeladen werden, lieber Kollege Alic, lieber Herr Klubobmann? Was sagst denn du der Kleingartenkommission, wenn es heißt, die Stadt Graz interessiert sich nicht mehr für Kleingärten? Ich bin neugierig, wer der Nachfolger oder die Nachfolgerin von der Gerti Schloffer ist. Eine vehemente Verfechterin. Wie oft war ich mir ihr im Schönau, das ist ja immerhin eine Heimgartenanlage, die ja ein bisschen durchaus SPÖ-Mitglieder auch in Funktionen gehabt hat. Ich erinnere mich gut an eine

ehemalige Gemeinderätin, ich weiß nicht, ich habe sie schon lange nicht mehr gesehen, die dort eine wesentliche Funktion innegehabt hat. Wir haben dort gestritten miteinander, wir haben weiterentwickelt, wir haben viele Probleme gemeinsam gelöst, und jetzt ist euch das nichts mehr wert? Also bitte, streicht das raus, dann stimmen wir vielleicht irgendwann einmal zu, wenn ihr das wegstreicht. Danke (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (18.01 Uhr).***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich wollte mich jetzt gar nicht zur Wort melden, aber erstens einmal nehme ich dir diese Gedanken ab, und zwar warum? Weil ich dich schon lange kenne, weil ich selbst seit 1993 auf die Heimgärten, nicht nur -feste gehe, sondern unzählige Leute, die Heimgärten haben, auch gut kenne. Und diese Sorge, und das möchte ich jetzt aber gleich dazusagen, ich kann sie dir definitiv nehmen. Das ist eine Auflage ...

***Zwischenruf GR DI Topf: So etwas legt man gar nicht auf. Entschuldigung.***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

... ich habe das alles nicht auswendig gelernt, ich kenne die wesentlichen Grundsatzpunkte, aber wenn es das ist, lieber Georg, wenn dieser Punkt das ist, wo du jetzt gerade gesagt hast, wenn man das rausnimmt, dann wäre es vielleicht so, dass ihr auch zustimmen könnt, dann wundert mich das, warum du das nicht schon viel früher gesagt hast. Wir sind am Dienstag erst wieder zusammengesessen, ...

***Zwischenruf GR DI Topf: Das ist ein Punkt von vielen.***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

... ist ein Punkt, ok, aber das Angebot ist ja immer da gewesen, also wir haben das Prozedere gerade gehört. Ich war nicht dabei, weil ich mich natürlich auch auf die Planungssprecherinnen und Planungssprecher aller Fraktionen ja verlassen kann. Du bist für deine Fraktion dort, ich habe unsere Kolleginnen und Kollegen dort, und das gilt für alle anderen genauso. Aber das möchte ich hier dezidiert für die Koalition ausschließen, niemals, und deswegen kannst du diese Sorge nicht haben, und ich kann die Emotion und Empörung verstehen, würde nur irgendwie ein Heimgärtner oder eine Heimgärtnerin von uns hier eine Sorge haben müssen, dass sie hier nicht mehr bedacht wird, dass sie hier Gefahr laufen würde, das nicht mehr zu bekommen. Ganz im Gegenteil, wir brauchen sogar mehr Heimgartenanlagen, weil, wie du richtig sagst, der Andrang riesig ist und wir das auch sehr, sehr schätzen, dass wir das in unserer Stadt Graz haben, und das gehört mit Zähnen und Klauen verteidigt und ich glaube, ich kann das kollektiv für die gesamte Koalition hier auch so sagen. Also dieser Angst kann ich dir gleich nehmen, und ich übernehme wieder den Vorsitz, weil ich will nicht, dass du hier länger herumkrümelst wegen dem (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (18.07 Uhr).***

**GR Mag. Dr. Kozina-Voit:**

Man kann ja aus verschiedenen Gründen irgendwo dagegen sein, ist immer wieder so. Wir haben heute verschiedene Strategien, verschiedene Pläne, wir haben da verschiedene Mehrheiten, manche sind einstimmig durchgegangen, andere mit Mehrheit. Im Prinzip gibt es drei Gründe, es gibt einen Prozess, es gibt den Inhalt und es gibt Parteitaktik. Der Prozess ist eigentlich gelobt worden, sowohl von der Frau Reininghaus als auch vom Herrn Piffli-Percevic. Es ist eingebunden worden, mehr als

normal, vielleicht nicht jeder ÖVP-Bezirksrat, nicht die Wirtschaftskammer oder manch andere, die vielleicht bisher gefragt wurden von der ÖVP als Regierungspartei oder in anderem Kontext, das weiß ich nicht, wie das bisher gelaufen ist. Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte waren auf jeden Fall eingebunden. Und ich sehe das schon so, wenn wir da reingehen als Gemeinderäte in einen Ausschuss, dann kläre ich das schon vorher ab, dann habe ich da schon auch ein Mandat mitzustimmen oder ich stimmen dann halt vorbehaltlich der Klubmeinung zu oder nicht, ich bringe da in den Klub ein, ich bringe das in die ...

*Zwischenruf GR Dr. **Piffl-Percevic**: Es gab keine einzige Abstimmung.*

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

... ich bringe das in die Parteigremien ein, also da zu sagen, man muss jetzt jeden extra fragen in den Parteien, ist schon ein bisschen komisch. Und man weiß das ja auch nicht erst seit Montag, seit Montag ist es jetzt ausgedruckt, haben Sie selbst gesagt, aber im Prinzip, der Herr Inninger hat das dargestellt, den Prozess gibt es seit einem Jahr. Das ist alles sehr klar, das ist alles auf ein ganz klares Ziel hinausgelaufen. Es ist sukzessive überarbeitet worden, sukzessive weiterbearbeitet worden. Also der Prozess ist aus meiner Sicht nicht das ganz große Problem. Jetzt haben wir über den Inhalt dann gehört, na ja, da ist viele beantwortet worden auch im Vorfeld, da ist vieles eingearbeitet worden, bis hin zum eigenen Antrag sozusagen. Zwei Details, hat der Herr Topf gesagt, sind da jetzt genannt worden, vielleicht gibt es noch mehr. Was ich nur nicht verstanden habe, warum man das nicht nach einer Auflage dann dort einbringen kann.

*Zwischenruf GR DI **Topf**: Das ist keine Auflage, das ist eine Frechheit.*

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Ja, das ist Ihre Meinung, ich hätte auch gerne andere Sachen vielleicht noch in einer Wirtschaftsstrategie gehabt. Ich hätte vielleicht gerne gehabt, dass da irgendwelche quantitativen Ziele drinnen stehen, ist jetzt nicht so, kann man danach noch reklamieren, aber dass das deswegen nicht aufgelegt wird, also das verstehe ich nicht. Und dann gibt es halt das Dritte, eben aus Parteitaktik konstruktiv oder destruktiv zu agieren; konstruktiv ist, wenn man eben nicht immer alles super findet, vielleicht doch zu vertrauen, zuzustimmen, sich weiter einzubringen und zu schauen, dass das dann die Richtung nimmt, die man gerne hätte. Oder man versucht dann halt doch irgendwelche Argumente zu finden, das ist dann eher destruktiv, und man versucht dann eher vielleicht, dass andere keinen Erfolg haben. Trotzdem, ich meine, wir sind im Gemeinderat, wir wollen hier letzten Endes die Sache in den Mittelpunkt stellen und die Parteipolitik nicht überhandnehmen lassen. Ich glaube, es geht darum, dass wir hier gemeinsam zu einer guten Lösung finden, dass wir eben auch was finden, was jetzt den aktuellen Anforderungen entspricht. Es ist vorhin schon gesagt worden, wir haben einfach jetzt ganz konkrete Aufgaben, es geht um diese Straßenbahnremise in Eggenberg, die ist notwendig, um überhaupt neue Straßenbahnen irgendwo unterzubringen, insofern wird meine Kollegin Alexandra Würz-Stalder dann einen entsprechenden Abänderungsantrag einbringen, und ja, vielleicht kommen wir so ein Stück weiter. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat, werte Zuseher. Ich möchte gleich etwas aufgreifen, was mein Vorredner gesagt hat, vertrauen, dass man einmal bei etwas zustimmt, ein Vorschussvertrauen gibt. Wenn Sie sich erinnern, haben wir das gemacht. Wir haben das damals gemacht im Dezember 2021 beim Budget, als ihr als neue Koalition gesagt habt, wir brauchen ein

bisschen Zeit, machen wir ein Übergangsbudget, da waren wir dabei als einzige Oppositionspartei, möchte ich sagen. Da waren wir fair, da haben wir sachlich beurteilt, da haben wir euch das Vorschussvertrauen gegeben, möchte da jetzt nicht wieder erinnern müssen, was dann danach passiert ist. Dann sind wir enttäuscht worden, dann haben wir ein bisschen eine finanzielle Havarie erlebt im letzten Jahr und dann haben wir es eh wieder irgendwie, sagen wir mehr oder weniger, glattgebogen, jetzt ist gerade ein bisschen ruhig, schauen wir, ob das so bleibt. Ich würde mir über dieses STEK eine sachliche Diskussion wünschen. Aber als ich heute in diesen Gemeinderatssaal gegangen bin, da habe ich gemerkt, heute ist ein bisschen Stimmung drinnen, da ist ein bisschen Emotionalität, da wittern manche Koalitionsorganisatoren, die hier die Themen für die Koalition durchbringen wollen, haben ein bisschen das Bedürfnis, wittere ich, hier heute eine Blutwiese zu veranstalten, dass wir uns richtig einmal die Dinge geben. Möchte ich ihnen sagen, da mache ich nicht mit. Als überzeugter Demokrat schäme ich mich nicht, dass ich eine andere Meinung habe, dass ich vielleicht einmal wo dagegen stimme. Das ist ja nichts Schlechtes, oder? Würde ich einmal meinen, vielleicht seht ihr das anders. Mir hat ganz gut gefallen, was heute der Kollege Piffli-Percevic gesagt hat, ich rufe in den Zeugenstand, das war sehr gut. Ich rufe auch in den Zeugenstand den Klubobmann Dreisiebner, danke für den Einwand, die Wahrheitspflicht. Und da gibt es ja den einen oder anderen Politiker, der dann immer gerne über die Wahrheitspflicht stolpert, aber wir haben keine Wahrheitspflicht. Aber ich stelle die amüsante Frage: Seit wann wollt ihr denn das STEK ändern? Schon ein bisschen länger, oder? Ist also schon ein längerer Prozess. Mir kommt das so vor, als wäre das erst seit März ein Thema, weil jetzt haben wir Druck drinnen, wir müssen das jetzt machen, und da machen wir jede Woche einen Ausschuss, dann gibt es jede Woche eine Beratung und wer nicht dabei ist, der wird dann an die Wand gestellt und gesagt, ja, der war nicht beim Ausschuss dabei. Da möchte ich schon eine Sache sagen, wir sind hier im Gemeinderat, sieben Leute haben ein Berufsverbot und den anderen 48 würde ich vorschlagen, die haben sogar ein Berufsgebot, die sollen was arbeiten gehen, die sollen eben nicht in ihrer Blase sein, irgendwelche Berufspolitiker, abgehoben, die sollen das Leben der Menschen da

draußen leben. Und ich kann ihnen sagen, ich sehe sehr viele, die das tun. Wenn man berufstätig ist, dann hat man vielleicht ab und zu nicht die Möglichkeit, einen Ausschuss zu besuchen, das ist halt einmal so. Das darf ich auch für mich persönlich sagen, weil die Kollegin Wutte heute diesen Angriff gefahren hat, hat mich persönlich ein bisschen getroffen, weil die Kollegin Wutte normalerweise so nicht ist. Aber die Kollegin Wutte ist heute im Infight mit dem Karl Dreisiebner um den Vorsitz des Klubchefs, verstehe ich, ist ein bewährtes Mittel, sie ist ja nicht die scharfe Hündin, wenn man das so sagen kann. Habe ich mir angeschaut die Ausschüsse, wo du mir vorgeworfen hast, dass ich gefehlt habe. Am 5.10., da hatte ich fünf Tage davor einen Lungeninfarkt, da war ich nicht dabei, leider, tut mir leid, genauso wie bei den Folgeterminen. Dann habe ich mir angeschaut, wo ich bei diesen Terminen war, die vorhin der Verantwortliche, Inninger, aufgezählt hat. Einmal war ich bei der Kriminalpolizei, ihr wisst, warum; ich habe nichts angestellt, aber habe dort eine Aussage machen müssen. Ein anderes Mal war ich beim Arzt wegen schon erwähntem Lungeninfarkt, da habe ich eine Kontrolle machen müssen. Tut mir leid, dass ich an diesen Terminen nicht dabei war, aber ich hätte weder das eine gerne am Hals noch das andere, ich habe leider beides am Hals und muss mich darum kümmern. Ich habe euch meine Mitarbeiter geschickt, die Mitarbeiter haben mir berichtet. Das müssen wir einfach, wenn wir dieses Berufsgebot für Gemeinderäte wollen, auch so leben, das möchte ich schon sagen. Und ich bin froh, dass sehr viele arbeiten und sehe darüber hinweg, wenn man aus beruflichen Gründen einmal entschuldigt ist. Das finde ich gut so, weil gerade die machen eine abgehobene Politik, die nicht das Normale leben dürfen, ausgenommen die, die ein Berufsverbot haben, das soll natürlich jetzt nicht in eure Richtung gehen. Das haben wir Gemeinderäte aber nicht, das ist mir wichtig, das zu sagen. Weiter zur kontradiktorischen Vernehmung vom Herrn Klubobmann. Wir haben ja öfters telefoniert miteinander, haben öfters miteinander gesprochen und da hast du mich gefragt, und ich glaube, ich werde das jetzt wahrheitsgemäß zitieren: Wie steht ihr denn zum STEK? Ihr habt die erste Präsentation gehabt, wo alle Oppositionsparteien dabei waren. Habe ich gesagt: Du, rote Linien, dass wir da nicht mitstimmen, sehe ich nicht. Stimmt, das war die Wahrheit. Ich habe dann gesagt,

reden wir dann darüber, wenn das Stück kommt, es kommt eh frühzeitig. Gespräch beendet. Das ist weder eine Zusage noch sonst irgendwas. Dann geht es weiter, letzte Woche sprechen wir wieder, da habe ich gerade einen Kaffee genossen, bin vor dem Palais Belvedere gesessen, die Sonne hat geschienen, ich habe dich angerufen und gesagt: Du, wie sieht es aus mit der Mehrheit, geht sich das nächste Woche? Sind eh alle dabei, die ÖVP ist dabei, die Neos sind dabei, alle sind dabei. Dann habe ich gesagt, ja, dann geht das nächste Woche, wie du es dir wünschst oder wie es sich deine Chefin wünscht, geht sich das nächste Woche aus einstimmig? Na ja, jetzt sind die anderen nicht dafür, liebe Sabine, gib mir ein Zeichen mit der Hand, falls du irgendwie bedroht wurdest oder irgendwas (*Gelächter im Saal*), weil du hast deine Meinung fundamental geändert, das möchte ich schon sagen. Das wundert mich, weil am Montag bist du bei der gemeinsamen Presseaussendung dabei, jetzt ist davon keine Rede mehr. Es wundert mich, man kann aber Meinungen auch ändern, es war ein Witz, bitte jetzt nicht wieder jeder hier sich offended zeigen. Das war ein Witz, aber da wundere ich mich schon. Und dann, und das hat mich gestört und das hat mich im Prozess gestört, zwei Punkte: Zum einen, wenn man von jemandem etwas will, dann muss man mit dem reden. Wie sich so politische Mehrheiten bilden, das zeigt ganz gut die amerikanische Serie House of Cards, da gelingt es dem Frank Underwood immer wieder, mit irgendwelche Kniffen Mehrheiten zu finden. Es ist aber kein Kniff von Frank Underwood, über die Leute, die er braucht, schlecht in den Ausschüssen zu reden oder in irgendwelchen Gesprächen zu reden, und da bin ich dann menschlich enttäuscht, lieber Klubobmann und liebe Frau Stadträtin Mag. Schwentner, da bin ich dann etwas enttäuscht, wenn mir das zu Ohren kommt, das ist mir dann persönlich auch, denke ich mir, gut, das ist nicht mein Stil. Und das Allerletzte ist wirklich, wenn man als neuer Gemeinderat sich an die alten Hasen wendet, und du bist ein alter Hase, bist seit 2012 im Gemeinderat, ich dich frage: Warum habt ihr so einen Zeitdruck, warum müssen wir das jetzt im April machen? Ich würde das einfach gerne wissen, weil wenn das wirklich ein Zeitdruck ist, hier ein Schaden entsteht, dann können wir ja darüber reden, dass wir das irgendwie lösen. Ja, da geht es um die Straßenbahn, die Remise, das müssen wir jetzt durchbringen, weil sonst haben wir einen Schaden für die Stadt. Der Versuch,

uns zu überzeugen, obwohl es ganz anders auch geht. Wir haben jetzt mit diesem Abänderungsantrag gesehen, dass wir heute einmal das Dringende eben abstimmen, dass wir zeigen, ok, wir können den Schaden von der Stadt abwenden, und alles andere, da reden wir noch ein bisschen darüber, da diskutieren wir noch ein bisschen darüber, weil ein Monat Zeit zu haben, noch einmal darüber zu reden, noch einmal Runden zu machen, vielleicht Termine im Vorhinein bekanntzugeben, und heute haben wir schon einen Termin bekanntgegeben bekommen, 16. Mai, drei Wochen vorher, oder vier Wochen vorher, da können es sich auch Berufstätige einrichten, dass man vielleicht Zeit hat. Da braucht man sich dann nicht irgendwie schlecht fühlen, dass man in diesen Topf etwas einzahlt und nicht nur was rausnimmt als Politiker. Weil das ist oft ein bisschen das Gefühl, dass man vermittelt bekommt.

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Zwei Minuten schon drüber (Appl.).*

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Gut, ich komme schon zum Ende. Ich glaube, man hätte das Ganze, sage ich einmal, mit ein bisschen weniger Emotion angehen können, mit ein bisschen weniger Zeitdruck, die Fakten auf den Tisch, vielleicht auch eine politische Runde zu machen, weil wenn die Beamten informieren, ist das das eine, aber wenn sich die Politiker zusammensetzen und sagen: So, wie seht ihr das, ihr müsst es ja dann gegenüber den Leuten da draußen verantworten? Der Beamte muss nicht erklären, was wie ist, weil der bekommt ja auch den Auftrag, das so zu machen. Wir müssen das gegenüber den Leuten vertreten, wir müssen gegenüber den Leuten dann erklären, um was es hier geht, und das bisschen Zeit nehme ich mir heraus. Aber ich würde mir wünschen, dass man für eine gegenteilige Meinung oder für eine gegenteilige Position oder einfach dafür, dass man sagt, das ist mir jetzt noch zu früh, wir stimmen da nicht mit, dass man hier nicht so an den Pranger gestellt wird. Das ist wirklich für die Demokratie, glaube ich, etwas Wichtiges (Appl.).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Wir sind eigentlich sehr demokratisch, ich habe auch drei Minuten Überzug bei der Rede akzeptiert. Und ich bitte nur, dass man versucht, ein bisschen milieubedingte Ausdrücke hintanzuhalten, so wie vorhin gegen die Gemeinderätin Wutte.

**KO GR Ehmann:**

Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren Zuhörer:innen auf der Galerie und im Livestream. Zum Kollegen Topf, nachdem du mich persönlich angesprochen hast, muss ich mich natürlich melden, das ist ja selbstverständlich, habe ich auch kein Problem damit, weil, bevor ich zum Erläuterungsbericht komme, vielleicht ein bisschen historisches Grundwissen: Von 2003 bis 2020, beziehungsweise 2021/2022, welche Fraktion war hier federführend in Graz in der Spitze? Welche Fraktion hat den Bürgermeister gestellt? Weiß keiner? Ok, ÖVP, Siegfried Nagl. Soviel dazu. In dieser Zeit, bis heute, 23 Jahre, sind wie viele Heimgärten neu entstanden, Kollege Topf?

*Zwischenruf GR DI **Topf**: Zahläckerweg.*

**KO GR Ehmann:**

Einer, einer in 23 Jahren, gratuliere (*Appl.*).

Wenn wir in die Zeit davor schauen, wer hier federführend war und wie viele Heimgärten hier entstanden sind, also nur so viel zum Verständnis von Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern, das haben wir sehr wohl, und sowas lasse ich mir weder von dir, auch wenn ich dich sehr schätze, aber offensichtlich ist das wirklich schon die Verzweiflung jetzt in der Oppositionsrolle, aber ich muss echt sagen, das

lasse ich mir nicht unterstellen. Und das ist auch nicht so. Und wenn du weißt, und was heißt, das steht so drinnen? Weißt du, was drinnen steht? Dass neue Flächen beziehungsweise Sportflächen und Parkgründungen Vorrang haben sollen vor einer Neugründung eines Heimgartens, das heißt, dass ein Heimgarten nicht kommen darf und nicht entstehen darf? Das stimmt überhaupt nicht, das ist eine Fehlbehauptung. Entschuldigung (*Appl.*).

Und das sage ich auch ganz selbstbewusst als Mitglied der Kleingartenkommission, wie du das richtig angesprochen hast, weil das stimmt einfach nicht. Und was noch dazu kommt, wenn du den Einwendungen beziehungsweise der Auflage zustimmst, haben wir dann die Möglichkeit, in dieser Zeit der Einwendungen mit den Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern gemeinsam, mit den Vereinsverantwortlichen und so weiter hier eine Lösung zu finden, wie das zukünftig lauten soll dieser Text, oder ob das so kommen soll oder nicht kommen soll. Und das ist der Punkt, und nicht sich hier herauszustellen und eine Fehlbehauptung oder eine falsche Behauptung zu machen und zu sagen, es kommt kein Heimgarten mehr, das stimmt nicht, das stimmt schlichtweg nicht. Das ist falsch. Und wie gesagt, wenn wir 23 Jahre brauchen, um eine Heimgartenanlage zu gründen, dann müssen wir uns eh alle gratulieren alle miteinander. Also nicht böse sein, aber so kann das sicher nicht sein. Danke (*Appl.*).

**GR DI Topf: (zur tatsächlichen Berichtigung)**

Ich habe bedauerlicherweise nur den Erläuterungsbericht gelesen und zitiert. Die Verordnung, und das ist ja das Maßgebliche, weiß du, was da drinnen steht? § 26 Abs. 14 wird wie folgt geändert in der Verordnung, das ist für mich fast maßgebender als der Erläuterungsbericht: Weitgehender Erhalt bestehender Kleingartenanlagen, und Schaffung neuer Kleingartenanlagen ist durchgestrichen. Hast du das gelesen (*Appl.*)?

*Zwischenruf KO GR Ehmman: Das ist falsch.*

*Zwischenruf GR DI **Topf**: Falsch durchgestrichen?*

*Zwischenruf KO GR **Dreiebner**: Was du behauptest, ist falsch.*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Ich möchte nur klarstellen, es geht nicht um die Abschaffung von Heimgärten, es geht nicht um die Erweiterung von Heimgärten, uns geht es schlicht um die Durchwegung und um die mögliche Durchwegung von Heimgärten. Da gibt es teilweise die Diskussion, kann man einen Radweg durchführen oder nicht? Und genau diese Dinge könnten wir diskutieren; könnten wir in Auflage gehen, dann können wir das weiterdiskutieren. Was jetzt vorliegt, wollte ich noch einmal sagen, ist wirklich, und das war jetzt, glaube ich, sehr ersichtlich aus der ausgiebigen und langen Diskussion und wurde von vielen auch eingebracht, auch vom Kollegen Topf und Piffli-Percevic, viele, viele Stunden Arbeit zum einen von unserer Verwaltung, und da möchte ich mich ausdrücklich bedanken bei der Stadtbaudirektion, Bertram Werle, beim Herrn DI Inninger und der DI<sup>in</sup> Benedikt, die allen voran diesen ganzen Prozess geleitet haben, vielen, vielen Dank (*Appl.*).

Das Stück bleibt uns ja hoffentlich erhalten und wir arbeiten daran weiter, und ich bin auch sehr zuversichtlich, dass wir weiterkommen. Es waren eben alle Klubs wiederholt eingeladen, in mehreren Schleifen haben wir das Papier diskutiert, es hat Extra-Termine in den Klubs gegeben. Und ich habe mir auch sagen lassen, dass es noch nie bei einem Änderungspaket so einen Prozess so umfassend gegeben hat wie bei diesem. Und deswegen verstehe ich noch immer nicht ganz, was dagegenspricht, jetzt in Auflage zu gehen, und diesen Prozess, und deswegen wollten wir es auch heute im Gemeinderat noch einmal diskutieren, nachdem wir es gestern im Ausschuss mehrheitlich abgestimmt haben, positiv, noch einmal hier diskutieren, dass es nämlich

gescheit wäre, in Auflage zu gehen, und das der breiten Öffentlichkeit, dieses umfangreiche Stück, zu präsentieren und die Möglichkeit zu geben, in den nächsten neun Wochen einen intensiven Diskussionsprozess zu führen, so wie es vorgesehen ist. Warum? Die rege Bautätigkeit, das wissen wir, in der ganzen Debatte, auch vor der Wahl und weiter danach, regt wahnsinnig viele auf, verunsichert viele und ist noch immer das Thema. Und vieles von dem, was an Beschwerden von der Bevölkerung kommt, was an Unsicherheiten da ist, was man auch als Fehler gesehen hat beziehungsweise an Korrekturnotwendigkeiten, vieles von dem ist da jetzt in einem langen Prozess eingeflossen, und ich halte das für eine Notwendigkeit. Dazu kommt, dass wir viele, die Verwaltung vor allem, viele einstimmige Beschlüsse aus dem Gemeinderat, also jetzt Stichwort Klimaschutzziele, wir haben heute das zweite Paket beschlossen, einstimmig dankenswerterweise, stadtplanerische Grundsätze, siehe auch sozusagen die Förderung der aktiven Mobilität, auch einstimmig, die wurden jetzt auch übernommen in dieses Stadtentwicklungskonzept. Also wir müssen uns selbst ernst nehmen und deswegen spricht eigentlich nichts dagegen, das jetzt irgendwie aufzulegen. Wir haben auch gestern im Ausschuss sehr gut diskutiert, und da wurde mehrfach betont, dass das ein wirklich guter Prozess ist, dass es eigentlich keine großen Fragen mehr gibt. Es waren, ja, die 60 m<sup>2</sup> Dachbegrünung. Warum? Wurde öfter erklärt im Ausschuss von unseren fachlich versierten Personen, warum das so ist. Jetzt mag man dafür sein oder dagegen, man kann es einmal auflegen und weiterdiskutieren, was dagegen spricht. Was waren die anderen Fragen? Der Grünflächenfaktor, also der, vor zwei Monaten sind wir hier gestanden mit einem zweiten dringlichen Antrag der ÖVP und wir wurden gedrängt danach, den endlich umzusetzen. Notwendigerweise ist der umzusetzen in einer Verordnung, aber gleichzeitig im STEK. Jetzt ist er im STEK drinnen und die Verordnung kommt, und es wird verhindert. Also ihr verhindert selbst die Auflage des neuen Grünflächenfaktors. Ich verstehe es nicht ganz, aber ihr könnt es vielleicht noch einmal erklären. Es gibt Einwände, ja, von außen. Diese Einwände werden uns jetzt über die Medien zugetragen, genau diese Einwendungen können stattfinden beziehungsweise Diskussionen, wenn wir es auflegen; wenn die Wirtschaftskammer Kritik üben will,

dann kann sie es am besten, wenn das ganze Stück, dieses umfängliche, jemand hat es heute mitgebracht, dieses umfängliche Stück aufgelegt wird, weil dann kann der Prozess starten. Es werden viele Änderungen jetzt durch diese Nicht-Auflage verzögert und verhindert. Ich nenne nur den Grünflächenfaktor, die Laubengänge, die berühmten, die viele Menschen stören, wo man nicht versteht, warum bei uns ein Unikum in Graz herrscht und so viele Häuser gebaut werden mit diesen berühmten Laubengängen, straßenseitig, voluminöse Terrassen im Grüngürtel; also solche Häuser, die sich kaskadenartig über den Hügel hinunterwerfen, die sollen eingeschränkt werden. Dinge, die die Menschen so aufregen, da ist alles drinnen, und ich kann es einfach nicht verstehen. Der Baumschutz wird verbessert, der Grünraum insgesamt, die Entsiegelung wird stattfinden, also Dinge, die wirklich immer wieder bei uns zu Beschwerden führen, bei den vielen Menschen, die uns schreiben, das immer Thema ist. Also bitte, es besteht noch die Möglichkeit, das gemeinsam zu beschließen, es besteht auch die Möglichkeit natürlich, jetzt die Remise rauszunehmen und noch einen Monat weiterzudiskutieren. Ich finde, es ist ein wirklich umfänglich gutes Projekt und schade, dass wir es nicht, wenn wir es nicht auflegen, aber ich bin sehr zuversichtlich und mag eigentlich nicht weiter House of Graz spielen, wenn schon House of Cards gefallen ist. Danke (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren. Auch ich habe mir die STEK-Änderung angesehen, diesmal ohne Klub, unabhängig. Ich habe heute den Vorteil gehabt, diese 200 Seiten haben mich nicht ganz überrascht, weil ich habe auch schon die Ehre, dass ich länger im Planungsausschuss war, also es hat auch in der Vergangenheit immer wieder Änderungen gegeben. Also ich habe mir hier vielleicht leichter getan als neue Kollegen, die sich hier ganz neu einlesen. Aber aus der Erfahrung heraus, und in der vorherigen Periode war meine Ex-Partei ja auch Teil einer Koalition, mir ist bewusst, dass das ein großer Aufwand ist, dass das vieler Runden bedarf, dass man hier oft in die Klubs geht, immer wieder Kompromisse sucht, um

diese Zweidrittelmehrheit zu schaffen. Ich orte heute, das hat die jetzige Koalition nicht geschafft, es gibt hier einen Widerspruch, die Frau Vizebürgermeister sagt, legen wir endlich auf, damit wir alle Einwände einbinden können, ja, die Leute haben auch verstanden, auch das funktioniert nicht mehr. In der Zinzendorfgasse hat es auch sehr viele Leute gegeben, Unterschriftenlisten, hier hat keine Einbindung stattgefunden; also glaube ich schon, dass die Kollegen hier im Gemeinderat Ihnen gegenüber skeptisch sind, diese Änderung trägt natürlich die grüne Handschrift. Wir haben gesehen, positiv, der Grünflächenfaktor, negativ kann ich aufzählen, es wird wieder der Individualverkehr eingeschränkt, die Bauwirtschaft warnt vor der Unfinanzierbarkeit. Es sind ja dann massive Auflagen drinnen, wie etwa dies exzessive Dachbegrünung, keine neuen Kleingärten haben wir heute gehört. Also ich würde mich hier anschließen, wie es die ÖVP vorschlägt und die Grünen werden es ja aufgreifen, dass wir den einen Konsens heute abstimmen, die Remise 3, der Ausbau, der muss stattfinden, den brauchen wir zur Anschaffung der neuen Straßenbahnen, damit auch hier einmal die Ausschreibung nicht weiter in der Warteschleife hängt. Ansonsten, Kollege Dreisiebner hat auch ein bisschen einen schlechten Stil bewiesen, auch er hat behauptet, Graz geht unter, wenn wir das heute nicht durchpeitschen. Also da bin ich auch schon zu lange auf der Welt, wenn wir uns hier noch einmal vier oder fünf Wochen geben, eine Runde schaffen und dann liegt das aber an der Regierung, dass ihr diese Zweidrittelmehrheit schafft. Deshalb heute hätte ich als parteifreier Gemeinderat vorgeschlagen, beschließen wir die Remise und dann geht ihr in Verhandlungen, damit ihr auch die anderen Änderungen im STEK schafft und alle einbinden könnt (*Appl.*).

**GR Huber:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, liebe Michael Ehmman. Du weißt, ich schätze dich ja wirklich sehr, gell? Und du bist ja wirklich ein persönlicher Freund von mir, aber wenn du uns hier Verzweiflung in der Opposition vorwirfst und wenn ich mir

das anschau, was die SPÖ auf Bundesebene aufführen muss, damit man hier jetzt einen neuen Vorsitzenden zusammenbekommt, damit ihr etwas zusammenbekommt, müsst ihr als SPÖ hier wirklich ein bisschen leise sein, gell (*Appl.*)?

Und sehr ...

*Zwischenruf KO GR Ehmman unverständlich.*

**GR Huber:**

Na ja, ich war eh sehr human jetzt zu dir. Und sehr geehrte Frau Stadträtin Schwentner, es ist ja ganz lieb und schön, wenn Sie sich hier hinstellen und verkünden, wie schön dieses Paket ist und wie Graz sich hier toll weiterentwickeln wird und dass Sie sich jetzt für leistbaren Wohnraum einsetzen möchten. Kurz gesagt, Graz wird jetzt die weltbeste Stadt überhaupt mit Ihnen als Stadträtin, muss ich halbe leider sagen, dass wir das ein bisschen anders sehen. Weil wir hätten uns hier eigentlich schon erwartet, dass wir hier gemeinsam an einem positiven Zukunftsbild für unsere Stadt arbeiten, so wie es unser Stadtrat Günter Riegler in seiner Wirtschaftsstrategie vorgelebt hat. Er hat alle Fraktionen und alle Menschen, die hier irgendwie involviert sind, eingebunden und hat einen einstimmigen Beschluss zusammenbekommen. So macht man das, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Appl.*).

Uns geht es nämlich eher darum, was gebaut wird, dass der Vierkanter in den Außenbezirken zum Beispiel nicht neben einem Einfamilienhaus steht, und weniger darum, wie wir bauen. Weil was Sie hier in dieses Paket reingeschrieben haben, macht leistbaren Wohnraum schwer umsetzbar und betrifft vor allem diejenigen, die ohnehin mit den hohen Kosten zu kämpfen haben, wie zum Beispiel Jungfamilien, die sich das Einfamilienhaus nicht mehr leisten können durch Ihre Maßnahmen, oder auch die Mietpreise, die extrem steigen werden, weil die Bauunternehmer die Kosten weitergeben müssen. Und Sie haben ja medial angekündigt, Sie wollen ja entlang strenger Klimaschutz- und Wohnparameter bauen. Das klingt ja sehr, sehr gut, wird

aber nur die Bau- und die Mietkosten befeuern, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Appl.*).

Und abschließend kann ich eigentlich nur sagen, dass bei Ihnen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, der Traum von leistbarem Wohnraum eher heiße Luft und ein PR-Gag sein wird, wie so viele Themen bei Ihnen (*Appl.*).

**GR Zirngast:**

Geschätzte Kolleg:innen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Es wäre eigentlich sehr gut gewesen, wenn wir über die Inhalte des aufzulegenden Stadtentwicklungskonzeptes mehr reden hätten können. Auch hier, weil in den Vorbesprechungen ist es ja passiert.

*Geräusche und unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

**GR Zirngast:**

In den Vorbesprechungen ist es ja passiert. Und ich bin schon erstaunt, also ich schätze die Kollegen Topf und Pifffl sehr, sie sind weitaus versierter in Stadtplanung, Raumordnung, etc., als ich das bin und machen das schon viel länger und haben ja auch in den Vorbesprechungen gute Fragen gestellt, richtige Beiträge gebracht, und haben, wie wir jetzt gesehen, vielleicht auch noch mehr Wichtiges beizutragen, das aber anscheinend nicht gemacht und jetzt plötzlich ganz anders gesprochen als noch vor kurzem. Ich möchte noch etwas dazusagen, und das hier gesagt worden, nicht im Ausschuss, am Montag soll die Verordnung vorgelegen sein, das war die Aussage, Kollege Pifffl.

*Zwischenruf GR Dr. Pifffl-Percevic: Die Tagesordnung des Gemeinderates ist am Montag in der Früh uns zugestellt worden.*

**GR Zirngast:**

Ja.

*Zwischenruf GR Dr. **Piffel-Percevic**: Bis dahin habe ich an einen Scherz geglaubt.*

**GR Zirngast:**

Ok, der Kollege Topf hat es aber am Samstag gelesen, hat er selbst gesagt (*Appl.*).

*Zwischenruf GR Dr. **Piffel-Percevic**: Nein, das war vom Ausschuss vorher, da gab es noch keine Tagesordnung für den Gemeinderat, und auch die Tagesordnung für den Ausschuss ist ja erst einen Tag später gekommen.*

**GR Zirngast:**

Gut, wird dann vielleicht korrigiert, aber das Stück war da. Das Stück war da, ist offensichtlich auch gelesen worden, und alle diese Punkte hätten auch schon angesprochen werden können. Das Zweite, und in einem langen Prozess davor im Übrigen auch, das Zweite, was jetzt am Ende gesagt wurde, dass sich dieses STEK gegen leistbaren Wohnraum richtet. Es ist heute auch schon gesagt worden, aber gegen leistbaren Wohnraum richtet sich vor allem, dass die Mietpreisbremse nicht durchgesetzt wurde, dass es einen Zuschuss gibt, der letztendlich nur dazu dient, dass Vermieterinnen und Vermieter die Wohnpreise anheben können und zumindest einige Mieterinnen und Mieter das bezahlen können, weil sie bezuschusst werden und damit die Regierung die Vermieterinnen und Vermieter bezuschusst, das verhindert leistbaren Wohnraum (*Appl.*).

Und mir ist schon klar, ich war auch am Dienstagabend bei der Veranstaltung von der Wirtschaftskammer, wo das herkommt. Das weiß ich schon, wo das herkommt. Da ist

genau über das geredet worden, der Titel dieser Veranstaltung war „Stadtentwicklung“, geredet worden ist aber nur über Preisentwicklung, geredet worden ist darüber, wie es der Bauwirtschaft geht. Passt schon so, aber wenn man über Stadtentwicklung insgesamt redet, dann ist das zu wenig. Und die Wirtschaftskammer kann, wie schon gesagt wurde, ihre Sichtweise ja gerne nach Auflage des STEKs einbringen, das ist ja möglich. Was spricht hier dagegen? Und noch einmal, also das ist hier immer vergessen worden, es wird gesagt: Ihr setzt das durch, ihr drückt das im letzten Moment durch. Es geht ja nicht um einen Beschluss. Es wird aufgelegt und ihr könnt dann immer noch, was auch immer dann herauskommt, und wenn der Beteiligungsprozess in euren Augen dann immer noch unzureichend ist, könnt ihr immer noch nicht zustimmen. Also ich verstehe wirklich nicht, warum der Auflage hier nicht zugestimmt wird. Es gibt keinen erklärbaren Grund dafür und es wurde auch keiner vorgebracht. Die Punkte, die können wir im Einzelnen diskutieren, die mögen richtig sein, die mögen gut sein, die mögen auch wichtig sein, es kann ja sein, dass etwas übersehen worden ist. Aber es gibt, auch wenn es aufgelegt wurde und wenn wir über all das reden, immer noch keine Pflicht, dass ihr danach zustimmt. Also warum wird jetzt die Auflage nicht akzeptiert? Verstehe ich nicht. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Würz-Stalder:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuseher:innen am Rang und im Video-Stream. Nach dieser langen, auch zum Teil sehr emotional geführten Diskussion möchte ich nur noch einmal darauf hinweisen, dass hier die Ämter wirklich sehr, sehr intensiv gearbeitet haben. Meinen herzlichsten Dank nochmal an alle (*Appl.*).

Sie haben dies auf Basis wissenschaftlicher Grundlagen getan, sie haben dies auf Basis vergleichend mit entsprechenden Städten auch getan, die derzeit schon Vorreiterrollen einnehmen hinsichtlich ihrer Klimaanpassung und ihres Klimaschutzes und der Umsetzung von Stadtentwicklungskonzepten zum Klimaschutz. Wir haben auch mit dem Klimaschutzplan eigentlich das Instrument der Stadtentwicklung als besonders wirkungsvolles für die Klimaanpassung schon einmal bestätigt. Wir haben

sozusagen einstimmig den Klimaschutzplan bestätigt und beschlossen und in diesem dezidiert darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, ein Stadtentwicklungskonzept umzusetzen, das dem Klimaschutz dient. Ich bedaure es wirklich zutiefst, dass jetzt an dieser Stelle um tatsächlich, aus meiner Sicht, sehr, ich möchte es jetzt nicht herunterspielen, aber es sind eigentlich, glaube ich, kleine Punkte, die hier noch einmal ausdiskutiert werden müssen, dass dieses nicht schleunigst umgesetzt werden kann, dieses Stadtentwicklungskonzept, und dass dieses Stadtentwicklungskonzept sozusagen noch einmal nicht in Auflage gerät, weil es ist dringend und wir haben keine Zeit mehr. Wir haben heute schon gehört, wir werden die Klimaziele nicht erreichen, es braucht offensichtlich vielleicht einen Monat, zwei Monate, ich weiß es nicht, oder noch länger, in Graz. Gut, aber ich komme jetzt zur Abänderung, zu dem Antrag. Und zwar betrifft dieser alle Festlegungen im Stadtentwicklungskonzept, die erforderlich sind, um die Änderung der Flächenwidmungsplanung heute beschließen zu können, die eben doch sehr wesentlich ist. Und ich glaube, da sind sich alle einig, da geht es um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die sozusagen rechtzeitige Bestellmöglichkeit von Trams, Straßenbahnen, die brauchen Platz und deshalb müssen wir eigentlich dieses so schnell wie möglich verabschieden. Deshalb betrifft mein Abänderungsantrag den Tagesordnungspunkt 18, 4.07

Stadtentwicklungskonzept:

Seitens des Gemeinderatsklubs der Grazer Grünen bringen ich folgenden

### **Abänderungsantrag**

ein:

Verordnungswortlaut:

a. Ersatz §1 wie folgt:

Das 4.07 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz – 7. Änderung besteht aus dem Verordnungswortlaut, den graphischen Darstellungen

(Entwicklungsplanausschnitte, Ausschnitte einzelner Deckpläne, Deckplan 6

sowie Ausschnitten aus dem Bereichstypenplan des Räumlichen Leitbildes) samt

Planzeichenerklärung.

Der Deckplan 6 – Zentrumszonen bildet nunmehr einen neuen Bestandteil der Verordnung. Das ist ganz wichtig, weil sonst können wir die Flächenwidmungsänderung nicht beschließen. Das ist gleich einmal auf Seite 2 der Verordnung.

Bei Widersprüchen zwischen dem Wortlaut und der graphischen Darstellung, gilt der Wortlaut der Verordnung. Ein Erläuterungsbericht ist angeschlossen.

b. Entfall der Punkte § 2 Z2, Z3, Z4, Z5, Z6, Z7, Z8 und Z9

c. Ersatz § 3 wie folgt:

§ 3

Der Verordnungstext des 4.0 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz, zuletzt in der Fassung 4.06, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Umfang und Inhalt: Aufzählung der Deckpläne wird ergänzt durch:

Deckplan 6 – Zentrumszonen

2. § 6 Abs 3 wird Abs 4 eingefügt:

(4) Zentrumszonen gemäß § 2 Abs 1 Z 39a StROG 2010 sind im Deckplan 6 abgegrenzt. Es geht noch weiter.

d. Entfall des § 4

e. Abänderung des § 5 wie folgt:

Abgesehen von den Änderungen und Ergänzungen gemäß §§ 2 und 3 der ggst.

Verordnung bleiben der Wortlaut der Verordnung zum 4.0 STEK 2013 der

Landeshauptstadt Graz in der Fassung der 6. Änderung sowie der Wortlaut der

Verordnung zum Räumlichen Leitbild (4.03 STEK) inhaltlich unberührt aufrecht.

Im Erläuterungsbericht entfallen sämtlich sich auf in der Verordnung entfallenden

Passagen beziehende Absätze.

Gemeinderatsbericht:

Punkt 3: Bestandteile des 4.07 Stadtentwicklungskonzeptes (...) wird entsprechend der neuen Formulierung des § 1 des Verordnungswortlautes angepasst.

Punkt 4: Die ergänzenden Ausführungen zum Änderungspunkt 7 – TU Inffeld entfallen.

Ich mache das deshalb so genau, weil es ja doch eine sehr erhebliche Änderung jetzt ist, Abänderung, und ich hoffe, dass wir zumindest mit dieser Abänderung für die Flächenumwidmung, die dann der Herr Kollege Piffli-Percevic vorstellen wird, beschließen können. Danke (Appl.).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Seitens des Gemeinderatsklubs der Grazer Grünen wird folgender Abänderungsantrag eingebracht:*

Verordnungswortlaut:

a. *Ersatz §1 wie folgt:*

*Das 4.07 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz – 7. Änderung besteht aus dem Verordnungswortlaut, den graphischen Darstellungen (Entwicklungsplanausschnitte, Ausschnitte einzelner Deckpläne, Deckplan 6 sowie Ausschnitten aus dem Bereichstypenplan des Räumlichen Leitbildes) samt Planzeichenerklärung.*

*Der Deckplan 6 – Zentrumszonen bildet nunmehr einen neuen Bestandteil der Verordnung.*

*Bei Widersprüchen zwischen dem Wortlaut und der graphischen Darstellung, gilt der Wortlaut der Verordnung. Ein Erläuterungsbericht ist angeschlossen.*

b. *Entfall der Punkte § 2 Z2, Z3, Z4, Z5, Z6, Z7, Z8 und Z9*

c. *Ersatz § 3 wie folgt:*

*§ 3*

*Der Verordnungstext des 4.0 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz, zuletzt in der Fassung 4.06, wird wie folgt geändert:*

1. *§ 1 Umfang und Inhalt: Aufzählung der Deckpläne wird ergänzt durch:  
Deckplan 6 – Zentrumszonen*

2. § 6 Abs 3 wird Abs 4 eingefügt:

(4) Zentrumszonen gemäß § 2 Abs 1 Z 39a StROG 2010 sind im Deckplan 6 abgegrenzt.

d. Entfall des § 4

e. Abänderung des § 5 wie folgt:

*Abgesehen von den Änderungen und Ergänzungen gemäß §§ 2 und 3 der ggst.*

*Verordnung bleiben der Wortlaut der Verordnung zum 4.0 STEK 2013 der*

*Landeshauptstadt Graz in der Fassung der 6. Änderung sowie der Wortlaut der*

*Verordnung zum Räumlichen Leitbild (4.03 STEK) inhaltlich unberührt aufrecht.*

*Im Erläuterungsbericht entfallen sämtliche sich auf in der Verordnung entfallenden Passagen beziehende Absätze.*

Gemeinderatsbericht:

*Punkt 3: Bestandteile des 4.07 Stadtentwicklungskonzeptes (...) wird entsprechend der neuen Formulierung des § 1 des Verordnungswortlautes angepasst.*

*Punkt 4: Die ergänzenden Ausführungen zum Änderungspunkt 7 – TU Inffeld entfallen.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Dankeschön, ich habe jetzt folgenden Vorschlag: Dieser Abänderungsantrag ist jetzt gerade ausgeteilt worden an alle Fraktionen im Gemeinderat, an alle Klubs. Ich würde dann, ohne hier jetzt die Diskussion abwürgen zu wollen, ersuchen, dass ihr mir sagt, ob es eine Unterbrechung braucht, um das sich näher anzuschauen. Wenn ja, dann würde ich vorschlagen, weil der Herr DI Inninger auch noch da ist, dass wir für 15 bis 20 Minuten die Sitzung unterbrechen und die Planungssprecher oder jene, die sich mit dem Stück befassen, nebenan hingehen und alles, was noch in dem Zusammenhang offen ist oder wo man noch nachfragen möchte, auch diese Chance nutzen. Ich glaube, das ist vielleicht jetzt zu dem Zeitpunkt einmal wichtig und das bedeutet nicht, dass, wenn wir dann nach den 20 Minuten wieder zurückkommen, nicht darüber noch weiter reden können. Also es ist kein Abwürgen der Sitzung. Ich glaube nur, dass wir

jetzt einmal unmittelbar zum Abänderungsantrag, weil den viele nicht gekannt haben, man eine Unterbrechung braucht. Wenn Sie das so sehen, dann ...

*Zwischenruf KO GR Dreisiebner: Ich melde mich zur Geschäftsordnung.*

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Zur Geschäftsordnung, bitte.

**KO GR Dreisiebner: (zur Geschäftsordnung)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Elke, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich will jetzt gar nicht hier reinpfuschen, ich möchte nur noch eines betonen, nutzt in euren Fraktionen, in euren Klubs vielleicht noch die Möglichkeit, auch den Gesamtbeschluss mitzunehmen. Wir ziehen diesen Abänderungsantrag ebenfalls gerne zurück, und deswegen würde ich ersuchen, die Unterbrechung als Chance zu nutzen, dass wir als Gemeinderat der Bevölkerung, alle, die vorher schon ausreichend besprochen worden sind, diese Auflage doch noch möglich machen, bevor wir in die Sommerferien kommen. Vielen Dank (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Wenn ich bitten darf, dass wir jetzt die Sitzungsunterbrechung machen, 20 Minuten, das heißt, wir kommen wieder zusammen 19.05 Uhr und danach haben noch einmal alle die Möglichkeit, sich zur Wort zu melden. Dankeschön.

Für die Zuseher:innen via Livestream bedeutet das jetzt, dass kurz gekappt wird, um 19.05 Uhr sind Sie wieder mit dabei. Genießen Sie es, gehen Sie auch aufs Klo, auf die Toilette, kurzen Imbiss, einen Kaffee. Auf Wiedersehen.

***Unterbrechung der Gemeinderatssitzung von 18.45 Uhr bis 19.05 Uhr.***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, wir nehmen wieder die Sitzung auf und ich darf auch alle wieder via Livestream begrüßen und darf Herrn Gemeinderat Brandstätter um seine Wortmeldung bitten.

**GR Brandstätter:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werter Stadtssenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß, es ist schon spät, ich danke Ihnen trotzdem, falls Sie mir Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit schenken wollen, falls nicht, werden wir das auch über die Bühne bekommen. Ich möchte mit einer positiven Sache beginnen, aber dabei wird es wahrscheinlich leider bleiben. Wir danken für den Abänderungsantrag, weil wir schon seit einigen Tagen, eigentlich schon seit längerer Zeit, immer wieder darauf hingewiesen haben und darum gebeten haben, genau diesen Abänderungsantrag vorzunehmen beziehungsweise wäre es ja durchaus auch möglich gewesen, diese Abänderung nicht erst in einer Sitzung am Ende einer Debatte vorzutragen, sondern vielleicht schon ein bisschen früher gemeinsam zu erarbeiten. Tatsächlich möchte ich eigentlich sagen, ist es beispielhaft für das Vorgehen, das in den vergangenen Wochen stattgefunden hat, dass man eben nicht im Vorhinein über diesen Antrag diskutieren möchte, sondern Minuten, bevor eigentlich die Abstimmung stattfinden soll, diesen Abänderungsantrag verteilt, bewusst eine Sitzung hinauszögert, die heute noch viel länger dauern wird. Ich weiß nicht, wer es Ihnen danken wird, ich weiß auch nicht, warum das sinnvoll ist, es ist aber beispielhaft dafür, wie Sie mit der Opposition jetzt und auch in der Vergangenheit umgegangen sind und warum es eben nicht ok ist, so über uns drüberzufahren (*Appl.*).

Und es ist auch ok, dass Sie, ich glaube, es ist jetzt eine lange Debatte, wahrscheinlich um die 20 Mal eine Argumentation wiederholt haben, nämlich, dass es doch nicht so wichtig ist, was wir in diese Auflage miteinbringen, weil wir sowieso ohnehin in den nächsten Wochen dann erst darüber diskutieren werden. Aber da muss man schon sagen, das unterliegt einigen Fehlschlüssen, weil Sie, Klubobmann Dreisiebner, haben

ja selber gesagt, selbstverständlich hat die Auflage einen Sinn, selbstverständlich werden dann auch Rechtswirkungen dadurch entstehen. Und ich glaube, dann ist es durchaus ok und auch notwendig, dass wir als Opposition die Meinung vertreten dürfen in einer Demokratie, dass wir einem Antrag erst dann zustimmen, vor allem einem, wo auch unsere Stimmen benötigt werden, wo wir dann auch inhaltlich damit mitkönnen. Meine Vorredner haben sehr gut, glaube ich, aufgezeigt, warum wir der Meinung sind, dass wir durchaus gerne noch einige Wochen, vielleicht einen Monat darüber diskutiert hätten. Und es ist tatsächlich vollkommen unverständlich, warum wir diese Möglichkeit nicht bekommen haben. Es gibt, und da darf ich vielleicht den Herrn Inninger zitieren, überhaupt keinen Zeitdruck abseits des Siemens-Grundstücks, diese Sache noch im April durchzuzupfeitschen. Sie machen es trotzdem. Das erinnert mich an ein Zitat, das ich von Herrn Kozina heute gehört habe, nämlich hat er gesagt, vielleicht sollten wir die Parteitaktik hintanstellen und konstruktiv statt destruktiv arbeiten. Und ja, ich gebe Ihnen Recht, aber genau das ist das, was Sie machen. Sie stellen hier Parteitaktik über die konstruktive Zusammenarbeit und das wäre wirklich nicht notwendig gewesen. Sie hätten unseren Bitten nachkommen können, das im Mai zu besprechen, Sie hätten dem nachkommen können, dass Sie uns Zeit geben, uns da tatsächlich inhaltlich so einzulesen und mit den relevanten Stakeholdern Rücksprache zu halten und wir hätten das wahrscheinlich gemeinsam machen können. Es muss Ihnen aber irgendwie zu denken geben, wenn eigentlich die gesammelte Opposition, eine Person jetzt weniger, aber eigentlich die gesammelte Opposition der Meinung ist, dass sie nicht so eingebunden worden ist, wie sie sich das wünscht. Und vielleicht, und das tut mir wirklich leid, dass ich das jetzt eigentlich als politischer Anfänger tun muss, müssen Sie, Frau Stadträtin, da vielleicht das politische Einmaleins ein bisschen lernen (*Appl.*).

Es ist nämlich nicht so, dass eine Präsentation von Dingen dasselbe ist wie eine Einbindung, eine Diskussion, eine Verhandlung. Und ja, uns sind viele Dinge präsentiert worden, und ja, wir haben auch Fragen stellen dürfen, und ja, viele Fragen sind auch tatsächlich ganz gut beantwortet worden. Aber es ist vielleicht auch trotzdem ein durchaus legitimes Anliegen der Opposition, wenn man von Verhandlungen redet,

auch tatsächliche Verhandlungen zu machen. Und vielleicht habe ich da eine falsche Wahrnehmung, aber ich glaube, da wir hier doch recht geschlossen als Opposition auftreten, sind diese Verhandlungen in der Form nicht dagewesen. Insofern möchte ich noch einmal darum bitten, und wir werden ja heute das dann tatsächlich auch machen können, im Mai, und mit einigen Vorgesprächen in echten Verhandlungen, darüber zu reden und dann hoffentlich für die Zukunft in unserer Stadt, für die Weiterentwicklung in unserer Stadt konstruktiv zusammenzuarbeiten. Und wir als Grazer Volkspartei sind dazu bereit, aber wir lassen uns nicht erzählen, dass wir diejenigen sind, jetzt etwas verhindern würden, weil Sie das parteitaktisch so wollen. Und um nichts anderes ist es gegangen mit dem Durchdrücken dieses Antrages und um nichts anderes ist es gegangen, als man in den letzten Tagen nicht darauf eingegangen ist, dass man hier auf die Opposition Rücksicht nimmt (*Appl.*).

In diesem Sinne kann ich mir gut vorstellen, dass der heutige Tag ganz gut dafür sein kann, um auch in der restlichen Zeit dieser Periode demokratiepolitisch noch ein paar Schritte weiter zu machen, und gerade wenn es um Zweidrittelmaterien geht, sich vorher Mehrheiten zu sichern, anstatt dann im Nachhinein sich darüber zu beschweren, dass die anderen alle so böse sind. Vielen lieben Dank (*Appl.*).

**KO GR Dreisiebner:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, Damen und Herren auf der Galerie und im Livestream, lieber Kurt Hohensinner. Ich hätte mir von dir heute zumindest einige Worte dessen erwartet, was du wirklich willst. Du hast in einer Presseaussendung formuliert, aber offenbar weder jemanden angerufen von den Regierungskolleg:innen, von den Klubs oder auch sonst niemanden angerufen, das muss man im Übrigen auch einmal festhalten. Ich habe telefoniert, und Alexis Pascuttini hat ja versucht, das zusammenzufassen, ich stelle fest, teilweise schafft er es, teilweise verkürzt er es, aber dieses Kleinteilige, wie auch immer, nächstes Mal schreibe ich dir ein E-Mail, weil, Alexis, da bin ich dann, glaube ich, auf der sicheren Seite. Danke an Sabine Reininghaus. Das, um was es hier geht, ist, die Menschen zu beteiligen, Demokratie

wirklich zu leben, das öffentlich zu diskutieren, und zwar für alle und für alle gleich. Nicht, die einen bekommen es schon vorher und die anderen bekommen es dann in neun Wochen vielleicht noch, wie auch immer, auch das noch gesteuert. Und nein, ich glaube, über den amtsseitigen Entwurf braucht es keine Verhandlungen, wobei auch das hättet ihr monieren können, liebe ÖVP, wir wollen verhandeln, das habt ihr nicht. Ihr habt ja heute eigentlich kein einziges wirklich schlagendes Argument gebracht, ihr habt Fragen gestellt in den Ausschüssen, ihr habt heute wieder Dinge wiederholt, die teilweise beantwortet sind. Das nehmen wir einmal so zur Kenntnis. Aber es ist keine Frage des Verhandeln über einen Fachvorschlag, es ist keine Frage des Ausdealens über einen Fachvorschlag, der auf Grundlagen fußt, Klimaschutz, Mobilität, Wohnungspolitik, etc., etc., etc. Im Übrigen, Änderungen im Steiermärkischen Raumordnungsgesetz, die jetzt einfließen könnten und mit der Öffentlichkeit diskutiert werden, ich danke noch einmal dem Georg Topf für den Antrag damals, das war ein sehr kluger, den Grün- und Freiflächenfaktor nach Wiener Vorbild auch in die Steiermark zu bringen. Das ist dein Erfolg, heute hast du dir einen Teil dieses Erfolges, oder vielleicht sogar den gesamten Erfolg, wieder kaputt gemacht, indem du das nicht in das Räumliche Leitbild hineinbringen lässt beziehungsweise nicht zur Diskussion zulässt. Soll so sein. Ein Wort noch, dass hier politisch oder ideologisch getriebene Referent:innen und Mitarbeiter:innen im Stadtplanungsamt und im Referat für Stadtentwicklung und Flächenwidmungsplan irgendwas Böses vorhätten, also da erwarte ich mir, dass ihr euch persönlich entschuldigt bei der DI<sup>in</sup> Eva-Maria Benedikt und ihrem Team, denn dieser Amtsvorschlag ist nicht ideologisch getrieben dahergekommen, der ist auf Basis dessen dahergekommen, was eigentlich in der Stadtplanung beobachtet worden ist und auf Basis von Gemeinderatsbeschlüssen, die wir alle teilweise einstimmig gefasst haben, eigentlich eine unbedingte Folge ist. Zum Vorwurf, wir hätten keine Bezirksräte und keine Wirtschaftskammer oder sonst was informiert, nur ganz kurz, auf Seite 2 des Gemeinderatsberichtes, der letzte Absatz unten, ist relativ leicht zu finden, darunter steht die arabische Ziffer Zwei, da steht ganz genau, wer im Falle einer Auflage, die ja jetzt nicht kommt vom Gesamten, zu informieren ist, unter anderem die Bezirksräte. Es ist üblich so, dass

Gemeinderatsstücke nicht, bevor sie im Ausschuss beschlossen und eben auf der Gemeinderatstagesordnung gebracht werden, nicht in der Öffentlichkeit verteilt werden. Das ist so, das wird uns auch vorgeschrieben, aber wie auch immer. Wir hoffen auf die nächsten Wochen, wir hoffen auf gute Gespräche, wir hoffen, dass wir für den Klimaschutz, für die Mobilitätswende, für eine bessere Wohnsituation, für die Wirtschaft, die, der Günter Riegler ist nicht da, bitte ausrichten, Kurt, für die Wirtschaft, für die Arbeitnehmer:innen das auf den Weg bringen, das anzupassen mit dem Stadtentwicklungskonzept und den Menschen die Möglichkeit zu geben, den Heimgärten den Status zu geben, der offenbar fehlt. Das wird alles zu bewerten sein, nichts anderes sagt dieser Entwurf aus. Und am Ende wird es einen Zweidrittelbeschluss geben. Ich glaube, dass das heute kein Beweis war, dass man politisch vernünftige Entscheidungen trifft. Ich nehme mich auch selbst in die Kritik, auch ich bin emotional bei solchen Fragen, aber ich glaube, die Kritik gilt für andere viel mehr. Wie auch immer, bewertet es selbst und versuchen wir, es in den nächsten drei bis vier Wochen besser zu machen. Danke, DI Bernhard Inninger, dass Sie schon einige Termine hier vorgeschlagen haben und wohl auch allen Klubs, allen Gemeinderät:innen und allen Stadtsenatsmitgliedern zukommen lassen, damit wir das auch mit dem Kurt Hohensinner, mit der Kollegin Schönbacher und mit dem Günter Riegler diskutieren können. Vielen Dank und danke für die Annahme des Abänderungsantrages (*Appl.*).

**StR Hohensinner: (zur tatsächlichen Berichtigung)**

Lieber Karl Dreisiebner, ich verstehe jetzt diese Trotzreaktion beziehungsweise die Überheblichkeit von dir wirklich nicht. Und zur tatsächlichen Berichtigung, du hast gesagt, ich habe eine Aussendung gemacht, nein, am Freitag haben wir dieses Stück angekündigt bekommen. Ich habe am Freitag zum Hörer gegriffen und habe versucht, die Frau Bürgermeisterin zu erreichen, sie hat dann auch am Samstag zurückgerufen. Wir haben uns unterhalten und uns am Dienstag dann zusammengesetzt. Und du, lieber Karl, hast im Internet auch Falschheiten verbreitet, nämlich, dass ich mit Judith

Schwentner in engen Verhandlungen zum STEK gewesen wäre, was so nicht stimmt. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, Bernhard Inninger hat bei der Wirtschaftskammerdiskussion auch gesagt, es ist völlig egal, ob das jetzt in diesem Monat beschlossen wird oder im Mai. Wir kommen unserer Verantwortung nach, dringlich ist einzig die Remise Eggenberg, da wird es unsere Stimmen geben, das haben wir auch schon im Übrigen am Dienstag vorgeschlagen, dass wir so vorgehen und dass wir uns eben jetzt noch einmal drei Wochen Zeit nehmen, um zu diskutieren und dann hoffentlich mit vielleicht einigen Vorschlägen dann zu einer breiten Zustimmung kommen, aber diese Überheblichkeit und diese Trotzreaktion, Karl, von dir verstehe ich jetzt echt nicht (*Appl.*).

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther: (zur Geschäftsordnung)**

Liebe Kolleg:innen, ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, um eine Bitte zu äußern. Ich möchte darum bitten, dass im Laufe dieser Sitzung, aber auch hoffentlich in allen folgenden Sitzungen auf Mansplaining, gewaltvolle Sprache, Untergriffigkeiten, vor allem gegenüber Frauen, vermieden werden, weil das diesem demokratischen Organ, glaube ich, nicht würdig ist. Danke (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Danke vielmals, Frau Klubobfrau. Ich möchte nur persönlich auch noch eine Anmerkung machen. Ich finde das gut, dass der Herr Stadtrat Hohensinner das jetzt auch öffentlich gesagt hat, dass er mich angerufen hat im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept, und nämlich genau auch die Reaktion, wie wir als Koalition auf so etwas auch reagieren. Nämlich dem Wunsch auch sofort zu entsprechen und am Dienstag dann auch zusammenzukommen, nämlich die Frau Vizebürgermeisterin, ich und auch der Herr Stadtrat und auch eine Vertreterin von der Sozialdemokratie und auch im Beisein von Herrn Gemeinderat Piffel-Percevic. Warum sage ich das? Weil das genau eben der Umgang ist. Und ich möchte einfach noch einmal auch betonen, es ist

heute eh schon mehrmals gesagt worden und deshalb ist es auch durchaus gut, dass diese Tagesordnungspunkte heute diskutiert wurden hier im Gemeinderat, weil jeder, der guten Willens ist und der eigentlich nur die Sache im Auge hat, nämlich für die Bevölkerung in unserer Stadt Graz künftighin eine Verbesserung bei der Stadtentwicklung zusammenzubekommen, nämlich genau die Wünsche, dass es eben eine größere Qualität beim Bauen gibt, dass ein größerer Freiflächenanteil und grüner Teil da ist, um nur einige Beispiele zu nennen, auch Rechnung getragen wird. Und genau das ist seit Monaten diskutiert worden, wir haben es auch gehört vom Herrn DI Inninger, und es ist es heute auch hier debattiert worden. Ich finde das gut, dass das jeder gehört hat, dass sich hier alle eine Meinung bilden konnten, und dafür möchte ich mich bei der Frau Vizebürgermeisterin, bei dem Stadtplanungsamt und bei allen, die hier in den vielen, vielen Monaten mit dabei waren, da gehören auch alle Planungssprecher dazu, auch bedanken, aber insbesondere bei der Frau Vizebürgermeisterin, die diesen Prozess auch politisch ermöglicht hat (*Appl.*). Wir kommen nun zur Abstimmung über den Abänderungsantrag, eingebracht von Frau Gemeinderätin Würz-Stalder.

***Der Abänderungsantrag wurde einstimmig (41:0) angenommen.***

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Der Abänderungsantrag ist einstimmig angenommen, danke dafür (*Appl.*).

Das heißt somit, dass die Tagesordnungspunkte 18 und 19 somit vom Tisch sind. Und ich bitte Sie, dass wir vielleicht noch den Tagesordnungspunkt 20 drannehmen, Berichterstatter ist der Herr Gemeinderat Peter Piffli-Percevic, hier geht es um den 4.07 Flächenwidmungsplan.

**Berichterstatter: GR Dr. Piffli-Percevic**

**9.32 Stk. 20) A14-183571/2022/0002**

**erhöhte Mehrheit**

**4.07 FLÄCHENWIDMUNGSPLAN  
DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ –  
7. Änderung, Auflage des Entwurfs**

**GR Dr. Piffli-Percevic:**

Frau Bürgermeisterin, Frau zuständige Stadtplanungsreferentin, meine lieben Kolleg:innen, meine sehr geehrten Damen und Herren hier und im Netz. Ich möchte mich sehr, sehr herzlich bedanken, dass trotz der durchaus emotionalen Befindlichkeiten, und die sind sicher grundsätzlich etwas Positives, wenn Sie aus einem ehrlichen Bemühen heraus erfolgen, und ich danke auch für die Worte von Frau Bürgermeister, die sie gerade vorhin gefunden hat, und darf den Dank auch nochmals unsererseits wiederholen und verstärken. Jetzt ist der Weg frei für ein ganz wichtiges Projekt. Es ist die Beschaffung der neuen Straßenbahnen, von 80 auf 140 Fahrzeuge, die in Planung sind, und die müssen sozusagen an einen zweiten Ort aufgrund der Eins-Plus-Eins-Strategie, also ich brauche einen Sicherheitsfaktor, wenn bei einem Standort etwas passiert, deswegen muss ich auf zwei Remisen setzen. Und das ist naheliegenderweise die Remise in Eggenberg, wo mittlerweile vier Straßenbahnlinien planmäßig ihre Kreise ziehen rundherum, der 1er, der 7er, der 4er und der 6er. Auch wenn innerstädtisch irgendein Problem ist, gibt es ja das, wenn zwei Linien, bitte, zwei Linien, die innerhalb von vier Endstationen verkehren, sowas hat es in Graz ja noch nie vorher geben können. Es hat, um diesen großen Quadranten zwischen der Remise, sprich Alte Poststraße und den Geleisen des Hauptbahnhofes, neu zu gestalten, hat es von Zechner und Zechner eine ursprüngliche Studie gegeben 2007/2008 und die ist upgedated worden 2014/2015. Und noch einmal, auf die Entwicklung, die ausgeht, jetzt fange ich beim Bahnhof an, hat mit der Durchbindung des Personentunnels Süd, der jetzt sozusagen am Kopfbahnhof der GKB Bahnsteig 9 endet, das wird durchgebunden unterirdisch bis zur Waagner-Biro-Straße, wie ich höre, ohne dass die Stadt sich hier beteiligen muss. Das war beim Nord-Tunnel anders, ich hoffe, es bleibt so, und dann folgt eine Durchwegung durch diesen Quadranten, die dann kurz vor der

Remise in den neu zu schaffenden Park mit ca. 1,1 Hektar führt. Es ist damit auch eine fußläufige grüne Meile geschaffen worden von der FH zum Beispiel zum Hauptbahnhof, nicht nur eben zur GKB-Station, sondern zu allen Bahnsteigen. Es ist eine wesentliche Qualitätsverbesserung und auch für eine Abfederung, ich komme auf den Park noch einmal zurück, der städtebaulichen Entwicklung. Dazu waren umfangreiche, wie wir es gerade vorhin gesehen haben, Eingriffe und Korrekturen im Stadtentwicklungskonzept notwendig, auch was die Zentrumszonen betrifft, denn das ist eine Voraussetzung, um auch Kerngebiet ausweisen zu können. Wir haben jetzt sehr viel gewonnen für Schwerpunktsetzung, für die Bezirkszentren, Bildung und vieles andere mehr. Es wurden im gesamten Bereich der jetzigen Wendeschleife Asperngasse, der früheren Kleingartenanlage eben hier Umstellungen und eben dann anstelle des dort nicht mehr stattfindenden Grünraums dieser öffentlich begehbarer Park geschaffen. Dieser Qualität liegt viel auf, das ist eine Variante, wie man wirklich verträglich auch Durchwegungen schaffen kann. Es sind da auch Aufschließungserfordernisse an der Zahl, ich glaube, da gibt es bis zu neun oder zehn Aufschließungserfordernisse, die auf die einzelnen Grundstücke entsprechend der Notwendigkeit herabgebrochen werden, insbesondere natürlich naheliegenderweise, zwölf Aufschließungskategorien gibt es, aber ganz wesentlich ist eben die Bebauungsplanpflicht, um eine geordnete Siedlungsentwicklung sicherzustellen. Und auch ganz wichtig, dass in den privaten Arealen auch 20 % des Aufschließungsgebietes jeweils siedlungsöffentliche Grünfläche werden. Das haben wir auch in Reininghaus geschafft, der Park ist 3 Hektar, aber wir haben mit dem Bezirkssportplatz dort 16 Hektar Grünfläche, öffentlich zugängliche, weil das überbunden wurde über Mobilitäts- und reguläre Gestaltungsverträge. Ich glaube, auch durch diese Tüchtigung durch die erweiterte Zechner-Zechner-Studie können wir hier von einem wirklich guten städtebaulichen Projekt mit der Abfederung von allenfalls Nachteilen, auch die Remise ist durch den Park von den Wohngebieten abgedeckt, also ich glaube, es ist hier wirklich ein idealtypischer Flächenwidmungsplan jetzt möglich geworden; und auch wenn wir sagen, mit Recht, das ist getrieben durch das Erfordernis der Straßenbahnen, es ist jetzt nicht überhappts irgendein artikulierbarer FLÄWI geschaffen worden,

sondern langjährig eine gute Vorbereitung sozusagen ins Ziel gebracht worden. Die Bebauungspläne werden uns dann eh noch ordentlich beschäftigen. Ich ersuche daher, die üblichen Beschlussfassungen vorzunehmen, das ist die Auflage dieses Flächenwidmungsplanes, siebte Änderung, der Entwurf der Verordnung, die plangrafische Darstellung, der Erläuterungsbericht und den Entwurf eben öffentlich kundzumachen. Die öffentliche Anhörung findet genau vom 11. Mai bis 13. Juli 2023 in diesem neunwöchigen Fenster statt. Ich möchte mich ganz besonders für diese nachhaltige Arbeit über Jahre bedanken, die wir dann mit den Bebauungsplänen in ein gutes Ziel bringen. Herzlichen Dank (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. die Auflage des 4.07 Flächenwidmungsplan – 7. Änderung – Entwurf in der Verordnung, der plangraphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht,*
- 2. den Entwurf zum 4.07 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz – 7. Änderung im Amtsblatt vom 10. Mai 2023 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 11. Mai 2023 bis 13. Juli 2023 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.*

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Danke vielmals, Herr Gemeinderat. Gibt es dazu Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, muss ich Sie jetzt um etwas bitten. Nach Rücksprache mit dem DI Inninger und der Magistratsdirektion müssen wir, bevor wir zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt 20, Flächenwidmungsplan, kommen, noch einmal zurückgehen; und zwar zum Tagesordnungspunkt 18, Stadtentwicklungskonzept, und diesen Tagesordnungspunkt in seiner geänderten Fassung beschließen, weil sonst der

Abänderungsantrag bei diesem Punkt keine Wirkung hat. Und deshalb bitte ich Sie, Tagesordnungspunkt 18 in seiner geänderten Fassung zuzustimmen. Ich ersuche um ein Zeichen mit der Hand.

***Der Antrag (Stk. 18) wurde einstimmig (41:0) angenommen.***

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Ist somit einstimmig angenommen, danke. Tagesordnungspunkt 19 ist obsolet. Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 20. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, können wir zur Abstimmung kommen.

***Der Antrag (Stk. 20) wurde einstimmig (41:0) angenommen.***

***Unterbrechung der Tagesordnung: 19.41 Uhr***